

Cam.
166 d

DIE
BEWEGUNG FÜR VERSTAATLICHUNG DES
GRUNDEIGENTUMS IN DEUTSCHLAND.

INAUGURAL-DISSERTATION

ZUR ERLANGUNG DER

PHILOSOPHISCHEN DOCTORWÜRDE

VORGELEGT DER

HOHEN PHILOSOPHISCHEN FACULTÄT

DER

ALBERT-LUDWIGS-UNIVERSITÄT

ZU

FREIBURG IM BREISGAU

VON

LUDWIG TREFZER

AUS

GERNSBACH

(BADEN.)

FREIBURG I. B.

UNIVERSITÄTSBUCHDRUCKEREI VON CHR. LEHMANN.

1892.

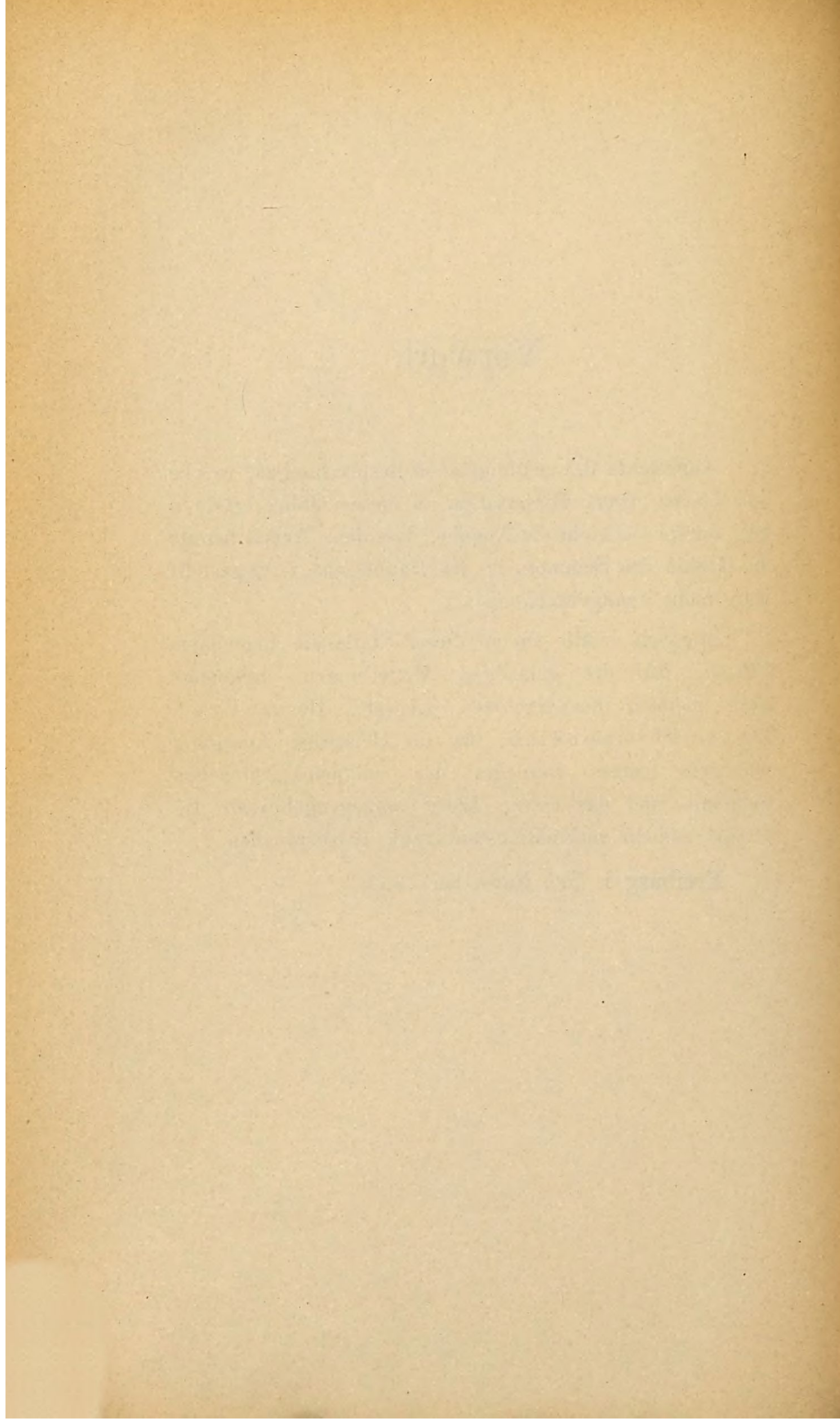
Wbg/51/295

Vorwort.

Angesichts der mannigfachen Besprechungen, welche das Thema dieser Dissertation in diesem Jahre erfahren hat, dürfte vielleicht die Angabe, dass diese Arbeit bereits zu Beginn des Sommers in der Hauptsache fertiggestellt war, nicht unangebracht sein.

Zugleich erfülle ich an dieser Stelle die angenehme Pflicht, für die gefälligen Mitteilungen, besonders aber meinem hochverehrten Lehrer, Herrn Prof. Dr. v. Philippovich, für die vielseitige Anregung während meines Besuches des volkswirtschaftlichen Seminars und das dieser Arbeit entgegengebrachte Interesse meinen verbindlichsten Dank auszusprechen.

Freiburg i. Br., November 1892.



Bayerische
Staatsbibliothek
München

Etwa seit dem Beginne des vorigen Jahrzehntes ist in der deutschen volkswirtschaftlichen Litteratur eine Bewegung zu bemerken, welche die Überführung des Privateigentums an Grund und Boden in das Eigentum der Zwangsgemeinwirtschaften als das Mittel zur Lösung der sozialen Frage bezeichnet und diese Umgestaltung der heutigen Ordnung des Grundeigentums teils auf direktem, teils auf indirektem Wege herbeizuführen strebt.

Sehen wir vorerst von den verschiedenen Richtungen unter den Vertretern des Kollektiveigentums an Grund und Boden ab und versuchen wir, diejenigen äusseren Momente festzustellen, durch welche der wirtschaftliche Charakter dieser Bewegung bestimmt wird.

Die Überführung des Grundeigentums an die Gesamtheit ist sozialistisch, denn mit dieser Forderung schliesst sich die „Frei Land“-Bewegung teilweise dem Programme der Sozialdemokratie¹⁾ an, welches die Beseitigung des Privateigentums an den sachlichen Produktionsmitteln verlangt; individualistisch ist diese Richtung, insofern sie im Gegensatze zum Sozialismus sowohl das private Kapitaleigentum als das System der freien Konkurrenz aufrecht erhalten will.

Gehen wir zu der Frage über, ob die Forderung der Beseitigung des privaten Grundeigentums eine nur

¹⁾ Erfurter Programm, I. Teil, V. Abschnitt,

der Gegenwart und der deutschen volkswirtschaftlichen Litteratur eigentümliche Erscheinung ist, so muss die Antwort nach beiden Seiten hin verneinend lauten. Abgesehen von den Angriffen auf das Privateigentum überhaupt, wie solche seit Plato bis zur Gegenwart immer wiederkehrten, finden wir, dass in England zum erstenmal die Forderung des Kollektiveigentums an Grund und Boden gestellt wird.

Gewiss ist diese Thatsache keine zufällige. Die in Verbindung mit den grossen agrarischen Umwälzungen gegen Ende des achtzehnten Jahrhunderts sich immer mehr ausdehnende Konzentration des englischen Grundeigentums in wenigen Händen¹⁾ mag Thomas Spence²⁾, so heisst der erste Vertreter der sogenannten Land-Nationalisation der äussere Anlass zur Entwicklung seiner Ideen gewesen sein. In einem Vortrage, welchen er am 8. November 1775 in der philosophischen Gesellschaft von Newcastle hielt und unter dem Titel „The meridian sun of liberty“ der Öffentlichkeit übergab, sind die wesentlichsten Grundsätze seines Systems enthalten.

Spence hält die nach seiner Ansicht rechtswidrige Aneignung des Bodens durch die Grundbesitzer für die Ursache alles Unglücks der arbeitenden Klassen. Von ihrer Arbeit müssten die letzteren den unthätigen Grundeigentümern einen unverhältnismässigen Teil des Ertrags abtreten. Diesem Übelstande könne am besten vorgebeugt werden, wenn man das Eigentum an Grund und Boden an die Gemeinde oder das Kirchspiel übertrüge, welche das Land den meistbietenden Pächtern

¹⁾ E. Nasse, Agrar. und landw. Zustände in England, i. d. Schriften des Vereins für Sozialpolitik XXVII, S. 133.

²⁾ A. Menger, Das Recht auf den vollen Arbeitsertrag in histor. Entwicklung, 2. Aufl., S. 144;

Flürsheim, der einzige Rettungsweg, 1890, S. 128,

auf die Dauer von sieben Jahren überlassen sollten. Aus dem Pachtzinse müssten zunächst die Steuern und der übrige Gemeindeaufwand bestritten werden, während der Rest unter die Einwohner in gleichen Beträgen verteilt würde. Diese Eigentumsordnung soll nur auf den Grund und Boden angewandt werden.

Vergleichen wir diese Forderungen mit denjenigen der heutigen Bodenreformer, so ergibt sich, dass dieselben in den wesentlichsten Punkten mit einander übereinstimmen: Kollektiveigentum an Grund und Boden, Privateigentum an den übrigen Produktionsmitteln und Freiheit in der Produktion sind diejenigen Merkmale, welche sowohl das Spencesche System als dasjenige der Vertreter der Bodenverstaatlichung charakterisieren.

Spence, welcher nach dem genannten Vortrage in Newcastle nach London übersiedelte, wurde im Verlaufe seiner nun folgenden vierzigjährigen Agitationsthätigkeit wiederholt von der Regierung verfolgt. Ein Aufstand, den seine zahlreichen Anhänger nach seinem Tode im Jahre 1817 zur Durchführung seiner Ideen beabsichtigt haben sollen, wurde vereitelt, die Vereine seiner Anhänger durch die Regierung aufgelöst.

Von dieser Zeit an verschwanden die Bestrebungen Spences immer mehr aus der Öffentlichkeit. Wohl spricht auch Charles Hall¹⁾ in einem 1805 herausgegebenen Buche über „die Wirkungen der Civilisation auf die Bevölkerung der europäischen Staaten“ dem ganzen Volke das Recht auf den Grund und Boden zu, allein nach seiner Stellung zu der Frage der Regelung der Produktion und nach seinen Anschauungen von dem Kapitalgewinne ist er richtiger den englischen Sozialisten beizuzählen.

Unter den Führern der Chartistenbewegung könnten

¹⁾ A. Menger, a. a. O., S. 47—50,

hier schliesslich noch William Carpenter und James Bronterre O'Brien genannt werden, insofern dieselben die Bodenverstaatlichung als wirksames Agitationsmittel in ihr radical-demokratisches Programm aufnahmen.

Damit verlassen wir England und wenden uns nach Belgien und Frankreich, um zu untersuchen, ob sich in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts nicht auch hier Männer finden, welche nach dem Inhalte ihrer Schriften den heutigen Anhängern der Verstaatlichung des Grundeigentums nahe stehen.

Die äusseren Verhältnisse liegen hier schon insofern anders als in England, als Frankreich schon vor der Revolution einen stark entwickelten Stand kleiner Grundeigentümer hatte¹⁾. Wohl stellt Rosseau in seiner Abhandlung über den Ursprung der Ungleichheit den Satz auf: „Les fruits sont à tous, la terre n'est à personne“, doch ist dieser Ausspruch lediglich der Ausdruck der kommunistischen Anschauung, die dem Staate, einerlei welcher Verfassung derselbe angehört, den möglichst unbeschränkten Einfluss auf die Verteilung aller Güter einräumen will.

Auch die Physiokraten mit ihrer Forderung der einen Steuer auf den Reinertrag des Grund und Bodens können nicht hierher gezählt werden, da sie das Privateigentum an dem Boden vollständig anerkennen.

Dasjenige französische Buch, welches zum erstenmal die Bodenverstaatlichung im Sinne der heutigen Bewegung fordert, ist jedenfalls unter dem Einflusse des Saint-Simonismus entstanden; es fordert die An-

¹⁾ Arthur Young schätzt auf Grund eigener Anschauung den damaligen Anteil der Bauern auf ein Drittel des ganzen Landes. „Die Bauern, sagt er, besitzen überall kleines Eigentum, von welchem wir in England keinen Begriff haben.“ (Jäger, die französ. Revolution und die soziale Bewegung, 1890, S. 153.)

wendung des Kollektiveigentums auf den Grund und Boden.

In dem 1835 veröffentlichten Hauptwerke des Freiherrn de Colins, „le Pacte social“, ¹⁾ führt der Verfasser aus, dass die Arbeit nur frei ist, wenn der Rohstoff oder der Erdboden ihr gehöre, im anderen Falle sei sie knechtisch. „Der Mensch kann dann wirklich seine Thätigkeit nur mit Erlaubnis der Stoffbesitzer ausüben; und wer, um handeln zu dürfen, erst die Ermächtigung eines andern braucht, ist offenbar nicht frei. Nur, damit alle Mitglieder einer Gesellschaft Besitzer des nationalen Erdbodens seien und ohne Unterlass sein können, muss dieser in kollektiver Weise besessen werden.

Damit der Erdboden Kollektiveigentum ist, muss er 1. dem zur Verfügung stehen, welcher ihn benützen will; und 2. muss die Rente, welche von den Pächtern der Gesellschaft gezahlt wird, zu Gunsten aller verwendet werden.“ ²⁾

Colins führt dann noch weiter aus, wie er sich die Gestaltung der zukünftigen Ordnung der Gesellschaft denke, und kommt in diesem Teile seiner Erörterungen allerdings in manchen Punkten zu Vorschlägen, welche, wie die Regelung der Ausbildung und Beschäftigung der jungen Leute bis zu ihrer Mündigkeit, rein sozialistisch sind.

Colins, der, in Brüssel geboren, sich später meist

¹⁾ de Laveley, die sozialen Parteien der Gegenwart, deutsch von Eheberg, 1884, S. 345 ff.

Flürscheim, „Rettungsweg“, S. 128 und 403;

Jahrb. für Sozialwissenschaft von Richter, 1. Jahrg. 2. Hälfte: Aufsatz von C. de Paepe: „Die soziale Wissenschaft nach Colins und de Potter.“

²⁾ de Laveley, a. a. O., S. 352.

in Paris aufhielt und auch an der Bewegung in den Junitagen des Jahres 1848 teilnahm, hinterliess nach seinem 1859 erfolgten Tode eine Reihe von Schülern: Agathon de Potter, Hugentobler und Borda. Von diesen giebt der erste noch heute eine Zeitschrift unter dem Titel „La philosophie de l'avenir“ heraus.¹⁾

Grosse Verbreitung haben die Ideen der Colinschen Schule indes weder in Belgien noch in Frankreich gefunden. Die Verteilung des Grundeigentums ist ja auch eine solche, dass sie die Verbreitung und Unterstützung der Verstaatlichungsbewegung durch einen grösseren Teil der Bevölkerung von selbst ausschliesst.

Wenden wir uns bei der Verfolgung der Vorgänger der heutigen Bewegung schliesslich noch nach Deutschland, so finden wir hier in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts keinen Mann, welcher für die Verstaatlichung des Grund und Bodens im Sinne der Besitzreform eingetreten wäre.

Im Anschlusse an Artikel 896 des code civil wurden zwar in den Rheinlanden und in Bayern die Fideikomnisse aufgehoben, doch überdauerte dieser Ansturm gegen das gebundene Eigentum das Jahr 1815 nicht. Ebenso wurde die auf Grund des Artikels 38 der deutschen Grundrechte von 1848 in die Verfassungsurkunden mehrerer deutschen Staaten aufgenommene Bestimmung über die Beseitigung derselben Rechtsinstitution teils überhaupt nicht ausgeführt, teils nach kurzer Zeit wieder rückgängig gemacht.²⁾

Weiter verdient an dieser Stelle als besonders

¹⁾ d'Eichthal, Socialisme, communisme et collectivisme, Paris 1892, passim;

„Rettungsweg“, S. 391.

²⁾ Handwörterb. d. Staatsw., Art. „Fideikomnisse“, III. Bd. 1891.

bemerkenswert erwähnt zu werden, dass unter den Forderungen des von Karl Marx im Februar 1848 veröffentlichten kommunistischen Manifests ¹⁾ gleich die erste die Expropriation des Grundeigentums und Verwendung der Grundrente zu Staatsausgaben verlangt.

Die hier angeführten Thatsachen mögen vielleicht mit ein Anstoss gewesen sein, welcher Hermann Heinrich Gossen zur Abfassung seines 1854 herausgegebenen Buches über „die Entwicklung der Gesetze des menschlichen Verkehrs und der daraus fließenden Regeln für menschliches Handeln“ veranlasste. Dieses Werk ist das erste in Deutschland, welches die Verstaatlichung des Grund und Bodens im Sinne der heutigen Bestrebungen befürwortet. Dasselbe blieb indessen ganz unbeachtet, bis vor ungefähr zehn Jahren Walras in seinen vier Abhandlungen über „die mathematische Theorie der Preisbestimmung der wirtschaftlichen Güter“ seinen Inhalt einer eingehenderen Besprechung unterzog.²⁾

Gossen, welcher im allgemeinen völlige Verkehrsfreiheit verlangt, erblickt in dem privaten Grundeigentum das einzige Hindernis der Befolgung der wirtschaftlichen Naturgesetze. Dieses könne der Mensch aber nicht selbst überwinden, sondern nur die Überführung

¹⁾ A. Menger, a. a. O., S. 101.

²⁾ Lexis in den Jahrbüchern für Nationalök. und Statistik, Jahrg. 1881;

Schönbergs Handbuch I. Bd. II. Aufl., S. 618;

„Frei Land“, Wochenschrift zur Förderung einer friedl. Sozialreform, 2. Jahrg. No. 13;

„Rettungsweg“, S. 128.

Das Buch ist von dem früheren Verleger (F. Vieweg u. Sohn, Braunschweig-Berlin) wieder aufgelegt worden.

des Bodens an die Gesamtheit und die Überlassung eines jeden Stückes an denjenigen, welcher die höchste Rente dafür zahle, erreiche das wünschenswerte Ziel. Ohne dass der Staat das Land enteigne, könne er bei freiwilligen Veräußerungen Grund und Boden zu so günstigen Bedingungen kaufen, dass er aus dem im ganzen stets fortdauernden Steigen der Grundrente bzw. des Pachtzinses einen Fonds gewinne, um die Verkaufssumme zu tilgen. Durch Amortisationstabellen sucht Gossen dann noch die Möglichkeit der Durchführung seines Planes weiter darzulegen.

Mit der Anführung dieses Buches ist die Vorgeschichte der heutigen Bewegung in Deutschland erschöpft.

Selbst in England hatte dieselbe in der Zwischenzeit keine Fortschritte gemacht und war dem Publikum fast so gut wie unbekannt geblieben, obgleich der hervorragendste Nationalökonom jener Periode, John Stuart Mill, dem Staate das Recht zusprach, den Grundbesitz gegen volle Entschädigung in Kapital oder Rente ganz zu enteignen.¹⁾

Ihren heutigen Umfang und ihre Bedeutung erhielt die Bodenfrage in England und Amerika erst nach dem Erscheinen des Buches „Progress and poverty“²⁾ von Henry George im Jahre 1879.

Im Jahre 1839 in Philadelphia geboren, machte

¹⁾ Principles of Political Economy, deutsch von Soetbeer, 1881, II. B., II. Kap. § 7, S. 246 f.

²⁾ Henry George, Progress and poverty, an inquiry into the causes of industrial depressions and of increase of want with increase of wealth: the remedy, San Francisco 1879.

Deutsche Übersetzung von Gütschow, 5. Ster.-Aufl., 1892.

George¹⁾ die für amerikanische Verhältnisse nicht gerade ungewöhnliche Laufbahn eines Schriftsetzers, Schiffsjungen auf einem Ostindienfahrer und eines Goldgräbers in Kalifornien durch, bis er schliesslich als leitender Redakteur der „San Francisco Times“ angestellt wurde. Nach dem Zusammenbruche eines im Jahre 1872 gegründeten eigenen Unternehmens erhielt George eine kleinere amtliche Stellung bei dem Staats-Gouverneur, welche ihm genügende Zeit gewährte, sein genanntes Buch abzufassen.

Der Erfolg desselben, seine Wirkung auf die öffentliche Meinung war eine ausserordentliche und rasche nicht nur in Amerika, sondern auch in England und allen den Ländern, in deren Sprache „Progress and poverty“ bis heute übersetzt wurde. Durch billige Ausgaben fand das Buch Verbreitung in den weitesten Schichten des Volkes.

„Der Überfluss an Land (in den Vereinigten Staaten) verhinderte, dass die Aufmerksamkeit auf das Monopol gelenkt wurde, welches der individuelle Grundbesitz selbst bei kleinen Flächen mit sich bringen muss, sobald der Grund und Boden selten wird . . . Der Kontinent schien so gross, das Gebiet, über welches die Bevölkerung sich noch ergiessen konnte, so ungeheuer, dass wir, an den Gedanken des individuellen Grundbesitzes gewöhnt, dessen Ungerechtigkeit nicht erkannten.“²⁾ Mit diesen Worten charakterisiert George

¹⁾ Henry George, A biographical, anecdotal and critical sketch. By Henry Rose, London 1884.

(Im Auszuge in der genannten deutschen Ausg., S. 2—19);

Sartorius von Waltershausen, Der Sozialismus in Amerika, 1890, XI. Absch. „Die Henry George-Partei“, S. 323 ff.

²⁾ Fortschritt und Armut, S. 344.

von seinem Standpunkte die Fehler in der Landgesetzgebung der Vereinigten Staaten.

Der Umstand, dass er dabei in erster Reihe die ihm in ihrer Entwicklung aus eigener Anschauung bekannten kalifornischen Verhältnisse und hier wieder besonders diejenigen der Stadt San Francisco im Auge hat, trägt jedenfalls nicht dazu bei, eine objektive Würdigung der Wirkung jener Gesetze¹⁾ im Gesamtgebiete der Union zu erzeugen. Kalifornien ist gerade der Staat, welcher verhältnismässig die meisten Güter über 1000 acres, nämlich 2531 von im ganzen 35 934 oder 7,04 Prozent besitzt. Farmen von 20 bis 60 000 acres sind dort keine Seltenheit, selbst solche von 75 000 acres (ungefähr 30 000 Hektar) kommen vor.²⁾

Denken wir uns zu der in der That wirkungsvollen Schilderung dieser Verhältnisse noch die nicht abzuleugnende grosse Ausdehnung der nordamerikanischen Grundstückspekulation und die durch dieselbe verursachte Anhäufung von Riesenvermögen in den Händen weniger Personen, so wird uns die nachhaltige und ausgedehnte Wirkung von „Fortschritt und Armut“ in den Vereinigten Staaten kaum befremdlich erscheinen.

Schon 1880 erfolgt dort die Gründung der „Frei-Boden-Gesellschaft.“

Bald nach seiner Übersiedelung nach New-York im Jahre 1885 wurde George, der seine Popularität zum nicht geringsten Teile auch der Ehrlichkeit seiner Überzeugung, seiner warmen Sympathie mit allen Bedrückten und der bei amerikanischen Politikern nicht gerade häufigen Unbestechlichkeit verdankte, als Kandidat für

¹⁾ Sartorius von Waltershausen, Die Verteilung des ländlichen Grundeigentums in den Vereinig. Staaten von Amerika, Jahrb. für Nationalök. und Stat., 1883.

²⁾ Sering, Die landw. Konkurrenz Nordamerikas, S. 143.

das Bürgermeisteramt der Stadt New-York von der unabhängigen Arbeiterpartei aufgestellt und vereinigte eine selbst von seinen Anhängern nicht erwartete bedeutende Stimmenzahl auf sich, wenn er auch nicht gegen den demokratischen Gegner durchdringen konnte.

Eine weitere wirksame Unterstützung erhielt die George-Partei durch den Beitritt des bekannten Kanzelredners Mc. Glynn und dessen Anhänger. Die „Anti-Poverty-Society“, welche sich die Aufgabe stellte, die Armut zu beseitigen, war das Resultat der Verbindung der beiden Männer. Allein schon nach kurzer Zeit löste sich diese Vereinigung auf, George schloss sich den Demokraten, Glynn den Republikanern an. Die George-Partei als solche war damit ebenfalls aufgehoben.

Die Gründe dieses Misserfolgs liegen in dem Gegensatze der Anschauungen über die Arbeitsorganisation und besonders in dem der Stellungnahme zu der Gestaltung der Handelspolitik in den Vereinigten Staaten: George ein Anhänger des Individualismus in der Produktion, die Arbeiter lebhaft Freunde des Koalitionswesens; George ein Befürworter des unbeschränkten Freihandels, die Mehrzahl seiner amerikanischen Mitbürger dagegen Vertreter der Einfuhr- und Einwanderungsschwerungen.

Trotz dieses Misserfolgs seiner eigentlichen Ideen, der zum Teil auch der allerdings nur vorübergehenden Ablenkung der öffentlichen Aufmerksamkeit auf Bellamys „Rückblick“ zuzuschreiben ist,¹⁾ und trotz des Zusammenbruchs der George-Partei als Grundverstaatlichungspartei ist die Wirkung und der Einfluss der Schriften von George ein ständig wachsender. Die

¹⁾ Weiss, Die Lehre Henry Georges. 1891, S. 48.

single tax ist Gegenstand allgemeiner Erörterung und die Bildung von single tax clubs nimmt an Zahl stetig zu.¹⁾ Seit George haben auch die sozialistischen Arbeiterparteien die stehende Forderung in ihr Programm aufgenommen, dass der Grund und Boden gemeinschaftliches Eigentum der Menschheit sein müsse.²⁾

Gehen wir nach dieser Darstellung der äusseren Momente der amerikanischen Bewegung auf den Inhalt der von George verfassten Schriften ein, so ist zunächst zu bemerken, dass die späteren Werke des Verfassers³⁾ lediglich eine weitere Ausführung von Einzelfragen und teilweise Wiederholung von „Fortschritt und Armut“ bilden.

In dem letztgenannten Buche sucht George zunächst das Irrige der Lohnfondstheorie nachzuweisen, indem er zeigt, wie gerade in kapitalarmen Ländern mit neuer Kultur der Lohn hoch, in den alten Kulturstaaen mit ihrem Überflusse an Kapital dagegen niedrig sei. In Wirklichkeit sei der Lohn als das vertragsmässig festgestellte Äquivalent für den Ertrag der Arbeit zu betrachten und das Kapital als ein Mittel, „den Arbeitsertrag vor der Realisirung des verkaufsfähigen Produkts

¹⁾ Frankl, Die Verstaatlichung der Grundrente, 1891, S. 11.
„Rettungsweg“, S. 450.

²⁾ Ely, Recent American Socialism, Baltimore 1885,

³⁾ The irish land question, New-York 1881;

The land question: what it involves, and how alone it can be besettled, New-York 1884;

Social problems, New-York 1884 (deutsch von Stöpel);

Protection or free trade: Questions with regard to labour, New-York 1886 (deutsch von Stöpel);

The condition of labour; an open letter to pope Leo XIII., London 1891.

Schon 1871 erschien von demselben Verfasser: „Our land and land policy“, San Francisco.

flüssig zu machen.“ Wenn aber der Lohn mit dem Arbeitsertrage korrespondiere, so müsse er sich mit dem Wachstume der Bevölkerung, welches zugleich eine Steigerung der Arbeitsleistung in sich schliesse, gleichmässig erhöhen. Der Grund, dass dies in Wirklichkeit nicht zutreffe, liege darin, dass die mit der allgemeinen Entwicklung eines Landes stetig steigende Grundrente infolge der Monopolstellung der Grundeigentümer ihren Anteil am Gesamtertrage der Produktion vorwegnehme, und Kapital und Arbeit sich mit dem Reste begnügen müssten. Dieses stetige Steigen der Grundrente auf Kosten des Arbeitslohnes und Kapitalzinses könne nur durch den Einzug des ersteren zugunsten der Allgemeinheit auf dem Wege der Grundbesteuerung verhindert werden.

Wie aus dieser Skizze hervorgeht, nimmt George eine Interessengemeinschaft der Arbeit und des Kapitals und einen Gegensatz beider zum privaten Grundeigentume an und gründet darauf seine Reformvorschläge. Bei der Schilderung der deutschen Bewegung werden wir sehen, dass deren Vertreter sowohl in den theoretischen Grundlagen als in den Vorschlägen zur Durchführung der Reform nicht unerheblich von dem amerikanischen Schriftsteller und Agitator abweichen.

In England, wo George wie in Irland¹⁾ persönlich für seine Ideen eintrat, fand derselbe einen zahlreichen Anhang, welcher seine Lehre in allen ihren Konsequenzen vertritt.

Diese von der „English Land Restauration League“

¹⁾ Vergl. „Frei Land“ 1. Jahrg. No. 37 u. 40, wo in einer Polemik gegen Karl Blind in London dessen in den „Münchener Neuesten Nachrichten“ gemachte Behauptung, dass die Irländer der Grundverstaatlichung nicht zuneigten, zu widerlegen versucht wird.

und deren Organ „The Democrat“ vertretene radikale Richtung war indessen schon durch ähnliche Strömungen vorbereitet.¹⁾ „Landreform“ war ja seit Cobden ein beliebtes Schlagwort der liberalen Partei geworden. Allein letztere verstand unter diesem Ausdrucke hauptsächlich die Beseitigung aller gesetzlichen Beschränkungen der Verfügungsfreiheit, besonders die Aufhebung der Fideikomnisse und Erstgeburtsrechte, sowie die Verwandlung der dinglichen Besitzrechte in Rechte aus persönlichen Pachtverträgen. Thatsächlich sind ja auch die ausgedehnte fideikommissarische Gebundenheit des Grundbesitzes, das allgemein herrschende Anerbenrecht, besonders auch die frühere grosse Schwierigkeit der Eigentumsübertragung und die grosse Unsicherheit der Eigentumstitel die Hauptursachen der grossbritannischen Latifundienbildung.

Seit der Mitte der siebenziger Jahre wurde indes die rein individualistische Bewegung der Landreform durch die mehr sozialistische der „nationalisation of land“ in den Hintergrund gedrängt. Herbert Spencer²⁾ und besonders Alfred Russel Wallace³⁾ sind die Führer dieser Richtung, welche sich in der „land nationalisation society“ vereinigt hat und den gemässigten Teil der englischen und schottischen Anhänger der Verstaatlichungsbewegung im Gegensatze zu der oben genannten Land Restoration League bildet.

¹⁾ v. Schulze-Gävernitz, Zum sozialen Frieden, 2. Bd. S. 157 ff.

A. Menger a. a. O., § 12;

D'Eichthal, a. a. O., passim;

Ruhland in der Tübinger Zeitschrift, Jahrg. 1887, S. 294 f.; „Rettungsweg“, S. 350.

²⁾ Social Statics, 1868.

³⁾ Land nationalisation, its necessity and its aims, 1882.

Es scheint indessen, dass die letztere in Grossbritannien heute die Oberhand gewonnen hat. Die „Rückgabe des Landes an das Volk“ ist heute in das Programm der überwiegenden Mehrzahl der Gewerksvereine aufgenommen. Die grosse Zahl der Zweigvereine dieser Liga, der ihr angeschlossenen politischen Vereine und ihrer Vertreter im Parlament und Londoner Grafschaftsräte lassen die Hoffnung dieser Vereinigung, dereinst das zu werden, was die Anticornlaw-Liga war, nicht als gar zu kühn erscheinen. Aus einem Briefe Aschrotts¹⁾ über die im Jahre 1885 in London abgehaltene „Industrial remuneration conference“ geht hervor, dass sich fast alle anwesenden Vertreter, die sich aus den verschiedensten Ständen zusammensetzten, mehr oder minder für die Bodenverstaatlichung aussprachen. Selbst mächtige und angesehene Vereine, wie die „Liverpool Finance Reform Association“²⁾ und die „Fabian Society“,³⁾ und einflussreiche Männer, unter denen selbst der verstorbene Kardinal Manning⁴⁾ nicht fehlte, leihen der Bewegung ihre Unterstützung.

In der That ist die englische Gesetzgebung, welche bisher jede positive Fürsorge des Staates für die unteren Klassen vermied, wohl nicht am wenigsten durch diese Agitation zum Aufgeben dieses Standpunktes veranlasst worden.⁵⁾ Eine Reihe neuerer Gesetze giebt den Kommunalbehörden Enteignungsbefugnisse zum Zwecke der Herstellung gesunder Arbeiterwohnungen, ein Gesetz

¹⁾ Schmoller, Jahrb. für Gesetzgebung u. s. w., 9. B., S. 649 ff.

²⁾ „Rettungsweg“, S. 276.

³⁾ Deren jüngst veröffentlichtes Programm über die Grundverstaatlichung in d'Eichthal, a. a. O., S. 108.

⁴⁾ d'Eichthal, a. a. O., S. 108.

⁵⁾ Sering, die soziale Frage in England und Deutschland. in Schmoller, Jahrb., N. F. 14., S. 381.

von 1887¹⁾ gestattet die zwangsweise Expropriation von Land behufs Ansiedelung ländlicher Arbeiter, und im März dieses Jahres wurde eine weitere Bill über die Ausdehnung des kleinen Bauerngrundbesitzes angenommen.²⁾

Einen ähnlichen Umfang und eine womöglich noch weiter gehende Einwirkung der Reformbewegung treffen wir in Australien.³⁾ Der Kampf der grossen Squatters und Landkompanien einerseits und der Vertreter des Kleingrundbesitzes, der ländlichen und gewerblichen Arbeiter andererseits gab besonders in Neuseeland die Grundlage für die Ausbreitung der Lehren von George. Der letztere, welcher hier ebenfalls persönlich für seine Bestrebungen agitierte, wird in diesem Erdteile vielleicht den ersten praktischen Erfolg insofern verzeichnen können, als die Einführung einer Grundsteuer in Anlehnung an die single tax beabsichtigt wird.

Gehen wir bei der Verfolgung der Bewegung zu dem europäischen Kontinente über und betrachten hier zunächst die fremden Staaten, so finden wir in Holland einen „nederlandschen Bond voor Land nationalisatie“, der in Jan Stoffel⁴⁾ einen rührigen Agitator besitzt.

¹⁾ v. Philippovich, die wirtschaftl. Gesetzgebung Englands in den Jahren 1886 und 1887, i. Jahrb. für Nationalök. u. Stat. N. F. 17. Bd.

²⁾ Buchenberger, Agrarwesen u. Agrarpolitik, 1892, S. 545 f.

³⁾ Bauer, Arbeiterfragen und Lohnpolitik in Australien, in Jahrb. f. Nat. und Stat. III. F. 2. Bd.;

„Rettungsweg“, S. 448 ff.;

Über die Bewegung in Victoria der Art. „State socialism in the Antipodes“ in Mackay, A plea for liberty, S. 145—198, London 1891.

⁴⁾ „Rettungsweg“, S. 24; Frei Land, 1. Jahrg. No. 27, 36 u. 37, 2. Jahrg. No. 34.

Die Erfolge des Bundes sind indes als nennenswerte nicht zu bezeichnen.

Frankreich und Belgien hat auch in der neueren Zeit zu der Litteratur über die Reform des Grundeigentums zahlreiche Beiträge geliefert. Die einzelnen Autoren weichen jedoch in ihren Ausführungen und Bestrebungen in den verschiedensten Punkten von einander ab, so dass ihre Einreihung in die einzelnen Richtungen nur schwer und mit mannigfachen Vorbehalten erfolgen kann. So wird de Laveley,¹⁾ obgleich seine Forderungen bezüglich der Reform des Grundeigentums von denjenigen der eigentlichen Verstaatlichungspartei erheblich abweichen, von der letzteren als einer der ihrigen bezeichnet. Ähnliche, wenn auch schon weitergehende Ziele verfolgt Ch. Gide²⁾ in „De quelques doctrines nouvelles sur la propriété foncière“ Eugène Simon,³⁾ früherer Konsul in China, in „La cité chinoise“, Toubreau in „La repartition métrique des impôts“ und Daumas in „Impôt cubique“. Die radikalere Richtung endlich ist vertreten in dem schon genannten Agathon de Potter der Colinsschen Schule und deren Organ „La philosophie de l'avenir“, sowie von dem Vorsitzenden der „Ligue agraire“, Colfavru, und der von diesem redigierten Zeitschrift „La terre aux paysans.“ Alle diese Bestrebungen sind aber nicht über einen engeren Kreis hinausgedrungen, „n'ont été sérieusement discutés.“⁴⁾

¹⁾ Mahaim i. d. „Revue d'Economie politique“, 1892 No. 1.

²⁾ d'Eichthal, a. a. O., S. 135.

³⁾ „Rettungsweg“, S. 432; Frei Land, 2. Jahrg. No. 19.

⁴⁾ d'Eichthal, a. a. O., S. 159. Als Beweis mag hier noch eine Stelle aus einer Rede des Positivisten Finance, eines Anstreichers aus Paris, auf dem franz. Arbeiterkongress im Jahre 1878 dienen, in welcher u. a. gesagt wird: „Abschaffung ist

Wie hat sich unterdessen die Bewegung in Deutschland gestaltet?

Nach Gossen treffen wir bei uns fast durch zwei Jahrzehnte niemand, der im Sinne der heutigen Besitzreform thätig gewesen wäre.

Bis in die Mitte der siebenziger Jahre zeigte die deutsche Landwirtschaft, wenn wir von dem Südosten absehen, eine steigende Prosperität; ein Anlass zu dem Verlangen nach einer Änderung in den Grundeigentumsverhältnissen lag daher hier im allgemeinen nicht vor.

Dagegen wies schon gegen das Jahr 1840 V. A. Huber auf die Wohnungsnot der Arbeiter in den Fabrikdistrikten und der kleinen Leute in den grossen Städten hin, wobei er unter seinen Reformvorschlägen auch die Forderung der Umwandlung der Mieter in Hauseigentümer durch Vereinigung von Miete und Amortisation stellte. Aus Engels Referat über die Wohnungsnot erfahren wir weiter, wie sich dieser Missstand besonders in Wien, dann auch in Berlin in höchst drückender Weise fühlbar machte. Der volkswirtschaftliche Kongress behandelte die Frage zum erstenmale in Nürnberg im Jahre 1865 und zwei Jahre später in Hamburg.

Inzwischen hatte sich auch der Sozialismus der Frage zugewandt, doch dehnte er dieselbe zugleich auf das ländliche Grundeigentum aus. Das Genfer Manifest und der Kongress in Basel¹⁾ sprachen der Gesellschaft

nicht Reform, und ich glaube nicht, dass es eine Panacee oder ein Lebenselixier für irgend eine sociale Krankheit giebt.“ (Harrison, der franz. Arbeiterkongress, i. Schmollers Jahrb. 1878, S. 667 ff.).

¹⁾ Verhandlungen der Eisenacher Versammlung, 1873, S. 164 ff.

²⁾ Ad. Wagners „Abschaffung des privaten Grundeigentums“. 1870, richtet sich gegen dessen Forderung.

das Recht zu, das Privateigentum an Grund und Boden in Gemeineigentum der Gesamtheit zu verwandeln; in ähnlichem Sinne beschloss der Stuttgarter Arbeiterkongress vom Jahre 1870.¹⁾ Alle diese Forderungen sind zugleich mit derjenigen der Errichtung von ländlichen Produktivgenossenschaften verbunden und bilden den reinen Agrarsozialismus.

Die Beobachtung, wie Massenerkrankungen immer wieder ihren Herd in den Massenwohnungen der ärmeren Bevölkerung der Grossstädte finden, der Zusammenhang dieser Erscheinung mit dem Baustellenwucher und der hohen städtischen Grundrente, und wohl auch die gleichzeitigen Angriffe des Sozialismus gegen das private Grundeigentum gaben dem Arzte Dr. Theodor Stamm im Jahre 1870 den Anlass zur Veröffentlichung seines Buches über „die Erlösung der darbenden Menschheit“,²⁾ in welchem der Verfasser die Verstaatlichung des Grundeigentums oder der „Grundzinsen“ unter Aufrechterhaltung des Prinzips der freien Konkurrenz befürwortet.

Stamm, der 1874 zum Zwecke der Verbreitung seiner Ideen in Berlin einen „Verein für Humanismus“ gründete, ist somit als der geistige Urheber der heutigen Bewegung in Deutschland zu betrachten, wie er denn auch selbst darauf hinweist, dass er seinen Plan völlig unabhängig von den bis jetzt genannten Männern entwickelt habe.

Seit dieser Zeit begegnen wir in Deutschland häufiger solchen Schriften, welche in engerem oder loserem Zusammenhange mit der neuen Bewegung sich

¹⁾ Contzen, Geschichte der sozialen Frage, 1877, passim.

²⁾ 3. Aufl., Stuttgart 1884.

Von demselben die Propagandaschrift „die sozialpolit. Bedeutung der Bodenreform“, 1885.

mit der Frage des Grundeigentums beschäftigen. Unter diesen sind schon ihres Umfangs wegen die Veröffentlichungen des Königsberger Banquiers A. Samter ¹⁾ zu nennen.

Der Erfolg des von Stamm gegründeten Vereins war indessen ein nur unbedeutender. Eine verhältnismässig grössere Verbreitung gewann die Idee der Bodenverstaatlichung erst zu Beginn der achtziger Jahre. Die Gründe dieses Aufschwungs sind zweifacher Natur: einmal liegen sie in der Gestaltung der wirtschaftlichen und sozialen Lage Deutschlands, andererseits in einem nicht unbedeutenden Einflusse von aussen.

Die Abnahme der Rentabilität der Landwirtschaft, besonders infolge der nordamerikanischen und ostindischen Konkurrenz, seit der Mitte der siebenziger Jahre erzeugt eine wachsende Verschuldung des ländlichen Grundeigentums, welche zu einer Reihe mehr oder minder radikaler Vorschläge zur Reform des ländlichen Kredits und besonders des Hypothekarrechts ²⁾ führt. Dazu kommt weiter eine anhaltende Geschäftsstockung in Gewerbe und Industrie und das Streben, die Ursache dieser Erscheinung auf einem Wege zu

¹⁾ Soziallehre, 1875; Gesellschaftl. und Privat-Eigentum 1877; das Eigentum in seiner sozialen Bedeutung, 1879.

²⁾ Stein, drei Fragen des Grundbesitzes und seiner Zukunft, 1881;

Ders., Bauerngut und Hufenrecht, 1882;

Ders., die Landwirtschaft in der Verwaltung und das Prinzip der Rechtsbildung des Grundbesitzes, 1883;

Schäffle, die Inkorporation des Hypothekenkredits, 1883;

Ruhland, das natürliche Wertverhältnis des landw. Grundbesitzes, 1885,

Ders., die Lösung der landw. Kreditfrage im System der agrarischen Reform, 1886;

H. F., die Verstaatlichung des Grundkredits, 1885.

erklären, welcher die sozialistische Lehre über die Entstehung der Not der arbeitenden Klassen widerlegen sollte, ohne die Gestaltung der Produktion und des Verkehrs anzugreifen.

Von aussen endlich erhält die Bewegung eine unverkennbare Anregung durch „Fortschritt und Armut“, welches Buch zu manchen Veröffentlichungen im Sinne der Besitzreform den Anlass gab und denselben in vielen Punkten als Vorbild diente.

Der Verein für Humanismus hatte sich nach kurzer Zeit schon aufgelöst, Stamm gewann indessen in dem Fabrikanten M. Flürsheim schon vor dem Erscheinen von „Fortschritt und Armut“ einen Anhänger, dessen agitatorische Befähigung seine eigene bald in den Hintergrund treten liess. Die von beiden Männern am 6. Juni 1886 in Berlin gegründete „Deutsche Landliga“, welcher auch der für die Verstaatlichung schriftstellerisch thätige Rittergutsbesitzer v. Helldorff-Baumersrode¹⁾ angehörte, teilte nach kurzem Bestande infolge persönlicher Differenzen zwischen Stamm und Flürsheim dasselbe Schicksal wie der „Verein für Humanismus.“ Das Gesellschaftsorgan „Land“ ging infolge dessen ein.

Stamm rief bald darauf den „Allwohlbund“ ins Leben; einen beachtenswerten Erfolg hat derselbe aber nicht erzielt. Dagegen ruht gegenwärtig der Schwerpunkt der Agitation in dem von Flürsheim im Jahre 1888 in Frankfurt a. M. gegründeten Verein „Deutscher Bund für Bodenbesitzreform“, welchem sich auch der in der Schweiz bestehende Verein „Frei Land“ angeschlossen hat. Um die Verbreitung der Verstaatlichungs-idee mehr zu fördern, wurde der Sitz des Flürscheimschen

¹⁾ Verstaatlichung des Grund und Bodens oder Schutzzölle für die Landwirtschaft? 1885,

Das Recht der Arbeit und die Landfrage, 1886.

Bundes später nach Berlin verlegt, wo gegenwärtig auch das früher als Monatschrift veröffentlichte Organ „Deutsch-Land“ unter dem Titel „Frei Land“ als Wochenschrift herausgegeben wird. Die Mitgliederzahl beider deutschen Vereine dürfte indessen auch heute kaum eine beträchtliche sein.

Im Jahre 1889 fand in Paris gelegentlich der Weltausstellung ein internationaler Kongress der Bodenreformer unter dem Ehrenvorsitze von George statt. Auf sein Ergebnis wird weiter unten noch zurückzukommen sein.

Untersuchen wir zur Vervollständigung der Charakteristik der Bewegung in Deutschland noch deren Stellung zu den politischen Parteien, so ist zunächst daran zu erinnern, dass bereits die Landliga, obgleich die meisten ihrer Anhänger der entschieden demokratischen Richtung angehörten, den Anschluss an irgend eine Partei aus taktischen Gründen unterliess. War man damals bereit, den Besitzreformern für den Fall des Beitritts Konzessionen zu machen, so scheint man heute jedenfalls ein solches Entgegenkommen nicht mehr für angebracht zu erachten; die Angriffe, welche der Reichstagsabgeordnete Harmening infolge seiner Agitation¹⁾ für die Verstaatlichung seitens seiner freisinnigen Parteigenossen erfuhr, sind jedenfalls ein Beweis dafür, dass der von dieser Partei gegenüber den Besitzreformern früher eingenommene Standpunkt heute nicht mehr geteilt wird.

Eher noch könnte von einem Hinneigen konservativer Elemente zur Grundverstaatlichung gesprochen werden, wenn wir die diesjährigen Verhandlungen des evangelisch-sozialen Kongresses ins Auge fassen.²⁾

¹⁾ Die Lösung der sozialen Frage durch Bodenbesitzreform, 1891.

²⁾ Frei Land, 3. Jahrg. No. 18.

Auch eine Ausserung des deutsch-sozialen Reichstagsmitglieds v. Liebermann gelegentlich der Beratung der Handelsverträge im Dezember des vorigen Jahres kann hier angeführt werden: „darüber liesse sich reden, dass Grund und Boden dem Schacher entzogen und als Eigentum der Gesamtheit betrachtet wird.“¹⁾

Der Sozialismus endlich steht der Besitzreform überwiegend feindlich gegenüber. Hermann Bahr nennt dieselbe in „deutsche Worte“ einen „Versuch einer einseitigen Ausbeutung der sozialen Ideen zugunsten des beweglichen Kapitals“. In der Schweiz bekämpft die Bewegung von demselben Standpunkte aus Platter in Zürich.²⁾

Seitens der heutigen deutschen wissenschaftlichen Nationalökonomie wurde die Besitzreform, von den früheren Besprechungen der einzelnen Schriften abgesehen, erstmals von J. Conrad in dessen „Jahrbüchern“³⁾ und von Ruhland in der Tübinger Zeitschrift,⁴⁾ sowie in neuester Zeit von K. Diehl⁵⁾ einer Kritik unterzogen.

Eine weitere eingehende Besprechung erfuhr endlich die letzte grössere Schrift Flürscheims, „der einzige Rettungsweg“, durch Hertzka in dem zweiten Bande der „Zeitschrift für Staats- und Volkswirtschaft“.

Das letztgenannte Buch darf heute wohl als der offizielle wissenschaftliche Leitfaden der neueren deutschen Bewegung bezeichnet werden. Dasselbe muss deshalb

¹⁾ Über die Stellung dieser Gruppe zur Bodenverstaatlichung *Frei Land*, 3. Jahrg. No. 9, 19, 22, 23 u. 25.

²⁾ „Die Ethik des Landbesitzes“ in „deutsche Worte“ 1891, 8. u. 9. Heft. Dazu ferner: *Frei Land*, 3. Jahrg. No. 14, 18 u. 21

³⁾ N. F. 15. Bd.

⁴⁾ Jahrg. 1887, S. 292—342.

⁵⁾ *Jahrb. für Nat. und Stat.*, III. F. 3. Bd.

neben den anderen Schriften Flürscheims¹⁾ bei einer Darstellung und Kritik der Theorien der Besitzreformer als Grundlage dienen.

Auch die schon genannten Publikationen von Stein, Schäffle und Ruhland hier beizuziehen, liegt wohl deshalb keine Veranlassung vor, als sich diese Autoren²⁾ ausdrücklich gegen die Verstaatlichung des Grund und Bodens, welche hier allein behandelt werden soll, ausgesprochen haben. Ebenso muss hier eine Behandlung der neueren Schriften von Hertzka³⁾ und dessen Bestrebungen unterbleiben, da dieselben auf einer von den Flürscheimschen Theorien und Forderungen durchaus abweichenden Grundlage aufgebaut sind.

Auf welche Theorie stützen die Anhänger der Verstaatlichung des privaten Grundeigentums in Deutschland ihre Behauptung, durch die Verwirklichung ihres Zieles die soziale Frage lösen zu können?

Da nur die Flürscheimschen Schriften und unter diesen „der einzige Rettungsweg“ eine eingehende und vollständige Darstellung des Gegenstandes geben, so mögen diese in dem folgende Teile unserer Besprechung als Grundlage dienen.

¹⁾ Auf friedlichem Wege, 1884;
Das Staatsmonopol des Grundpfandrechts, 1885;
Deutschland in 100 Jahren, 1890;
Pabst (sic) und Sozialreform, 1891.
Ausserdem Aufsätze in dem Bundesorgan.

²⁾ Schäffle z. B. in „Die Aussichtslosigkeit der Sozialdemokratie“, 1891, S. 81 f.

Ruhland in der Tübinger Zeitschrift a. a. O.

³⁾ Freiland. Ein soziales Zukunftsbild. 1890;
Die Gesetze der sozialen Entwicklung, 1886;
Sozialdemokratie und Sozialliberalismus, 1891.

In dem eben genannten Buche erhalten wir zunächst eine Charakteristik der heutigen Notlage. In früherer Zeit, so führt Flürsheim aus, bewegte sich die Herrschaft des Menschen über die Natur nur in engen Grenzen. Die Gütererzeugungsfähigkeit war aus diesem Grunde eine sehr beschränkte und deshalb die Armut eine natürliche Notwendigkeit. Heute dagegen sind die Hindernisse der Produktionsthätigkeit infolge der ungeahnten Ausdehnung der Herrschaft des Menschen über die Naturkräfte soweit beseitigt, dass sich die Produktivität der Arbeit ungefähr verzehnfacht hat. Der erwartete allgemeine Wohlstand ist jedoch mit dieser Umwälzung nicht eingetroffen, das Los der Volksmassen ist im Gegenteile, „wenn auch in Nebendingen günstiger, in der Hauptsache schlimmer“ geworden.

Die Überproduktion von heute ist nur eine scheinbare; in Wirklichkeit zeigt die Statistik, dass absoluter Überfluss bei jedem einzelnen Gute zu keiner Zeit vorhanden war, sondern der thatsächlich vorhandene Bedarf noch niemals auch nur annähernd gedeckt wurde.

Die infolge dieser offenbaren Hemmung des Konsums geschaffene Unmöglichkeit, wirklich produktive Arbeit zu verrichten, erzeugt neben den grossen stehenden Heeren und ähnlichen Erscheinungen der Vergeudung produktiver Kräfte insbesondere eine Überfüllung des kaufmännischen Berufs, in welchem heute mehr als neun Zehntel unproduktiv thätig sind.

Schon heute wären wir imstande, die dreifache Gütermenge zu erzeugen, wenn diese Verschwendung einer wirklich wirtschaftlichen Ausnützung der Menschenkraft und aller Fortschritte der Technik wiche.

Worin hat aber dieses scheinbar unbegreifliche „Verbot, das die produktionswilligen und -fähigen Volks-

millionen an der Erzeugung der von ihnen benötigten Güter hindert“, seinen Ursprung?

Nach dem Vorgange von George¹⁾ führt Flürsheim zunächst aus, dass die Krisis alle Kulturstaaten erfasst habe, dass sie schon seit Jahren bestehe und alle Anzeichen der Dauer biete. Die einzelnen Erscheinungen dieses ungesunden wirtschaftlichen Zustandes sind: ein sich von Jahr zu Jahr verschärfender Kampf ums Dasein auf allen Gebieten wirtschaftlicher Thätigkeit, ein Überwiegen des Arbeitsangebots über die Nachfrage, eine stetig abnehmende Möglichkeit, ständig Beschäftigung zu erlangen, und eine Verringerung der Höhe und Sicherheit des „Verdienstes“ derjenigen, die Arbeit finden können.

Dieser Verdienst begreift jedoch nicht nur den Lohn des Arbeiters in sich, denn die soziale Frage hat längst aufgehört, eine „Handarbeiterfrage“ zu sein, sie berührt im Gegenteil die Gesamtheit derjenigen, „welche auf irgend einem Gebiete menschlicher Thätigkeit für ihren Lebensunterhalt arbeiten, vom Tagelöhner auf dem Felde bis zum Minister der Krone oder dem höchsten Beamten der Republik.“

Welches sind denn aber die Ursachen dieser allgemeinen Notlage? Etwa die Übervölkerung, die Militärlasten, die Handelspolitik, die politische und gewerbliche Freiheit und die damit zusammenhängende regellose Produktion, die Währungsfrage, oder gar die Überproduktion? Keines dieser Momente kann bei der Erklärung in Betracht kommen, denn die Krisis tritt in den verschiedensten Ländern, in welchen diese Einzelerscheinungen entweder eine ganz verschiedene oder gar keine Bedeutung haben, mit gleicher Heftigkeit auf.

¹⁾ Fortschritt und Armut, S. 4 ff.

Flürscheim knüpft daher mit George an ein „Symptom der Weltkrankheit“ an, das in allen Kulturstaaen neben dem schon genannten Arbeitsmangel fast gleichmässig in die Erscheinung trete. Dasselbe bestehe in der raschen Zunahme des Reichtums einer kleinen Minderheit bei gleichzeitiger Massenverarmung.

Diese Gestaltung der Verteilung bewirkt, dass die wenigen Grosskapitalisten ausserstande sind, auch nur einen nennenswerten Teil ihres Einkommens zur Konsumtion zu verwenden.

Was geschieht hingegen mit dem grösseren Rest? Eine kleine Quote desselben wird zwar „produktiv, d. h. zur Erstellung neuer Produktionswerkzeuge, oder sonst Arbeit schaffend verwandt“, der übrige, stets zunehmende Teil aber zinstragend angelegt.

Dadurch entsteht eine weitere Verschiebung der Einkommensverteilung zugunsten dieser Minderheit.

Infolge dieser ungesunden Verteilung werden aber Millionen von Arbeitern aller Produktionsrichtungen arbeitslos und damit natürlicherweise auch am Konsum verhindert, wodurch wiederum eine weitere Anzahl unter ihnen ihrer Stellung verlustig gehen muss.

Wie erfolgt nun aber die Anlage des überschüssigen Einkommens der Grosskapitalisten?

Wegen des mit industriellen und ähnlichen Unternehmungen verbundenen Risikos in „Grundeigentum, Hypotheken, Staatspapieren oder mit Monopolen ausgestatteten sicheren Unternehmungen (Eisenbahnen, gewisse Bergwerksbetriebe, Petroleumgewinnung u. s. w.)“

Unter diesen sicheren Anlagen kommen in erster Reihe diejenigen in Hypotheken und Grundeigentum in Betracht, denn die Zunahme der Anlagegelegenheit in Staatspapieren oder in Unternehmungen mit Monopol-

charakter ist eine im Vergleich zu dem wachsenden Einkommen der Grosskapitalisten zu unbedeutende.

Von einem Ausgleich durch Zuwendung der nicht aufgebrauchten Zinsen zur Produktion kann daher keine Rede sein; vielmehr wird durch den Erwerb von direktem oder indirektem Grundeigentum keine Arbeit in Thätigkeit gesetzt, sondern im Gegenteil die Konsumtionskraft der bisherigen Grundeigentümer „zu Gunsten der neuen um den Betrag der in den Besitz der letzteren verschobenen Grundrente verringert.“ Da jedoch die neuen Besitzer schon vorher bereits die Grenze der Möglichkeit des Verbrauchs erreicht haben, die alten ihren Konsum aber entsprechend herabsetzen müssen, so ist es ganz natürlich, dass in dieser Weise von Jahr zu Jahr eine verhältnismässige Verringerung der Kaufkraft des Volkes stattfinden muss, welche mit einer wirklichen Vermehrung der letzteren wohl verbunden sein kann. Denn „die Verbesserung der Technik und die Vermehrung der Gütererzeugungswerkzeuge können die allgemeine Gütererzeugungskraft so bedeutend vergrössern, dass das fördernde Moment in Gütererzeugung und Güterverbrauch das zurückhaltende überwiegt.“

Aber selbst wenn die Kapitalisten ihr zurückgelegtes Einkommen der Produktion zuwenden, geschieht dies meist auf Gefahr der Produzenten, welche das Risiko, dass die durch die Vermehrung der Produktionswerkzeuge geschaffene Zunahme der Produkte nicht genügend Abnahme findet, gewöhnlich allein zu tragen haben.

Hält man schliesslich selbst die Behauptung für erwiesen, dass die Löhne und die Gesamtkaufkraft der Arbeiter gestiegen seien, so ist damit noch keine „Erklärung der immer schwerer werdenden Absatzkrise

der immer schwieriger zugänglichen Arbeitsgelegenheiten“ gegeben.

Soll diese Frage gelöst werden, so muss vor allem auf die unbestreitbare Thatsache hingewiesen werden, dass, wie schon erwähnt wurde, die Kaufkraft des Volkes nicht mit seiner Produktionskraft gleichen Schritt gehalten hat.

Die Ursache dieser Erscheinung liegt einerseits in der eingangs gekennzeichneten unvollständigen Konsumtion des Einkommens der Grosskapitalisten, andererseits in der Verhinderung der übrigen Bevölkerung, „dies an ihrer Stelle zu thun.“

Diese Hemmung des Verbrauchs ist aber nur möglich, weil „die Grosskapitalisten imstande sind, ein Einkommen aus ihren Kapitalien zu ziehen, ohne dass sie selbst solche in der Produktion arbeiten lassen.“ Ein Ausgleich könnte daher nur eintreten, wenn alle Überschüsse dieser mächtigen Minderheit in neuen Produktions- und Verkehrsanlagen Verwendung fänden.

Die Möglichkeit der Kapitalanlage in Grund und Boden hat aber ein anderes Bild geschaffen. Nicht von den Grosskapitalisten werden die neuen Produktions- und Verkehrsmittel erstellt, sondern von deren Schuldnern, welche für das geliehene Kapital ihr Grundeigentum verpfänden müssen.

Die den Gläubigern zu zahlenden Zinsen können nur durch Erhöhung der Produktion aufgebracht werden. Neue Maschinen werden aufgestellt, neue Fabriken errichtet. Dadurch wird zwar ein Sinken der Preise der Produkte herbeigeführt und die Kaufkraft des Volkes gehoben, das Einkommen der Grosskapitalisten aber steigt, unbeeinflusst von der Rentabilität der Produktion, „in sicherem mathematischen Verhältnisse des Zinseszinses von Jahr zu Jahr.“

Diese stetig wachsende Verpflichtung der Fabrikanten und Landwirte zur Zinszahlung wird aber durch den Ertrag der neuen Maschinen, Fabriken und Meliorationen nicht gedeckt und führt zu einer weiteren Vergrößerung der Produktion. Der Absatz kann aber nicht verhältnismässig mitsteigen, weil die Preise nicht entsprechend heruntergesetzt werden können; der in den Produktionskosten enthaltene und in umgekehrtem Verhältnisse zu diesen steigende Zins verhindert eine entsprechende Reduktion der Preise der Produkte. Dadurch wird der Ruin des Fabrikanten und Landwirts früher oder später unvermeidlich, weil die Produktion den Bedarf immer mehr übersteigen muss. Die Folge ist: „Die neuen Produktionswerkzeuge stehen still, aber ihr Stillstehen vermindert jetzt nicht zumeist das Einkommen von Leuten, die es doch nicht zur Beschaffung von Verbrauchsgütern verwandt hätten, sondern grösstenteils das von solchen, die es aufbrauchten und nun ihren Verbrauch einschränken müssen“. Infolge dessen werden die kleineren Kapitalisten vernichtet und in das Proletariat geschleudert, der Druck des auf dem Volke lastenden Grosskapitals aber weiter vermehrt.

Diese Hemmung der Produktion dauert jeweils so lange, bis der nicht konsumierte Teil des Rieseneinkommens dieser kleinen Minderheit wieder zinstragend angelegt ist. Da nun aber der Anteil des Kapitals an dem Ertrage der Produktion stetig in demselben Verhältnisse wächst, wie derjenige der Arbeit abnimmt, so müssen die Industrie- und Geschäftskrisen immer länger, die Zwischenpausen dagegen immer kürzer werden.

Aber selbst in diesen kurzen Zeiten des Aufschwungs kann von einem eigentlich guten Geschäftsgange keine Rede mehr sein, denn auch da drückt der „aus Mangel an produktiver Arbeit“ immer mehr zunehmende Zwischenhandel die Preise, welche durch die wachsen-

den Kosten für Reklame und Geschäftsspesen ohnehin vermindert werden, ständig herunter. Die gleiche Wirkung haben die übrigen „unproduktiven oder wenigstens nicht direkt produktiven Professionen“.

Bei dem Versuche, die Krisen und deren Folgen auf friedlichem Wege zu beseitigen, handelt es sich daher darum, „das Entstehen, Bestehen und Wachsen der riesigen Kapitalanhäufungen“, welche die Ursache des stets wachsenden Missverhältnisses zwischen Produktion und Konsumtion und damit der sozialen Frage überhaupt sind, zu verhindern, ohne dass man zu der Forderung des Sozialismus nach staatlicher Leitung der Produktion seine Zuflucht nähme.

Der einzuschlagende Weg ist klar vorgezeichnet, „wenn wir die Überzeugung gewinnen, dass auch die Kapitalherrschaft nur ein Auswuchs der Bodenherrschaft ist und mit dieser fällt“.

„Der Grund und Boden ist zur Existenz des Menschen gerade so unentbehrlich wie die Luft . . Er ist nicht nur als Aufenthaltsort unentbehrlich, sondern auch als Urquell aller Rohprodukte, ohne die ein Ausüben menschlicher Thätigkeit undenkbar ist . . . Die Arbeit ohne die Natur kann keine Werte erzeugen, wohl aber die Natur ohne Arbeit . . . Wir können gestrost sagen, wer den Grund und Boden, das Land besitzt, besitzt die Menschen, die es bewohnen, in dem Masse, als ihnen anderes Land mehr oder weniger zugänglich ist.“

Diese Bedeutung und direkte Wirkung des Eigentums an Grund und Boden tritt aber hinter der indirekten weit zurück: „Ohne das Privatrecht, Land zu besitzen, hätten wir auch nicht das Kapital in seiner heute häufigsten Bedeutung als zinstragenden Wert, das total verschieden von dem wirklichen Kapital ist.“

Zum Beweise dieser Behauptung wirft Flürsheim die Frage auf, wem der Mehrwert, d. h. der nach Abzug der Unterhaltungskosten des freien Arbeiters verbleibende Reinertrag der Arbeitsleistung zufalle. Dem Arbeitgeber? „Nein, die Konkurrenz der Arbeitgeber im heutigen Daseinskampfe beschränkt ihren Durchschnittsnutzen auf den berechtigten Lohn der Unternehmerarbeit und deckt nicht ganz die Gefahrprämie, d. h. die durchschnittliche Verlustgefahr bei gewerblichen Unternehmungen.“

Die wirklichen Usurpatoren dieses Mehrwerts sind, von der Vergeudung in Verwaltung und Verteilung abgesehen, die Grundrente und der Kapitalzins.

Der für die Miete wirklicher Produktionsmittel bezahlte Kapitalzins ist jedoch von solchem aus „imaginärem Kapitale“ wohl zu unterscheiden. Letzteres beruht in einem nicht durch sachliche Produktionsmittel gesicherten Rechte auf Zinsbezug, welcher lediglich in der Arbeit anderer seine Quelle hat. Zu dieser Kategorie, welche heute den weitaus grössten Teil des Kapitals überhaupt bildet, gehören die Aktien sowie die Staats- und Kommunalschuldscheine, soweit deren Kurswert nicht durch das Eigentum der Gesellschaft oder des Staates bzw. der Gemeinde gedeckt ist. Selbst Prioritäten und Pfandbriefe, welche durch Grundbesitz gesichert sind, müssen hierher gezählt werden. Denn in der heutigen landwirtschaftlichen Grundrente ist infolge der Erwerbskrisen oder deren Ursache, des Zinses, welcher den Wert der Arbeit des Landwirts und seiner Gehilfen auf ein den heutigen Kulturverhältnissen nicht mehr entsprechendes Minimum herabdrückt, auch Arbeitslohn enthalten.

Der Rentenbezug aus solchem imaginären Kapitale aber und die Existenz des letzteren überhaupt wären

unmöglich, wenn die Institution des Privateigentums an Grund und Boden nicht bestünde.

Wie entsteht der Zins? Ist er etwa Entbehrungslohn? Nein, das Ersparte selbst ist für den Sparer schon ein genügender Lohn. Dienstvergütung? Keineswegs, denn der Schuldner, der seinem Gläubiger eine „dem besten Kassenschranke gleichkommende Sicherheit“ bieten kann, leistet durch die Übernahme der Erhaltung und Verwaltung des Kapitals eine hinreichende Vergütung, die sogar noch in eine von dem Gläubiger zu zahlende Gebühr übergehen müsste, wenn die Kosten der sicheren Selbstaufbewahrung höher wären.

Wir müssen daher noch untersuchen, ob dieser Dienst der sicheren Kapitalaufbewahrung immer dem der Kapitalbenutzung gleichwertig ist. Da als Massstab bei der Vergleichung nur der Marktwert in Betracht kommt, so muss die Fragestellung lauten: Wie gestaltet sich in der Wirklichkeit das Marktwertverhältnis des Dienstes, den sich Kapitaldarleiher und Kapitalentleiher gegenseitig leisten?

Offenbar sind auch hier Angebot und Nachfrage die beiden entscheidenden Faktoren. Die Wirkung derselben ist aber eine grundverschiedene bei Gemeineigentum an Grund und Boden und bei Privateigentum.

Im ersten Falle, in welchem die vorrätige Gütermenge als sehr gering betrachtet werden kann und deshalb die Aufbewahrungsgefahr nach einem von Flürscheim aufgestellten Satze sehr gross ist, leistete der Entleiher dem Darleiher durch die Aufbewahrungs- und Erhaltungsarbeit gewöhnlich einen Dienst, dessen Wert den der Leihe erreichte, wenn nicht übertraf.

Das Moment der Zeit ist hier nicht zu berücksichtigen, denn bei diesem Zustande der Wirtschaft besteht der Vorteil des Leihenden eben darin, dass er sich die

Zurückgabe des gerade überflüssigen Teils seines Gütervorrats auf eine Zeit ausbedingt, in welcher er denselben nicht mit gleicher Sicherheit und in gleicher Güte haben könnte. Der Marktwert des Dienstes, welchen Darleiher und Entleiher sich gegenseitig leisten, muss daher „im Durchschnitt auf gleicher Höhe bleiben.“

Sieht man indes von solchen Untersuchungen an Beispielen aus Zeiten des Bodengemeineigentums auch vollständig ab und vergegenwärtigt sich nur, wie der Zins bei den gleichen rechtlichen Bodenverhältnissen in der Gegenwart sich gestalten müsste, so steht „ausser allem Zweifel, dass das Kapitalangebot weitaus die Nachfrage übersteigen würde, und dass der Kapitalbesitzer froh sein müsste, wenn ihm vom Entleiher für den demselben mit dem Recht der Kapitalbenützung geleisteten Dienst die Arbeit der Kapitalerhaltung“ verrichtet würde. Wenn auch der Kapitalschuldner seinem Gläubiger bei Bodengemeinbesitz eine Vergütung zahlte, so wäre dieselbe kein reiner Zins, sondern nur die im rohen Zins enthaltene Gefahr- oder Verlustprämie. „Diese aber kann — im Gegensatze zum reinen Zinse — keine selbstthätige Güteraufhäufung, keine Tributansprüche erzeugen.“

In den heutigen Staaten mit privatem Grundeigentum ist jedoch der Vorgang ein von dem soeben geschilderten gänzlich verschiedener. Die nur bei der heutigen Rechtsinstitution gebotene Möglichkeit, dass Kapital in Grundbesitz verwandelt werden kann, indem man dafür Land kauft, gestattet dadurch zugleich, dass man für die Herleiherung von Kapital mindestens so viel Zins wird beanspruchen können, als man mit dem dafür eingetauschten Land Grundrente zu erzielen vermag.

„Die Aneignung der Grundrente, (d. h. des Bodenzinses) seitens einzelner Menschen ist die Mutter des Kapitalzinses.“

Der Zins und mit ihm die Erwerbskrisen und die Armut überhaupt können aber nur dadurch beseitigt werden, „dass der Grund und Boden dem Kapitalmarkte entzogen wird.“

Diese Reform wird am sichersten durch die Umwandlung des privaten Grundeigentums in Gemeineigentum bewerkstelligt.

Die Bedenken, welche man etwa vom rechtsphilosophischen Standpunkte gegen dieselbe erheben könnte, sind unbegründet, die verschiedenen Theorien über die Berechtigung dieser Art des Privateigentums haltlos.

Die Occupationstheorie und das Recht des Erstbesitzes sind, als unseren heutigen Rechtsanschauungen widersprechend, völlig unzureichend; ebenso die Vertragstheorie, welche die Mitwirkung aller Nachkommen bei dem Abschlusse des Vertrags voraussetzte. Auch die Arbeitstheorie wird von Flürsheim verworfen und in einer Polemik gegen Vocke bezüglich des landwirtschaftlichen Bodens behauptet, der letztere habe durch seine Bebauer nicht nur keine Wertvermehrung erfahren, sondern seine Fruchtbarkeit, welche ihm ursprünglich eigen gewesen sei, sei um beträchtliches vermindert worden.

Trotz dieses negativen, rein naturrechtlichen Standpunktes, den Flürsheim und seine Vertreter in dieser Frage einnehmen, befürworten sie als Freunde einer friedlichen Sozialreform eine Ablösung des privaten Grundeigentums gegen Entschädigung.

Bevor wir indes zu der Darstellung der Einzelheiten der praktischen Durchführung übergehen, haben wir noch die Wirkungen, welche sich die Bodenreformer in Deutschland von der Grundverstaatlichung versprechen, näher ins Auge zu fassen, da dieselben mit

ihren theoretischen Anschauungen aufs engste zusammenhängen.

Eine nach Art der Zukunftsbilder von Bellamy und Hertzka verfasste, jedoch schon vor diesen veröffentlichte Beschreibung¹⁾ der Wirkung der Reform hat den Zweck, die Ziele des Bundes weiteren Schichten der Bevölkerung zu veranschaulichen.

Die Wirkungen scheiden sich in direkte und indirekte. Die ersten ergeben sich aus der Veränderung in der Verteilung des Grund und Bodens und der Grundrente, die letzteren aus dem Einflusse der Reform auf den Kapitalzins.

Durch die Verstaatlichung wird der Grund und Boden aus Monopolhänden befreit und jedem zugänglich, der seine Arbeit auf demselben gegen eine der Grundrente gleichkommende Abgabe an die Gemeinschaft frei zu bethätigen wünscht.

Der ländliche Grundbesitz erfährt eine zweckmässigere, „nach den Umständen und Verhältnissen“ geregelte Verteilung. Die Folge wird sein, dass eine erheblichere Zahl der Bevölkerung sich der Landwirtschaft widmet, ohne wie bisher in dem Ertrage der Arbeit durch drückende und stets wachsende Grundverschuldung geschmälert zu werden. Ein zu hoher Pachtzins wird im Zukunftsstaate deshalb nicht bezahlt werden müssen, da das „richtige Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage im Landgütermarkte“ nicht mehr durch die Konkurrenz des Anlage suchenden

¹⁾ M. Flürscheim, Deutschland in 100 Jahren oder die Galoschen des Glücks, 1889 im „Badischen Landesboten“ als Feuilleton veröffentlicht, 1890 als selbständige Broschüre herausgegeben.

Kapitals gestört werden wird. Denn der Grund und Boden hört auf, „als Wertobjekt auf dem Arbeitsmarkte zu dienen.“ Die Landwirtschaft wird also schon durch die Verstaatlichung an sich in eine günstige Lage versetzt werden. Die indirekten Wirkungen werden dieselbe, wie an anderer Stelle auszuführen ist, noch mehr heben.

Durch das Zuströmen von Arbeitskräften zur Landwirtschaft wird aber wiederum die industrielle Reservearmee verringert oder ganz beseitigt, ohne dass diese Besserstellung wieder durch eine Steigerung der Waarenpreise paralyziert würde, was teils eine Folge der direkten Wirkung ist, indem durch die Schaffung von Arbeitsgelegenheit in der Landwirtschaft die preissteigernden unproduktiven Beschäftigungen vermindert, vielleicht auch gänzlich verschwinden würden, andernfalls aber eine indirekte Folge der Reform, weil in dem Preise der Waaren kein Kapitalzins mehr bezahlt werden müsste.

Den fühlbarsten und sichtbarsten Einfluss würde die Verstaatlichung indessen beim städtischen Grund und Boden ausüben. Flürsheim, der sich hier zum Teil auf die Ausführungen von Wagner in dessen „Grundlegung“ stützt, führt weiter aus, wie die Institution des Privateigentums die Kommunalverwaltungen zu Vergeudungen zwingt und die Flächenausdehnung der Städte in nutzloser Weise vergrößere. Aber geradezu vernichtend und kulturfeindlich wirkten die heutigen Zustände, wenn sie die Einwohner durch ihr Eigentumsrecht an Grund und Boden an die Scholle fesseln, obgleich verheerende Naturereignisse zeigen, dass die Lage der Stadt eine verfehlte sei. „Die Gesetzgebung muss eben dafür sorgen, dass kein Einwohner mehr durch Grundbesitz an eine Örtlichkeit gebunden wird.“

Alle diese Nachteile des städtischen Grundeigentums müssten mit der Verstaatlichung verschwinden. Der Boden an der Peripherie wäre der Spekulation entzogen und für billigen Pachtzins der Überbauung geöffnet; schon dadurch würde die Wohnungsmiete bedeutend sinken. Trotz der billigen Grundrente für Bauplätze wäre die städtische Grundrenteneinnahme grösser als heute, „weil das betreffende Terrain gegenwärtig so gut wie gar keine Grundrente ergiebt, und weil der steigende Wohlstand dem Gelände im Innern der Stadt wertvollere Verwendung gewährt.“

Die Städte könnten selbst die Verkehrsmittel zwischen Peripherie und dem Centrum unentgeltlich zur Verfügung stellen, weil die durch diese Verbindung erhöhte Grundrente das Anlage- und Betriebskapital der Verkehrsanstalten decken würde. Die Verschuldung der Städte würde selbstverständlich verschwinden, die letzteren aber „gesünder, schöner und besser bebaut sein als heute.“

Diese direkten Wirkungen der Verstaatlichung des Grundeigentums treten indes bei uns im Gegensatze zu Amerika und Grossbritannien weit zurück hinter den indirekten, die in dem Verschwinden des Zinseszinses bzw. in dem Herabsinken des letzteren auf die Höhe der Gefahrprämie bestünden.

Das Kapitalangebot müsste die Nachfrage bei weitem übersteigen, das „imaginäre“ Kapital aber unmöglich werden.

Jedem Arbeiter, der in seiner Person die genügende Sicherheit böte, stünde daher, abgesehen davon, dass die Konkurrenz durch die Verstaatlichung ohnehin schon verringert ist, immer so viel Kapital unentgeltlich zur Verfügung, dass er nur dann in den Dienst eines Unternehmers treten würde, wann das Lohneinkommen

mindestens so hoch wäre wie dasjenige aus der Arbeit für eigene Rechnung.

Unternehmer könnten bei den hohen Löhnen nur bestehen, wenn sie durch besondere Fähigkeiten in der Organisation und Leitung einen „Extranutzen“ für sich erzielen, der dann aber kein Abzug an der Arbeit wäre, sondern nur berechtigten Unternehmerlohn darstellte.

Der Arbeitslohn müsste „mindestens verdreifacht werden“, wenn weiter in Berücksichtigung gezogen wird, dass die durch Beseitigung „schlechter Organisation der Produktionseinrichtungen und vor allem des Vertriebs der Produkte“ ersparten Unsummen dem Arbeiter zuflössen, ohne dass damit, wie schon erwähnt wurde, eine Steigerung der Waarenpreise verbunden wäre.

Dadurch würde aber die Konsumtionskraft der ganzen Bevölkerung so gehoben, dass die Absatz- und Erwerbskrisen unmöglich wären.

Zollschranken zum Schutze der einheimischen Industrie wären völlig entbehrlich, denn die grössten Industrieländer, Grossbritannien und die Vereinigten Staaten, welche „ohne Zweifel in der Bodenreform vorausgehen“, wären vollauf mit der Deckung ihres eigenen Bedarfs beschäftigt.

„Was braucht überhaupt bei einer solchen Höhe der Gütererzeugung, wie sie der Freigebung der Volkskaufkraft folgen muss, der Produzent sich den Kopf zerbrechen, wo er seine Waare absetzen soll? der inländische Bedarf ist so riesig, dass er kein Interesse daran hat, den Export zu suchen, um überhaupt abzusetzen“; thut er dies aber dennoch, so geschieht es aus dem einzig natürlichen Grunde der internationalen Arbeitsteilung. Export unter dem wirklichen Kostenpreise, welcher heute zu den selbstverständlichen Er-

scheinungen unseres Wirtschaftslebens gehört, wäre im Reformstaate ein Nonsens.

Mit dem allmählichen Verschwinden der Zollschranken fiel aber „das heute wichtigste Trennungsmoment der Völker fort“.

Dieser Aufschwung infolge der indirekten Wirkungen der Reform wird besonders auch geeignet sein, die Notlage der Landwirtschaft vollständig zu beseitigen und die Bodenbebauung wirklich rentabel zu machen. Wäre die Verstaatlichung einmal durchgeführt, so stünde dem Landwirte infolge des Einflusses der Reform auf Kapital und Kapitalzins ersteres „in heute ungeahnter Menge“ zur Verfügung.

Die Landwirte werden sich aber nicht etwa durch übermässige Konkurrenz bei dem Pachtangebote die Vorteile wieder schmälern, sondern „die Leichtigkeit, lohnenden Verdienst auf irgend einem Gebiete zu erlangen, wird den Pächter nicht höher bieten lassen, als der Vergleich mit anderen Verdienstgelegenheiten ihm erlaubt. Trotzdem wird der Pachtpreis höher werden als heute, weil der riesige Verbrauch lohnender Acker- und Gartenerzeugnisse seitens der Volksmassen die intensivste Wirtschaft und eine weit höhere Rentabilität ergeben wird“.

„Kommt für den Landwirt der Kapitalzins nicht mehr in Frage, so ist kein Sumpf zu tief, kein See zu gross, als dass nicht das Kapital sie auszufüllen vermöchte, kein Bergrücken unterhalb der Schneegrenze so unfruchtbar, als dass nicht dieser Zaubermeister ihn terrassenförmig mit Gärten bedecken könnte.“

Diese günstige Lage der Landwirtschaft wird aber wiederum einen belebenden Einfluss auf die ohnehin schon bedeutend gestiegene gewerbliche Thätigkeit ausüben.

In den Städten werden Häuser ein Lieblingsfeld, der Kapitalanlage sein, weil bei den Gebäuden am leichtesten die Höhe der Gefahrprämie zu berechnen ist. „Ein Haus ohne Garten wird sogar in den Grossstädten gerade so selten sein wie heute eines mit Garten.“

Alle diese Veränderungen auf wirtschaftlichem Gebiete im Reformstaate werden nicht überraschen, wenn man sich den einschneidenden Einfluss des Verschwindens des Zinses auf die Kapitalbildung vergegenwärtigt.

Heute wird die letztere hauptsächlich durch den Zins verhindert. Die Frage nach der Rentabilität ist heute bei jeder Unternehmung die entscheidende; rentabel ist aber unter unseren gegenwärtigen Verhältnissen nur, „was entsprechenden Zins für das aufgewandte Kapital abwirft.“ Da aber dieser Faktor nach der Verstaatlichung nicht mehr in Betracht kommt, so wird der Umfang der Kapitalverwendungen sich ausserordentlich erweitern. Unzählige Anlagen, welche heute als unrentabel gelten müssen, werden in Meliorationen, Verkehrsanstalten, Bergwerksbetrieben und ähnlichen, infolge ihrer Unzerstörbarkeit verhältnismässig sicheren Anlagen stattfinden. Das Resultat ist ausser einer Erhöhung des Arbeitslohns ein Steigen der Grundrente.

Der Staat ist also in „Freiland“ als Eigentümer des Grund und Bodens, dem sich weitaus der grösste Teil des Kapitals zuwenden wird, gewissermassen der einzige Kapitalist, welcher in der Grundrente Zins bezieht.

Zwei Gleichungen drücken kurz den Kontrast zwischen den wirtschaftlichen Verhältnissen der Gegenwart und der künftigen Organisation aus:

„Heute: Erzeugnis der Arbeit = Lohn, Grundrente und Kapitalzins (Lohn für den Arbeiter, Grund- und Kapitalzins für die Grund- und Kapitalbesitzer),

morgen: Erzeugnis der Arbeit = Lohn- und Grundzins (Lohn für den Arbeiter, Grundzins für die Gesamtheit).“

Hinter diesen Wirkungen auf wirtschaftlichem Gebiete treten diejenigen auf dem sozialen und kulturellen nicht zurück.

Die Bodenbesitzreform als „versöhnendes Mittelglied zwischen den Gegensätzen des Individualismus und Sozialismus“ lässt die persönliche Schaffenskraft frei und sichert dem Arbeiter trotzdem den vollen Ertrag seiner Arbeit. Die ständig steigende Grundrente wird die Zwangsgemeinwirtschaften zu Leistungen befähigen, welche wir heute nur zum geringsten Teile oder gar nicht geniessen: freien Unterricht, unentgeltliche Benützung der Verkehrsanstalten für alle Staatsbürger, unentgeltliche Vergnügen jeder Art, reichliche Versorgung in Krankheit, Alter und Erwerbsunfähigkeit, das alles bietet der Zukunftsstaat.

Der Reiche selbst wird lebensfreudiger aufatmen, wenn er die heute über ihm drohende Gefahr von sich abgewendet weiss und sich an dem Glücke aller seiner Nebenmenschen erheben kann. „Der heutige wilde Daseinskampf wird zu einem gemütlichen, zufriedenen Arbeiten.“

Damit wird möglicherweise eine solche Veränderung in den sittlichen Anschauungen der Menschen vor sich gehen, dass der Eigennutz vor den sozial-sympathischen Trieben vollständig zurückweicht.

Mit dem Ausblick auf die Möglichkeit des Übergangs der heutigen Volkswirtschaft „zum kommunistischen Ideal der Arbeit aller nach ihren Fähigkeiten und ihrer Arbeitslust und dem Verbrauche aller nach ihren Bedürfnissen“ schliesst Flürsheim die Darstellung der Wirkungen der von ihm und seinen Anhängern geplanten Reform.

Wie ist aber die friedliche Durchführung der Umgestaltung zu erreichen? Diese Frage ist „verschieden in den verschiedenen Ländern“ zu lösen.

Der von George gemachte Vorschlag der Einziehung des privaten Grundeigentums ohne Entschädigung wird von den Besitzreformern zurückgewiesen, wenn sich auch ein Recht einzelner auf den Boden nicht begründen lässt.

Die heutigen Eigentümer besitzen indes bona fide unter ausdrücklicher Anerkennung seitens der Gemeinschaft. Diese ist deshalb aus Billigkeitsgründen zur Entschädigung verpflichtet.

Die single tax wäre nach der Meinung Flürscheims in stark besiedelten Ländern wie Deutschland von verhältnismässig geringer Wirkung. Denn einerseits würde die Aufhebung aller übrigen (auch der indirekten) Steuern die Grundrente erhöhen, andererseits könnte die Grundsteuer von den Eigentümern auf die Bodenbenützer abgewälzt werden, weil, je besiedelter ein Land ist, desto weniger eine Ausgleichung durch Heranziehung spekulativ zurückgehaltenen Landes sich vollziehen könnte.

Bei uns würden die Wirkungen der Reform nur dann in vollem Umfange eintreten, wenn „die ganze Grundrente weggesteuert“ wird, d. h. wenn diese Besteuerung „nichts anderes ist als ein anderer Name für Bodenpacht. Nur dann ist sie nicht abwälzbar; denn die Grundrente entspricht dem höchsten Nutzungswert, den die Arbeit für Land noch über alles Abwälzbare hinaus zahlen kann.“

In Deutschland — für Grossbritannien, Irland und die überseeischen neuen Länder wird ein gemischtes

System der Wegsteuerung und des Kaufs der Grundrente empfohlen — könnte das Ziel auf zwei Arten erreicht werden: entweder durch gleichzeitigen Ankauf alles Grund und Bodens oder durch allmähliche Ablösung desselben.

In beiden Fällen müsste eine Abschätzung aller Grundstücke erfolgen und dem Staate das jederzeitige Vorkaufsrecht zum Werte bei der Taxation eingeräumt werden. Durch diese Wertfixierung wird zugleich dem Kapitale die Möglichkeit genommen, den Preis des Bodens „beliebig im Verhältnis der Masse“, in welcher es sich zur Anlage in demselben drängt, zu erhöhen.

Würde die erste Art der Durchführung gewählt, so könnte der Kauf durch Ausgabe von Staatsschuldscheinen erfolgen, welche dem von Grund und Boden ferngehaltenen Kapitale eine erwünschte sichere Anlagegelegenheit böten. Infolge der grossen Nachfrage nach diesen Papieren würde deren Kurs erheblich steigen, der Staat aber in die Möglichkeit versetzt, Zinsreduktionen vorzunehmen, so dass „in kaum 25 Jahren“ bei dem stetigen Steigen der Grundrente bzw. des Pachtzinses die Amortisation der Schuld beendet wäre. Die Grosskapitalisten würden von dieser Zeit an ihre Kapitalien unverzinslich in der Staatsbank anlegen, „anstatt sie gewerblich aufs Spiel zu setzen.“

Bei allmählichem Bodenankauf wäre die Ausgabe von Staatsschuldscheinen überflüssig, da die Mittel zur Tilgung jeweils durch den Gewinn aus der steigenden Grundrente und dem sinkenden Zinsfusse aufgebracht werden könnten.

Zur Beschleunigung der Durchführung der Reform in dieser Weise könnte ein Teil des Kaufpreises auch durch Ausgabe von Schuldverschreibungen gedeckt werden, also eine Mischung der ersten und zweiten Art

der Ablösung stattfinden, oder die durch Beschränkung des Erbrechts, erhöhte Liegenschafts- und Schenkungsaccise gewonnenen Einnahmen zur schnelleren Tilgung verwendet werden. Ausserdem könnte der Staat durch Hypotheken- und andere Bankmonopole seine Mittel zum Bodenankauf erhöhen.

Wie glauben aber die Bodenreformer die Schwierigkeit der Ermittlung der Höhe der Grundrente überwinden zu können?

Flürscheim antwortet darauf: „Es ist absolut nicht möglich, die Grundrente festzustellen, ohne den Pachtwert zu finden; denn die Grundrente eines Landes besteht eben aus dem Pachtwerte abzüglich des Meliorationszinses.“

Die Art des Verfahrens ist aus dem „Gesetzentwurf, die Wegsteuerung des städtischen Grundrentenzuwachses betreffend“ ersichtlich. Nach diesem sollen jeweils die durchschnittlichen Pacht- und Mietpreise innerhalb eines Zeitraums von fünf Jahren festgestellt werden. Die Grundrente wird dann erhalten, indem man von dem Pachtpreise den am Orte des Grundstücks bei Hypotheken üblichen Zins für den Gesamtwert der getrennt von Grund und Boden schätzbaren Meliorationen einschliesslich der Gebäude und für die nicht vom Mieter bzw. Pächter gezahlten Reparatur-, Versicherungs- und Amortisationskosten abzieht.

Der Wert der vom Besitzer selbst und seinen Rechtsvorgängern auf den Boden verwandten Arbeit sowie die auf die „vergangene Gesellschafts- und Naturarbeit, zurückzuführende Werterhöhung wird vom Staate nicht eingezogen, wohl aber der künftige, nicht durch die Thätigkeit des Pächters bzw. Eigentümers erzeugte Grundrentenzuwachs.

Dieser letztere ergibt sich in jedem Jahre leicht

aus der Differenz der jeweiligen Pachtwerte nach Abzug des auf die vom Boden trennbaren Meliorationen entfallenden Teils.

Die Schwierigkeit der Berechnung ist beseitigt, wenn der Staat einst den gesamten Grund und Boden aufgekauft haben wird. Von dieser Zeit ab kommt dann nur noch der Pachtzins in Betracht. Da ferner der Staat und die Gemeinden nach Flürscheims Ansicht allmählich auch den grössten Teil der Fabriken und Häuser erwerben werden, so erhält das Verfahren eine erhebliche Vereinfachung.

Dass die Arbeit infolge zu hohen Pachtgebots nicht den vollen Ertrag erhalten werde, ist deshalb unwahrscheinlich, weil jeder Bietende den Wert, den er seiner Arbeit beilegen kann, am besten selbst beurteilt und darnach sein Angebot bemisst. Ausserdem wird die im Gefolge der Reform eintretende Verminderung der Konkurrenz auch hier einen günstigen Einfluss ausüben.

Ein Missbrauch der amtlichen Taxatoren aber ist im Zukunftsstaate deshalb nicht zu befürchten, weil die reichliche Besoldung und Sicherheit der Stellung diese Beamten zur grössten Gewissenhaftigkeit anspornen und ihnen jede Versuchung zu unrechtmässigem Erwerbe fernhalten wird.

Wie sich das Verfahren bei den Verpachtungen gestalten dürfte, darüber erhalten wir in „Deutschland in 100 Jahren“ weiteren Aufschluss.

Diese Einzelheiten und die am Schlusse von „Der einzige Rettungsweg“ enthaltene Replik auf die gegen die Bestrebungen der Bodenreformer erhobenen Einwände sollen in dem folgenden Teile, der sich mit der Kritik der eben geschilderten Lehren und Ziele zu befassen hat, an geeigneter Stelle herangezogen werden.

Fassen wir zunächst die Flürscheimsche Charakteristik der sozialen Frage näher ins Auge, so finden wir, dass die Darstellung im wesentlichen mit der des wissenschaftlichen Sozialismus übereinstimmt: beide sehen die Quelle der „staatswirtschaftlichen Leiden der Gegenwart im Pauperismus und den Absatzstockungen.“¹⁾ Nach Analogie speziell von Rodbertus finden wir in „Der einzige Rettungsweg“ die Armut und die Krisen auf eine gemeinsame Ursache zurückgeführt, welche bewirkt, „dass bei steigender Produktivität der gesellschaftlichen Arbeit der Lohn der arbeitenden Klassen ein immer kleinerer Teil des Nationalprodukts wird.“²⁾

Dagegen glaubt Flürscheim im Gegensatze zu Rodbertus, dass selbst, wenn der Lohn in gleichem Verhältnisse mit dem Produktionsertrage steigt, die Krisen bestehen können, wofern „der auf die Grund- und Kapitalbesitzer entfallende Anteil von diesen nicht güterkaufend verwendet wird.“³⁾

Ehe wir indes auf diese Theorie weiter eingehen, möge ein kurzes Schema, welches, soweit dies möglich ist, den von Flürscheim geschilderten Gang der Krisis in der zeitlichen Aufeinanderfolge der einzelnen Vorgänge veranschaulichen soll, hier vorangestellt werden.

¹⁾ Rodbertus, Zur Beleuchtung der sozialen Frage, Berlin 1875, S. 1. (2. Brief an v. Kirchmann).

²⁾ Ders., a. a. O., S. 24.

³⁾ „Rettungsweg“, S. 25 u. 55.

- I. Allgemeines Symptom: rasche Zunahme des Reichtums einer kleinen Minderheit — Verarmung eines immer grösseren Teils der übrigen Bevölkerung;
- II. Das Einkommen der Grosskapitalisten
 1. nur zu einem geringen Teile konsumiert oder von ihnen selbst direkt in der Produktion verwandt,
 2. der weitaus überwiegende Betrag aber angelegt entweder in
 - a. Grundeigentum,
 - b. Hypotheken,
 - c. Pfandbriefen,
 - d. Staats- und Kommunalschuldscheinen oder
 - e. Aktien;
- III. Verminderung des Einkommens der arbeitenden Klassen um den Betrag des Zinses von II 2 b—e;
- IV. Erhöhung
 1. der Produktion zum Zwecke des Ausgleichs der durch die Zinszahlung bewirkten Verminderung des Einkommens und damit zugleich
 2. der Zinsschuld durch die Darlehen zur Erstellung der neuen Anlagen;
- V. Verschärfung der Konkurrenz und im Zusammenhange damit Ruin der Unternehmer infolge
 1. der Unmöglichkeit einer im Verhältnis zur erhöhten Waarenmenge stehenden Preisreduktion,
 2. der dadurch bewirkten Verhinderung einer entsprechenden Ausdehnung des Absatzes und
 3. der den Bedarf übersteigenden Produktion;
- VI. Vermehrung
 1. der Arbeitslosigkeit und
 2. der besitzlosen Volksklassen einerseits,
 3. der Grossvermögen andererseits;

VII. Hemmung der Produktion und des Absatzes bis zur Unterbringung des nicht konsumierten Teils des Einkommens der Grosskapitalisten in zins-tragenden Anlagen;

VIII. Wiederholung von I—VII in der Weise, dass bei der sicheren Zunahme der Grossvermögen

1. die Unterbringung derselben und mit dieser die Krisen einen immer längeren,
2. der Aufschwung der Produktion aber einen dem-entsprechend immer kürzeren Zeitraum ausfüllen.

Benützen wir dieses Schema, dessen einzelne Punkte natürlich zeitlich und ursächlich mehr oder minder zusammenhängen oder zusammenfallen, als Weg bei der Untersuchung der Flürscheimschen Theorie.

Den Satz I, das „Symptom der Weltkrankheit“, bezeichnet dieselbe als unumstössliche Thatsache und sucht ihn durch Ziffern aus der preussischen und sächsischen Einkommensteuer-Statistik zu erhärten.

Ein Vergleich dieser Angaben mit den Untersuchungen Soetbeers¹⁾ über denselben Gegenstand ergibt indes nicht unerhebliche Abweichungen, welche die Vermögensverschiebung keineswegs in dem von Flürscheim gezeichneten grellen Lichte erscheinen lassen. Nach dieser Darstellung, welche die Jahre 1876 und 1888 behandelt, stieg die Bevölkerung in der Zwischenzeit um 14,20 Prozent, die Zahl der Zensiten mit Einkommen bis 525 Mark von 39,11 Prozent ohne Angehörige und 25,65 Prozent mit solchen auf 41,36 bzw.

¹⁾ Volkseinkommen i. preuss. Staate, 1876 u. 1888, i. Jahrb. für Nat. u. Stat., N. F. 18. Bd.

Polemik gegen diese Untersuchungen i. „Rettungsweg“, S. 21.

29,20, der Betrag des Einkommens pro Zensit von 400 auf 402 Mark.

Aus denselben Untersuchungen geht weiter hervor, dass das durchschnittliche Einkommen der einzelnen Zensiten in den oberen Einkommensklassen seit 1876 nicht gewachsen ist; es betrug:

im Jahre	in Klasse D (6001—20000 M.)		in Klasse E (20001—100000 M.)		in Klasse F (über 100000 M.)	
	die Zahl der Zensiten	das durch- schnittl. Ein- kommen Mk.	die Zahl der Zensiten	das durch- schnittl. Ein- kommen Mk.	die Zahl der Zensiten	das durch- schnittl. Ein- kommen Mk.
1876	58286	9601	7501	38093	532	212681
1880	65211	9558	8017	37946	525	198573
1885	76005	9613	9931	37894	735	202663
1888	83823	9617	11029	37821	840	198731

Weiter aber ist aus dieser Tabelle ersichtlich, dass z. B. diejenigen Einkommen, welche Flürsheim¹⁾ als normale bezeichnet, eine nicht unbedeutliche Zunahme der Zensiten, in Klasse D 44, in der Klasse E 46 Prozent erfahren haben und dass sich das durchschnittliche Einkommen der obersten Klasse nicht nur nicht vermehrt, sondern sogar vermindert hat.

Wenn man mit Soetbeer auch darin nicht unbedingt übereinstimmen muss, dass die Ergebnisse seiner Untersuchungen in allen Teilen „natürlich und befriedigend“ seien, so geht doch andererseits aus ihnen zur Genüge hervor, dass das der Lehre des Sozialismus entlehnte „Symptom der Weltkrankheit“ in Preussen nicht existiert.

¹⁾ „Rettungsweg“, S. 57.

Herkners Untersuchungen¹⁾ der Ergebnisse der sächsischen und badischen Einkommensbesteuerung liefern dasselbe Resultat. Ein Vergleich der Jahre 1882 und 1888 ergibt für Sachsen ein Anwachsen des Einkommens der untersten Klasse (bis 500 Mark) von 380 auf 391 Mark, der nächsten Klasse (500 bis 800 Mark) von 637 auf 648 Mark.

Das Einkommen der niedersten Klasse (bis 500 Mark) war im Jahre 1885 in Baden 499 Mark, im Jahre 1889 500 Mark, das der folgenden Klasse (500 bis 800 Mark) 719 bzw. 722 Mark pro Kopf.

Heils Untersuchungen²⁾ konstatieren ebenfalls sowohl für Sachsen wie für Hessen eine „relative Abnahme der untersten Gruppe, obgleich die absolute Zunahme nicht unbedeutend ist.“

Das Bild der Einkommensverteilung gestaltet sich also im Gegensatze zu der Flürscheimschen Annahme folgendermassen: „Wohl werden die Reichen immer reicher³⁾ und mächtiger an Zahl, wohl besteht keine Tendenz zur Ausgleichung der grellen Einkommensunterschiede, aber es ist nicht richtig, dass die Armen immer ärmer werden. Sie nehmen an der Steigerung

¹⁾ Die soziale Reform als Gebot des wirtschaftlichen Fortschritts, 1891, S. 39 ff.

²⁾ Resultate der Einschätzungen zur Einkommensteuer in Hessen, Sachsen und Hamburg in Bezug auf die Entwicklung des Mittelstandes, 1888.

„Die Thatsachen der sozialen Entwicklung“ ausführlich beleuchtet in: Wolf, Sozialismus und kapitalistische Gesellschaftsordnung, 1892, S. 139—245. Die in diesem Buche angeführten Daten enthalten in vielen Punkten eine weitere Widerlegung der Flürscheimschen Ausführungen über diesen Gegenstand.

³⁾ Soetbeer, a. a. O., kommt, wie wir gesehen haben, für Preussen auch hier zu einem anderen Ergebnisse.

des Wohlstandes teil, freilich in weitaus geringerem Masse als die Reichen.“¹⁾

Da, wie wir wissen, nach der Anschauung der Besitzreformer der grössere Teil des nicht verzehrten oder direkt zur Produktion verwendeten Einkommens der obersten Steuerklasse in Grundeigentum oder Hypotheken angelegt wird, so möge eine kurze Betrachtung dem Einflusse des Grosskapitals auf die Verteilung und Verschuldung des Grund und Bodens in Deutschland gewidmet sein.

Die eingehenderen Untersuchungen, die uns für diesen Punkt zur Verfügung stehen, datieren erst aus dem Anfange und der Mitte des vorigen Jahrhunderts, sind teils amtlicher, teils privater Natur und befassen sich fast ausschliesslich mit dem ländlichen Grundeigentum.²⁾

Dieses Material wird an einigen Stellen zwar auch

¹⁾ Herkner, a. a. O., S. 48.

²⁾ Für Preussen: Meitzen, Ermittlung über die durchschnittl. Höhe der Grundbuchschulden der bäuerl. Besitzungen in 52 Amtsgerichtsbezirken des preuss. Staats nach dem Stande des Jahres 1883, 1884;

v. Miaskowski, Agrarpolit. Zeit- u. Streitfragen, 1889, S. 43 bis 94.

Für Bayern: Zeitschrift des königl. bayer. statist. Bureaus, 1889, S. 150 f.

Für Sachsen: v. Langsdorff, die Landwirtschaft i. Königr. Sachsen, 1889;

Für Württbg.: Ergebnisse der Erhebungen über die Lage der bäuerl. Landwirtschaft etc., 1886;

Für Baden: Erhebungen über die Lage der Landwirtschaft; insbes. die „Ergebnisse“, 1883.

Für Hessen: Landw. Enquete i. Grossh. Hessen 1884—1886.

Für Deutschland i. allgemeinen: v. Miaskowski, i. Schriften des Vereins für Sozialpolitik XX;

Derselbe, Agrarpolit. Zeit- und Streitfragen, S. 95—130.

von Flürsheim benützt, ohne dass aber ein engerer Zusammenhang der Einzelheiten der Ergebnisse oder eine Übereinstimmung mit den einzelnen Momenten seiner Krisentheorie nachgewiesen würde.¹⁾

Unsere Aufgabe soll daher sein, zu untersuchen, ob und inwieweit die in den verschiedenen Enqueten gewonnenen Resultate mit den Ausführungen der Besitzreformer sich decken.

„Der mittlere und kleine Grundbesitz, die Zwerggütlerei und das landwirtschaftliche Kleinkapital verschwinden. An ihre Stelle treten kolossal grosse Latifundien.“ Dieses Facit zieht Flürsheim aus v. Miasowskis Untersuchungen.¹⁾

Angenommen, dieser Satz sei richtig, so interessiert uns doch nur der Umstand, in welchem Umfange gerade die Grosskapitalisten an dieser Bewegung in der Grundeigentumsverteilung beteiligt sind.

Die Veränderung vollzieht sich nach Flürscheims Quelle²⁾ in zwei Richtungen: in der Verbindung der Teile des zertrümmerten spannfähigen Eigentums mit dem nicht spannfähigen einerseits und dem Grossgrundbesitze andererseits. Beispiele von Neubildung eigentlicher Latifundien führt v. Miaskowski³⁾ indessen nicht an. Dagegen teilt J. Conrad⁴⁾ mit, dass in den sieben alten Provinzen Preussens nur eine Bankgesellschaft und zwei bürgerliche Mitglieder der haute finance als Gläubiger

¹⁾ „Rettungsweg“, S. 78, 163—166, 211 u. 215.

²⁾ Schriften des Vereins für Sozialpolitik XX, S. 153.

³⁾ ebenda, S. 145, wohl Fälle angeführt, dass grössere Ankäufe vorgenommen wurden; doch handelt es sich dahei nicht um Latifundien oder um Neubildung solcher nach dem Umfange der im Norden und Nordosten Preussens bestehenden.

⁴⁾ Agrarstatist. Untersuchungen, i. den Jahrb. für Nat. u. Stat., N. F. Bd. 15., S. 156 f.

in den Besitz solcher bereits bestehender Güterkomplexe gekommen sind, und dass unter den adeligen Latifundienbesitzern eine kaum grössere Zahl bedeutenden Finanzhäusern angehört.¹⁾

Aus den Untersuchungen des letztgenannten Autors geht hervor, dass kein Anhalt für die Behauptung gegeben sei: „es läge eine Gefahr vor, dass unsere Geldaristokratie, insbesondere unsere Börsenmänner ihr Geld in Grund und Boden anlegen und damit eine Latifundienbildung anbahnten. In der That scheint dazu auch in der Gegenwart kein Anreiz vorzuliegen. Die Grundrente ist im Sinken, politische Vorrechte sind mit dem Grundbesitze nicht verbunden. Wie sollten Geschäftsmänner zu einer Vorliebe für den Grundbesitz kommen? das kann nur ausnahmsweise der Fall sein. Eine Ausdehnung der Latifundien scheint in der neueren Zeit überhaupt nicht stattgefunden zu haben.“²⁾

Wohl kommen dagegen nach v. Miaskowski³⁾ nicht selten Ankäufe seitens solcher Familien vor, die ihr in Handel und Gewerbe erworbenes Vermögen zum Zwecke der „Nobilitierung“ desselben in Grundeigentum anlegen zu müssen glauben.

Ein Einfluss des Grosskapitals auf die Grundeigentumsverteilung in dem von Flürscheim angenommenen Umfange ist daher nicht erwiesen.

Gehen wir weiter zu der Untersuchung des Einflusses derselben Vermögensklasse auf den Stand und Gang der Verschuldung des ländlichen Grund und Bodens über, so ist auch hier eine Trennung

¹⁾ Agrarstatist. Untersuchungen, i. den Jahrb. für Nat. u. Stat., N. F. Bd. 15, S. 156 f.

²⁾ ebenda, S. 169 u. 170.

³⁾ Agrarpol. Zeit- u. Streitfragen, S. 109; Schriften des Vereins für Sozialpol., S. 127.

nach dem Anteile der verschiedenen Einkommensstufen an der Gewährung von Hypothekendarlehen nicht möglich, da uns die Statistik der verschiedenen Bundesstaaten, abgesehen von dem im einzelnen erheblich von einander abweichenden Umfange der in ihren Bereich gezogenen Untersuchungen, über diesen Punkt keine Aufklärung giebt.

Was zunächst den Stand der Verschuldung anlangt, so erfahren wir aus den Enqueten nur, dass derselbe in den einzelnen Gegenden eine sehr verschiedene Höhe erreicht, die zwischen Nichtverschuldung und Belastung bis zu drei Viertel oder gar über den Betrag des Verkehrswertes schwankt,¹⁾ u. z. in der Weise, dass die Höhe der Verschuldung im allgemeinen in umgekehrtem Verhältnisse zur Grösse des Besitzes steht.²⁾

Bei der Bewegung der Hypothekarbelastung ist die bedeutende Zunahme in den letzten 10 bis 20 Jahren besonders bemerkenswert. Dieselbe bildet in Baden³⁾ zwischen 70 und 90 Prozent aller Einträge, wobei allerdings zu berücksichtigen ist, dass die letzteren in vielen Fällen nur die Umwandlung bereits bestehender Schulden in solche mit günstigerem Zinsfusse bezweckten.

¹⁾ Badische „Ergebnisse“, S. 88: „die Tabelle thut erfreulicher Weise dar, dass in Gemeinden aller Wirtschaftszonen ein erheblicher Bruchteil der landwirtschaftlichen Bevölkerung bis heute von jeder Immobilierverschuldung sich freigehalten hat.“ Vergl. ferner S. 117.

v. Miaskowski, Agrarpolit. etc., S. 52.

²⁾ Meitzen, a. a. O. und im Nachtrage zu seinen „Ermittelungen“ I. Teil, 1885, XIV. Bd., Supplement III. der landw. Jahrb., S. 10.

Badische „Ergebnisse“, S. 90—98.

³⁾ „Ergebnisse“, S. 99.

Die gleiche Erscheinung finden wir in Württemberg,¹⁾ in Sachsen²⁾ und in Preussen.³⁾

Spüren wir nach den Ursachen der Verschuldung, die uns besonders interessieren, so finden wir Wagners⁴⁾ im Anschlusse an Rodbertus ausgesprochene Vermutung, dass dieselben wohl hauptsächlich aus Kaufschillingen und Gleichstellungsgeldern herrühren, durch die Enqueten vollständig bestätigt.⁵⁾

Dass die Schuldbeträge aber durchschnittlich die nicht unbeträchtliche gegenwärtige Höhe erreichten, ist nicht zum wenigsten eine Folge der zu hohen Gutspreise. Erreichten dieselben in den fünfziger und sechziger Jahren bei der damaligen günstigen Lage der Landwirtschaft eine ganz unvernünftige Höhe,⁶⁾ so ist diese auch in der letzten Zeit noch nicht zurückgegangen: unzweifelhaft eine Folge der Schutzzölle, „die der Landwirt als eine dauernde Institution ansieht, bestimmt, ihm künstlich erhöhte Preise nachhaltig zu garantieren.“⁷⁾

¹⁾ „Ergebnisse“, S. LIX.

²⁾ v. Langsdorff, a. a. O., S. 80.

³⁾ v. Miaskowski, Agrarpolit. etc., S. 51 und Zeitschrift des preuss. statist. Bureaus 1891, I. u. II. Vierteljahrsheft, S. 1 ff.

⁴⁾ „Grundlegung“, S. 681.

⁵⁾ Nach den „Ergebnissen“ entspringen in Baden aus Grundstücks- und Hauskauf 44,77%, aus Erbteilung 28,07%, aus Hausbau 5,07%, d. i. im ganzen 78%, oder wenn die unrichtiger Weise unter den „sonstigen Ursachen“ angeführten Beträge berücksichtigt werden, 90% aller Immobiliarschulden.

Ähnliche Ergebnisse für Württemberg (a. a. O., S. LII) und Sachsen (v. Langsdorff, a. a. O., S. 79).

Diese Verschuldungsgründe übrigens auch i. „Rettungsweg“, S. 164 angeführt.

⁶⁾ v. Miaskowski, Agrarpolit. etc., S. 44 u. 108—113.

⁷⁾ J. Conrad, die Wirkung der Getreidezölle etc., i. Jahrb. für Nat. u. Stat., III. F. Bd. 1., S. 10. Auch die versch. „Ergebnisse“, z. B. badische, S. 105 u. 106.

Zu diesen Ursachen tritt ferner der ungünstige Einfluss schlechter Ernten.¹⁾ Dieser ist wohl aus der folgenden Tabelle deutlich ersichtlich. Nach dieser entfallen auf die Landwirtschaft in Baden:²⁾

im Jahre	1882	1883	1884	1885	1886	1887	1888	1889
Einträge . . . in 1000 Mk.	41449	39673	39785	40168	41460	39999	39963	42284
Striche . . .	25496	25566	25831	27064	27840	27795	27102	27636
Zunahme ³⁾ . .	15953	14107	13954	13104	13620	12204	12861	14648
Erntewert in Millionen Mk.	214,3	256,1	243,8	264,8	248,9	222,6	232,9	214,0
Prozentzahl über (+)unter(—)dem 25jähr. Durch- schnitt (235,8)	—9,2	+8,6	+3,4	+12,3	+5,6	—5,6	—1,2	—9,2
Liegenschaftl. Zwangverkäufe	—	541	513	427	394	367	372	412

¹⁾ v. Miaskowski, a. a. O., S. 106; „Ergebnisse“ in Baden, S. 106, 109 u. 117.

²⁾ Nach dem Statist. Jahrb. für das Grossh. Baden, XXII., S. 64 u. 258—263.

³⁾ Nach „Rettungsweg“, S. 163 wurden 1886/87 auf den ländl. Grundbesitz Deutschlands 624161840 Mk. Hypotheken eingetragen und nur 40100101 Mk. gelöscht, während die Zeitschrift des preuss. statist. Bureaus, a. a. O. für den ländl. Grundbesitz in Preussen für dieselbe Zeit ergibt:

$$\begin{array}{rcl}
 \text{Summe der Einträge} & = & 624,2 \text{ Millionen Mark} \\
 \text{„ „ „ Löschungen} & = & 491,0 \text{ „ „} \\
 \hline
 \text{Zuwachs} & = & 133,2 \text{ Millionen Mark}
 \end{array}$$

gegen 584,06 der erstcitirten Stelle: offenbar eine Verwechslung

Endlich darf hier nicht übersehen werden der tief einschneidende Einfluss der Verbesserung der Verkehrsmittel, der dadurch verursachten ausländischen Konkurrenz und des durch diese bewirkten Preisdrucks der hauptsächlichsten landwirtschaftlichen Produkte.

Konnten wir in all diesen Angaben einen Anhalt, in welchem Masse sich das Grosskapital an der Gewährung von ländlichem Immobiliarkredit beteiligt, nicht finden, so darf doch behauptet werden, dass die landwirtschaftlichen Grundwerte keineswegs ein „Gummi-behälter“ sind, in welchem die Anlage suchenden Kapitalien der genannten Gruppe beliebig im Verhältnisse ihrer Masse Unterkunft finden,¹⁾ sondern dass dieser Unterbringung je nach den gerade stärker oder schwächer wirkenden verschiedenen Verschuldungsursachen ganz bestimmte Grenzen gezogen sind.

Es erübrigt uns nun noch, das Verhältniss des Grosskapitals gegenüber dem städtischen Grundeigentume festzustellen.²⁾

Im Gegensatze zu dem ländlichen Grund und Boden ist der städtische, besonders derjenige der Grossstädte, in hohem Grade Gegenstand der Spekulation, von einem Immobil zu einem Mobil geworden. Die fast dauernd vorteilhaften Konjunkturen können hier sowohl bei den bebauten Grundstücken wie bei den Baustellen durch Verkauf bzw. Kauf fast jederzeit leicht realisiert werden.

von Zahlen aus der preuss. Statistik mit solchen für das Deutsche Reich und eine mehr als zehnfache Unterschätzung des Betrags der Pfandstriche.

¹⁾ „Rettungsweg“, S. 386.

²⁾ Über das städt. Grundeigentum besonders Ad. Wagner, Grundlegung, 1879, S. 745—772.

In welchem Umfange bei uns der städtische Grund und Boden Handelsobjekt geworden ist, mögen kurz folgende Angaben zeigen.

Der Verein für Sozialpolitik darf das Verdienst für sich in Anspruch nehmen, in der Eisenacher Versammlung vom 7. Oktober 1872 zuerst den verderblichen Einfluss der Baustellen- und Häuserspekulation in wirksamer Weise öffentlich dargelegt zu haben.

War diese Art der Unternehmung damals auch nicht mehr neu,¹⁾ so blühte sie doch gerade in jener Zeit der Gründerperiode in grösstem und unheilvollstem Umfange auf. Die Baustellen, die man meistens zu sehr hohen Preisen gekauft hatte, wurden in kurzer Zeit um das doppelte und dreifache wieder losgeschlagen,²⁾ um von den neuen Eigentümern abermals mit hohem Gewinne verkauft zu werden. „Es ist eine nicht in Abrede zu stellende Thatsache, dass dieser durchschnittliche Erwerbspreis das zehnfache von jenem beträgt, zu welchem die Parzellen noch vor wenig Jahren feilgeboten waren, ohne Abnehmer zu finden“.³⁾

Die Folge dieser schwindelhaften Spekulation ist eine rasch und stark zunehmende Grundverschuldung. Dieselbe stieg in Berlin von 884 Millionen Mark im Jahre 1870 auf 1975 im Jahre 1876⁴⁾ und betrug 2411 Millionen im Jahre 1885⁵⁾, so dass sich in der Speculationszeit eine Zunahme der Verschuldung von 123 Prozent

¹⁾ Vergl. S. 22 u. 23.

²⁾ Verhandlungen der Eisenacher Versammlung, 1873, S. 180: „dem ersten ebenso glücklichen und spekulativen Erwerber und Ausschlechter Lichterfeldes bei Berlin zu Bauparzellen allein ein Reingewinn von mehreren Millionen Thalern“ nachgerechnet.

³⁾ Wirth, Geschichte der Handelskrisen, 1883, S. 483.

⁴⁾ Wagner, a. a. O., S. 755.

⁵⁾ Statist. Jahrbuch der Stadt Berlin, 1888.

und von nur 22 in der folgenden neunjährigen Periode ergiebt.¹⁾

Was wir hier von Berlin angeführt haben, galt und gilt aber mehr oder minder von jedem Orte, an dem der Boden als Standort für Gebäude infolge rascher Bevölkerungszunahme immer seltener werden und damit ebenso schnell im Preise steigen muss.

Wie beweglich das städtische Grundeigentum auch noch in letzter Zeit ist, geht daraus hervor, dass in München 13,9, in Görlitz 12,1, in Berlin 10,4, in Kiel 9,6, in Leipzig 7,6, in Breslau 7,4 und in Dresden 7,1 Prozent aller bebauten Grundstücke im Jahre 1888 infolge freiwilligen Verkaufs ihren Eigentümer wechselten.²⁾

In welchem Umfange sich das städtische Grundeigentum in einer Hand konzentriert, ist aus der gleichen Quelle nicht ersichtlich, da zwischen physischen und juristischen Personen, und unter den letzteren nicht zwischen den einzelnen Arten unterschieden ist. Dagegen wissen wir, dass im Jahre 1886/87 in Deutschland 86 Bau- und Terrainspekulations-Aktiengesellschaften mit einem Gesamtkapitale von 126589139 Mark befanden.³⁾

Der Betrag dieser Summe ist ein relativ geringer; die infolge der Überspekulation in der Gründerzeit nicht gerade günstige Lage der Gesellschaften mag deren Ausdehnung gehemmt haben.

¹⁾ Zur Vergleichung der Höhe dieser Zahlen möge folgende Gegenüberstellung dienen. Der Zuwachs der Hypothekenschulden betrug allein für Berlin in der vierjähr. Periode 1870/73 570, für sämtliche ländl. preuss. Bezirke in der Zeit von 1887/90 nur 521,4 Millionen Mark (nach Wagner, a. a. O., S. 755 u. der Zeitschrift des preuss. statist. Bureaus 1891).

²⁾ Statist. Jahrbuch deutscher Städte, I. Jahrg., 1890, S. 65.

³⁾ van der Borcht, Zur finanziellen Lage deutscher Industrie-Aktiengesellschaften, i. Jahrb. für Nat. u. Stat., N. F. 19. Bd., S. 171

In welcher Zahl und mit welchem Kapitale sich Privatpersonen, besonders aber die Besitzer der grössten Vermögen an der Baustellen- und Häuserspekulation beteiligen, ist zwar nicht ziffernmässig nachzuweisen; wohl aber geht aus den zerstreuten Mitteilungen der Tagespresse über gelegentliche Verkäufe hervor, dass die grösseren Kapitalisten, welche nicht auf die jederzeitige Realisierung des Gewinns aus dem Wertzuwachse angewiesen sind, sich mit Vorliebe dieser im Gegensatze zum ländlichen Grundeigentum verhältnismässig sicheren und rentablen Anlage zuwenden.¹⁾

Wenn man überhaupt von dem Grund und Boden als einem im Verhältnis zur vorhandenen Kapitalmenge beliebig dehnbaren Behälter sprechen könnte, so dürfte nur demjenigen in den Städten diese Eigenschaft beigelegt werden. Aber auch hier hat die Aufnahmefähigkeit ihre Schranken, denen gegenüber der grösste Kapitalbesitz machtlos ist. Gerade der Zusammenbruch eines grossen Teils der Baubanken in der Gründerzeit und die bedeutend geringere Zunahme der Hypothekenschuld Berlins in den Jahren nach der Gründerzeit liefern den Beweis, dass auch der Preis des Grund und Bodens bzw. die Anlage von Kapital in demselben nicht über eine gewisse Grenze steigen kann.

Aus den Ausführungen über diese für die Flürscheimsche Krisentheorie wichtigsten Kapitalanlagen dürfte weiter hervorgehen, dass auch die Ausgabe von Pfandbriefen²⁾ (Schema II. 2 c.) und die Kapitalanlage in denselben durch all die Momente bedingt ist, welche eine Verschuldung bzw. Preissteigerung des Grundbesitzes hemmen oder fördern.

¹⁾ „Frei Land“, 1. Jahrg. No. 40; 2. Jahrg. No. 16; 3. Jahrg. No. 2, 4, 9, 15, 22 u. 23.

²⁾ „Rettungsweg“, S. 91.

Da ferner der Anlage in gewerblichen Monopolunternehmungen sowie in Staats- und Kommunalschuldverschreibungen (Schema II 2 d u. e) wegen deren allzu geringen Vermehrung ein nur untergeordneter Einfluss auf die Erzeugung der Krisen zugeschrieben wird, so verlohnt es sich wohl noch nachzusehen, ob Flürsheim nicht eine Art der Kapitalanlage unbeachtet lässt, welche bei der Beurteilung von Produktions- und Absatzstockungen nicht übergangen werden dürfte.

In der That finden wir, dass Deutschland einen sehr beträchtlichen Teil seines Volkseinkommens dem Auslande zur Verfügung stellt. „Schon Mitte der siebziger Jahre schätzte der englische Banquier Seyd den Betrag ausländischer Werte in deutschem Besitz auf 8—10 Milliarden Mark. Seit dieser Zeit hat sich aber die deutsche Emmissionsthätigkeit für das Ausland erst in weitem Umfange entwickelt. In den Jahren 1888, 1889 und 1890 betrug dieselbe nach einer Angabe des „Deutschen Ökonomen“ je 628 786 000 Mk., 583 936 000 Mark und 218 731 000 Mark (Kurswert).“¹⁾

Wenn nun aber Flürsheim den nicht konsumierten Teil des Einkommens jener „kleinen Anzahl von Menschen, denen der Löwenanteil an unserer Produktion zufällt,“²⁾ für ganz Deutschland auf $\frac{2}{3}$ bis eine Milliarde Mark jährlich schätzt, kann da der Rest, der ja wieder nur zum Teil bei uns in Grund und Boden angelegt wird, auf den Gang der Produktion und den Umfang der Konsumtion wirklich einen so grossen Einfluss ausüben?

Wenn wir weiter bedenken, dass in Deutschland im Jahre 1886/87 das Industrieaktienkapital allein 2869 685 671 Mark betrug, und dass sich dasselbe,

¹⁾ Herkner, a. a. O., S. 77.

²⁾ „Rettungsweg,“ S. 24 f.

um nur ein Beispiel anzuführen, in der kurzen Zeit vom Dezember 1888 bis August 1889 um 265 788 350 Mark vermehrte,¹⁾ und dazu noch das in anderen Unternehmungen angelegte Kapital berücksichtigen, so muss uns der Betrag, der, in direktem oder indirektem Grundeigentume untergebracht, die genannte Wirkung hervorbringen soll, noch geringfügiger erscheinen.²⁾

Gegen diese Theorie sprechen nun aber nicht nur die von uns angeführten Zahlen, sondern auch ein bei den bisherigen Untersuchungen über die Ursachen der Produktions- und Absatzstockungen wahrnehmbares, jedenfalls nicht zu unterschätzendes psychologisches Moment.

Bei diesen Enqueten, zu denen Vertreter der verschiedensten Industriezweige zur Äusserung herangezogen wurden, wäre doch wohl die Angabe, dass das Grosskapital an dem unbefriedigenden Zustande schuld sei, öfters zu erwarten gewesen, wenn dieser Einfluss wirklich ein so schwerwiegender wäre.

Unter den Ursachen, welchen die in England eingesetzte Kommission³⁾ den gedrückten Zustand von Handel und Gewerbe zuschreibt, nehmen indes die folgenden die erste Stelle ein: „1. Überproduktion, 2. der andauernde Preisfall infolge der Verschiebung des Wertverhältnisses von Gold und Silber. 3. Die Schutzzölle und Exportprämien fremder Staaten. 4. Ausländische Konkurrenz in England wie auf fremden

¹⁾ Nach van der Borght, a. a. O., 171 u. 630.

²⁾ Den Einwand Hertzkas, dass heute die Mehrzahl der Kapitalien in Industrie und Handel und nicht „in der Bodenproduktion Verwendung fänden,“ lässt Flürscheim in seiner Replik gegen den genannten Autor völlig unberücksichtigt. *Frei Land*, 2. Jahrg. No. 10.

³⁾ v. Philippovich, Der Schlussbericht der Trade Depression Commission, *Jahrb. für Nat. u. Stat.*, N. F. Bd. 14, S. 448 f.

Märkten. 5 Billigere Transportkosten im Auslande. 6. Die Arbeiterschutzgesetzgebung in England. 7. Die bessere technische Erziehung der Arbeiter im Auslande.“

Die um dieselbe Zeit in den Vereinigten Staaten vorgenommene Untersuchung¹⁾ förderte gar 286 erklärende Ursachen und ebensoviel Heilmittel zutage.

Auch der in der Einleitung schon genannte französische Arbeiter Finance²⁾ möge hier zum Worte kommen. Nachdem derselbe auf die grossen Umwälzungen in der Produktion und auf den schwerwiegenden Einfluss der Unbeständigkeit und Laune der Käufer hingewiesen hat, fasst er sein Urteil über die vorgeschlagenen Mittel zur Abwehr der Geschäftsstockungen in dem Satze zusammen: „Der Versuch, die Produktion zu regeln, während der Verbrauch vollständig ungeregelt bleibt, hiesse den Karren vor das Pferd spannen.“

Schliesslich auch noch das Urteil eines deutschen Grossindustriellen. In seiner Schrift über die „wirtschaftliche Krisis“³⁾ kommt Oechelhäuser zu dem Resultate: „Krisen sind unvermeidliche Krankheitserscheinungen des wirtschaftlichen Entwicklungsgangs, welcher sich stets in stärkeren oder schwächeren Wellenlinien bewegt.“

Eine eingehende Ausführung über die eigentlichen Ursachen und die verschiedene Natur der Krisen⁴⁾

¹⁾ K. Oldenberg, Die Fortschritte in Technik und Verkehr und die heutige wirtschaftl. Krisis, i. Schmollers Jahrb., Jahrg. 1888, S. 1339.

²⁾ Harrison, a. a. O., S. 678.

³⁾ Berlin 1876.

⁴⁾ Wasserrab, Preise und Krisen, 1889, S. 36 und 61, sowie die dort angegebene Litteratur. Weiter noch: Herkner, a. a. O., S. 65—84; d'Avis, Die wirtschaftliche Überproduktion und die Mittel zu ihrer Abhilfe, in den Jahrb. für Nat. und Stat., N. F.

müssen wir uns hier versagen, da unsere Aufgabe nur die ist zu untersuchen, ob die von den Bodenreformern angegebenen Gründe als stichhaltig betrachtet werden können.

Wie wir gesehen haben, sind die Thatsachen und das bis heute über dieselbe verfügbare Zahlenmaterial nicht geeignet, die Berechtigung der geschilderten Theorie zu stützen, wohl aber zu entkräften. Wir folgen daher auch dem in dem Schema skizzirten Entwicklungsgange der Krisis nur bis zu diesem Punkte, nachdem wir noch kurz auf das von der englischen Kommission an erster Stelle zur Erklärung der Krisis angeführte Moment eingegangen sein werden, da dasselbe, wie wir wissen, von Flürsheim als unbegründet verworfen wird, auf die Frage der Überproduktion.

Wenn von letzterem zum Beweise seiner Behauptung¹⁾ Zahlen aus der Textilindustrie und Getreideproduktion angeführt werden und weiter gesagt wird:²⁾ „Das Gleiche gilt von der Erzeugung der Häuser, von der aller Bedürfnis- und Luxusgegenstände“, so be-

Bd. 17, S. 465 ff.; Brentano, Die Ursachen der heutigen sozialen Not, 1889, besonders S. 17 ff. und Schäffle, Die Aussichtslosigkeit etc., S. 36.

An dieser Stelle ist ferner noch darauf hinzuweisen, dass Proudhon, den Flürsheim („Rettungsweg“, S. 55) auf Grund einer Stelle aus „Qu'est-ce que la propriété?“ neben Rodbertus als den Vater seiner Theorie bezeichnet, im Jahre 1848, also 8 Jahre nach der Veröffentlichung des genannten Buches, in „Comptabilité propriétaire“ die Krisen aus dem Mangel an Gleichgewicht erklärte, der zwischen den Eigentümern, Kapitalisten und Unternehmern einerseits und den Lohnarbeitern andererseits bestehe.

Diehl, J. P. Proudhon, II. Abt. 1890, S. 51 f. und 200.

¹⁾ Vergl. S. 29.

²⁾ „Rettungsweg“, S. 8.

dürfte dieser Satz jedenfalls einer näheren Begründung. Werfen wir einen Blick auf die vor ungefähr 40 Jahren beginnende umfangreiche Verwertung der Dampfkraft, so wird uns ein Nachlassen der bis in die Mitte der siebziger Jahre anhaltenden ausgedehnten Produktion auf diesem und den mit ihm zusammenhängenden Gebieten durchaus nicht unnatürlich erscheinen; zeigt uns doch ein Blick auf die Entwicklung der deutschen Eisenbahnen, deren Ausbau heute von dem Reiche und den Einzelstaaten ja keineswegs nach rein privatwirtschaftlichen Gesichtspunkten durchgeführt wird, dass eine Sättigung des Bedürfnisses auch hier nicht ausgeschlossen ist. Während beispielsweise die prozentuale Zunahme der deutschen normalspurigen Bahnen im Jahre 1875 9,7 betrug, war dieselbe im Jahre 1888/89 nur 2,3¹⁾. Dasselbe Verhältnis kann und muss aber überall da eintreten, wo Anlagen und Gegenstände hergestellt werden, die ihrer Beschaffenheit nach eine längere Reihe von Jahren gebraucht werden können, ohne sich erheblich abzunützen.²⁾

Wenn wir in dem nächsten Abschnitte die Lehren der Bodenreformer auf dem Gebiete der eigentlichen theoretischen Nationalökonomie einer Untersuchung zu unterziehen beabsichtigen, so wird sich dieselbe hauptsächlich und zweckmässigerweise mit den Teilen beschäftigen müssen, welche für die praktischen Ziele der Grundverstaatlichung eine besondere Bedeutung besitzen: mit dem Grund und Boden, der Arbeit und dem

¹⁾ Stat. Jahrbuch für das Deutsche Reich, 1891, S. 90.

²⁾ Über diese Frage ausserdem: d'Avis, a. a. O. und d'Aulnis de Bourouill, Der Zinsfuss. Die Ursachen seines Sinkens und seine nächste Zukunft, in den Jahrb. für Nat. und Stat., N. F. Bd. 18, S. 404 ff.

Kapitale als Produktionsmitteln einerseits und als Einkommensquellen andererseits.

In dem darstellenden Teile ¹⁾ wurde an einer im Wortlaute citierten Stelle gezeigt, welche Bedeutung die Bodenreformer der Natur bzw. dem Grund und Boden für die Wertbildung beimessen. Wenden sich jene Ausführungen gegen die Lehre Adam Smiths von der Arbeit als dem alleinigen Massstabe der Bewertung, so verfallen sie selbst bezüglich des Einflusses der Natur in den umgekehrten Fehler und gehen sogar noch weiter, indem sie eine von der Mitwirkung und dem Dasein der menschlichen Gesellschaft unabhängige Wertbildung für möglich erklären.

Es kann ja nicht geleugnet werden, dass die Natur nützliche Stoffgestalten ohne Mitwirkung des Menschen hervorbringen kann. Die Möglichkeit solcher günstigen Wirkungen ist aber eine so beschränkte, dass der Mensch sich mit ihnen allein nicht begnügen kann, sondern „seine natürlichen Kräfte mit den unpersönlichen Naturkräften kombiniert, so dass aus dem Zusammenwirken der vereinigten Kräfte die Entstehung einer bestimmten gewünschten Stoffgestalt naturgesetzlich erfolgen muss.“ ²⁾

Gerade weil die Nationalökonomie auch eine praktische Wissenschaft ³⁾ sein soll, fasst sie bei ihren Untersuchungen nicht in erster Reihe die zufälligen Wirkungen der Naturkräfte ins Auge, sondern vor allem die aus der Verbindung der letzteren mit der menschlichen Thätigkeit entspringenden Ergebnisse.

Erst dadurch, dass der Mensch einen Einfluss auf den Ort, die Zeit und die Art des Wirkens der Natur-

¹⁾ S. 35 und 36.

²⁾ v. Böhm-Bawerk, Kapital und Kapitalzins, II. Abt., 1889 S. 9. u. 10.

³⁾ „Rettungsweg“, S. 74.

kräfte und Stoffe auszuüben vermag und regelmässig auch ausübt, wird er in die Möglichkeit versetzt, seine Bedürfnisse unabhängig von den rein zufälligen günstigen Konstellationen jener Stoffe und Kräfte der Natur zu gestalten.

Die Entstehung des Wertes aber von der Existenz des Menschen überhaupt loszulösen, bedeutet eine vollständige Verkennung des Wesens der Volkswirtschaft. Denn von Nützlichkeiten und gar von ihrer höheren Stufe, dem Werte, können wir doch nur sprechen, wenn wir alle Güter in eine Beziehung zur menschlichen Wohlfahrt bringen.¹⁾ Dass übrigens Flürsheim selbst diese Loslösung nicht durchzuführen vermag, geht daraus hervor, dass er das die natürliche Brücke benützende Tier als im Eigentume eines Menschen stehend bezeichnen muss und nur durch diese Beziehung zum Menschen eine Wertbildung (wenn in dem gewählten Beispiele überhaupt eine solche vorläge) entstehen lassen kann.

Nach diesen Ausführungen wird uns die geringe Bedeutung, welche dem *Kapitale* von den Bodenreformern für die Produktion beigelegt wird, wohl nicht überraschen.

Wenden wir uns zunächst zu der Frage, was die Anhänger der Grundverstaatlichung unter Kapital verstehen.

In einem neueren Aufsatze²⁾ definiert Flürsheim dasselbe als das „Produkt der vereinten Menschen- und Naturarbeit“ oder als Gütervorrat³⁾ schlechtweg.

¹⁾ v Böhm-Bawerk, a. a. O., II. Abt., S. 140.

²⁾ Die Rolle des Kapitals in der Volkswirtschaft, in „Frei Land“ 3. Jahrg. No. 21–23; ferner „Rettungsweg“, S. 79, 89 f., 93–104, 108, 115 f. u. 462.

³⁾ Mit dieser Definition gerät Flürsheim mit sich selbst in Widerspruch, da er Grund und Boden, der doch zu den Produktivgütern zu rechnen ist, nicht als Kapital betrachtet.

Diese Definition, welche den Kapitalbegriff noch weiter als Turgot¹⁾ und Knies²⁾ fasst, hat indes für uns nicht dasselbe Interesse wie die von demselben Verfasser gemachte Unterscheidung von wirklichem und falschem oder „imaginärem“ Kapitale.³⁾ Ersteres ist ihm „das Produkt der Arbeit oder die geronnene Arbeit“, letzteres „der Marktwert von Erpressungsrechten.“

Was ist wohl der Grund dieser Trennung? Zur Erklärung müssen wir auf den Kapitalbegriff des modernen Sozialismus zurückgreifen, nach welchem Kapital jene Produktionsmittel sind, die in den Händen anderer Leute als der Arbeiter selbst sich befinden und von jenen zur Ausbeutung der Arbeiter benützt werden.⁴⁾

Da aber in diese Definition Grund und Boden und Kapital aufgenommen ist, die Bodenreformer aber das Privateigentum an letzterem aufrecht erhalten wollen, so nimmt man, um die Existenz des letzteren zu retten, zu der genannten Trennung des Kapitalbegriffs seine Zuflucht und schreibt nur dem „falschen“ Kapitale die Fähigkeit zu, die fremde Arbeit ausbeuten zu können.

Damit sind wir bei dem Flürscheimschen Zinsprobleme angelangt.

Wie wir wissen, entsteht nach diesem der reine Zins infolge der durch das Privateigentum an Grund und Boden geschaffenen Möglichkeit, durch Kauf von Land Grundrente zu erwerben.

Im Keime finden wir diese Theorie bereits im vierten Bande des „Jus naturae et gentium“ von Christian Wolff,⁵⁾

¹⁾ v. Böhm-Bawerk, a. a. O. II., S. 24.

²⁾ Ders., ebenda, S. 47—52.

³⁾ Frei Land, 3. Jahrg. No. 23; „Rettungsweg“, S. 89—91, 108.

⁴⁾ Schönberg, Handbuch etc., II. Aufl. I. Bd., S. 209;

v. Böhm-Bawerk, a. a. O., II. Abt. S. 60.

⁵⁾ Si ex re quadam percipiuntur fructus naturales, usus pecuniae, qua res ista aestimatur, tanti aestimandus, quanti

ganz ausgebildet dagegen bei Turgot. v. Böhm-Bawerk¹⁾ nennt dieselbe „Fruktifikationstheorie“ und giebt ausser von dieser auch von der „jüngeren Fruktifikationstheorie“ von Henry George eine eingehende Kritik.²⁾

Unsere Aufgabe soll zunächst sein, speziell die Flürscheimsche Begründung seiner Lehre von der Entstehung des Kapitalzinses auf ihre Berechtigung zu untersuchen.

Der genannte Verfasser führt zunächst an dem Beispiele eines Jägers aus, dass dieser dem Eigentümer einer Steinaxt bei Bodengemeinbesitz durch die Entleihung der letzteren, durch deren Aufbewahrung und Erhaltung und durch die für deren Zurückgabe etwa mit seinem Leben gebotene Sicherheit einen Dienst leiste, welcher dem der Gebrauchsüberlassung mindestens gleichkomme.

Betrachten wir zunächst die Art der Sicherheitsleistung. Warum soll denn der Entleiher für die Aufbewahrung und Erhaltung eine grössere Sicherheit leisten können als der Verleiher? Ist die Verpfändung selbst des Lebens eine absolute Sicherheit? Und ist nicht trotzdem eine Beraubung, ja selbst Tötung des Kommodatars durch andere und dadurch der Verlust der Axt für den Entleiher möglich? Wird der letztere überhaupt wirtschaftlich klug handeln, das selbst angefertigte Geräte, das ihm nicht nur eine mit geringerer

certimandus fructus, demtis impensis ac operis in perceptionem facit. Hasbach, Untersuchungen über Adam Smith und die Entwicklung der politischen Ökonomie, 1891, S. 146.

vgl. ausserdem die in „Rettungsweg“, S. 106 und in „Volk und Sozialreform“, S. 27 über den Leihzins angeführte Stelle aus Calvin.

a. a. O., I. Abt., S. 70—79.

ebenda, S. 468—477.

Mühe zu erlangende und reichlichere Jagdbeute, sondern auch eine grössere Sicherheit des eigenen Lebens bietet, an andere abzutreten, da doch nach dem schon genannten, von Flürsheim selbst aufgestellten Gesetze¹⁾ die Aufbewahrungsgefahr um so grösser ist, je geringer der Gütervorrat eines Landes ist? Und warum soll denn diese Gefahr gerade für den Entleiher eine geringere sein, wenn wir unter derselben sowohl die Sicherung der Erhaltung des Gerätes selbst, als des Lebens des Aufbewahrers infolge der Wahrscheinlichkeit der Beraubung verstehen? Die Antwort auf diese Frage vermissen wir.

Gehen wir zu der Frage der Instandhaltung des Gerätes über, so ist doch für dieselbe durch denjenigen, welcher sich die Axt angefertigt hat und gerade deshalb die Mühe der Herstellung am besten kennt und den Verlust des Gerätes am fühlbarsten empfinden wird, jedenfalls besser gesorgt als durch den Entleiher, der das Instrument in erster Reihe als das Mittel eines müheloserer Erwerbs betrachten wird.

Wie versucht nun Flürsheim das Verhältnis des Wertes der beiderseitigen Dienste festzustellen? „Das Land mit seinen Naturerzeugnissen war jedem frei und offen, und jeder, der eine Axt haben wollte, konnte sich, wenn er die Geschicklichkeit dazu besass, eine solche anfertigen. Besass er sie nicht, so hatte er dafür wahrscheinlich eine andere.“²⁾

Zwei Punkte in dieser Prämisse, die Flürsheim dazu benützt, um zu zeigen, dass das gegenseitige Wertverhältnis des Dienstes immer ein gleiches gewesen sei, müssen hervorgehoben werden: 1. das „wenn“ des Besitzes der gleichen Geschicklichkeit und 2. die Wahr-

¹⁾ „Rettungsweg“, S. 103.

²⁾ „Rettungsweg“, S. 100.

scheinlichkeit des Besitzes einer andern im Falle des Fehlens der ersteren.

Hier soll vorläufig nur die Frage aufgeworfen werden, ob denn der Besitz einer andern Geschicklichkeit seitens eines andern für den Besitzer des Steinbeils auch immer oder in den meisten Fällen von Wert sein musste. Denn doch nur in diesem Falle könnte von einem Tausche von Diensten die Rede sein.

Wenn sich Flürsheim im Verlaufe seiner Untersuchungen der Zinstheorien auch gegen die Anschauung von George wendet, dass die Zeit, insofern in deren Fortschreiten die Naturkräfte einen entscheidenden Einfluss auf das Wachstum bzw. die Reproduktion der Güter ausübten, die Ursache des Zinses sei, müssen wir uns ihm allerdings in der Verwerfung dieses Grundes anschliessen.

Nur beachtet der deutsche Bodenreformer nicht, dass er damit über die von ihm selbst vertretene Theorie den Stab bricht. Denn, indem Georges Lehre vom Kapitalzinse den Ursprung desselben in dem in der fortschreitenden Zeit erfolgenden Wertzuwachse gewisser natürlich fruchtbarer Güterarten sucht, weicht sie dem wichtigsten Einwande gegen die eigentliche Fruktifikationstheorie aus, dass die letztere nämlich den Grund, aus welchem „man die Grundstücke, die successive eine unendliche Rentensumme einbringen, schon um einen relativ niedrigen Kapitalpreis erkaufen und damit dem unfruchtbaren Kapitale den Vorteil einer immerwährenden Fruktifikation verschaffen kann“, ¹⁾ unerklärt lässt.

Ist denn überhaupt der Kapitalzins die Wirkung des Austauschverhältnisses zwischen Boden und Kapital und nicht vielmehr die Ursache desselben?

¹⁾ v. Böhm-Bawerk, a. a. O., I. Abt. S. 75 u. 473.
„Rettungsweg“, S. 26 f. u. 355 ff.

Letzteres ist der Fall. Denn dass man für ein Grundstück, das zwanzig-, dreissig- oder vierzigfache seiner Jahresrente begehrt und anbietet, hängt in erster Reihe davon ab, wieviel Prozente das zum Kauf zu verwendende Kapital sonst, d. h. in anderen Anlagen eintrüge. v. Böhm-Bawerk¹⁾ wirft bei der Kritik der Fruktifikationstheorie die Frage auf, wie es denn eigentlich komme, dass ein Grundstück, welches dem Eigentümer bzw. seinen Rechtsnachfolgern eine unendliche Reihe von Jahren hindurch Nutzungen gewähren könnte, deren Summe schliesslich selbst einer unendlichen Grösse sich nähere, regelmässig um einen kleinen Bruchteil dieser Summe zu erhalten sei. Er beantwortet diese Frage dahin, dass wir diese Nutzungsreihe eines Grundstücks deshalb bei einem 5⁰/₁₀₀ Zinsfusse nur gleich dem zwanzigfachen, oder bei einem 4⁰/₁₀₀ Zinsfusse nur gleich dem fünfundzwanzigfachen der Jahresnutzung schätzen, „weil wir den Wert der künftigen Nutzungen nur eskomptierend, das ist mit einem pro rata temporis et usurarum geringeren Betrage in die heutige Wertschätzung einstellen.“²⁾

Neben dieser Theorie finden wir bei Flürscheim indessen noch eine andere, welche den Zins aus Angebot und Nachfrage erklärt und damit neben dem ökonomischen auch den juristischen Entstehungsgrund³⁾ mehr in den Vordergrund treten lässt.

Damit soll dargethan werden, dass, selbst wenn der Zins seine Ursache nicht in der Grundrente haben sollte, die Grundverstaatlichung wenigstens die Wirkung haben müsste, dass derselbe infolge des durch die Unmöglich-

¹⁾ a. a. O., I. Abt. S. 78.

²⁾ Vgl. „Rettungsweg“, S. 91 f., 385 u. 401.

³⁾ „Rettungsweg“, S. 387. Über diese Frage auch d'Aulnis de Bourouill, a. a. O., S. 385, dagegen v. Böhm, a. a. O., II. Abt. S. 398

keit der Kapitalanlage in Grund und Boden geschaffenen Überflusses an Kapitalangebot auf ein Minimum herabsinken müsste.

Mit der Erwähnung dieser zweiten Theorie sind wir bei der Frage angelangt, wie sich wohl im Zukunftsstaate dieses Angebot und die Kapitalverwendung gestalten dürfte.

Den Einwand, dass im Falle der Grundverstaatlichung das Kapital Anlage in ausländischem Boden oder überhaupt in fremden Werten suchen könnte, um Zins zu erhalten, vermag Flürsheim begreiflicherweise nicht zu entkräften, sondern er macht das Zugeständnis, dass von einem Verschwinden des Zinses nur bei internationaler Durchführung der Reform die Rede sein könne.¹⁾

Doch angenommen, diese allgemeine Durchführung sei wirklich erfolgt, wird dann auch jeder, der produzieren möchte, aber das zur Produktion erforderliche Kapital nicht besitzt, das letztere unentgeltlich, d. h. ohne die Verpflichtung zur Zinszahlung erhalten? Das „wenn“ des Besitzes²⁾ von Kapital, über das Flürsheim so leicht hinweggeht, wird aber auch durch die Verstaatlichung nicht gelöst; auch nicht durch die Wahrscheinlichkeit des Besitzes eines anderen Produktionsmittels, z. B. der Arbeitskraft; denn Produktion ohne Kapital ist nicht denkbar und wird auch im Zukunftsstaate nicht möglich sein.

Hertzka³⁾ bemerkt mit Recht, dass sich Flürsheim bei der Erklärung dieses Vorgangs in einem fehlerhaften Kreise von Schlüssen bewege, indem er den Arbeiter

¹⁾ „Rettungsweg“, S. 525 u. Frei Land, 2. Jahrg., No. 12.

²⁾ Vergl. S. 75.

³⁾ Frei Land, 2. Jahrg. No. 14 u. 15. „Rettungsweg“, S. 176 f.

zuerst höheren Lohn verdienen lasse, weil der Zins verschwunden sei, und dann das Verschwinden des Zinses aus diesem höheren Lohne beweisen wolle.

Flürscheim antwortet hierauf:¹⁾ „Ein solches Vorgehen ist von Seiten Hertzkas sehr natürlich, denn ihm schwebt bei Lohn und Arbeitsverdienst immer nur das Bild des von einem Unternehmer beschäftigten Arbeiters vor.“

Diese Replik enthält gewiss keine Widerlegung; sie beweist auch nicht, dass der heutige Lohnarbeiter in Zukunft wird nach Belieben Unternehmer werden können. Dagegen wäre bei der Durchführung der Verstaatlichung der Fall sehr wahrscheinlich und natürlich, dass die Kapitalisten selbst Unternehmungen gründeten, so dass sich die Stellung der Lohnarbeiter auch in dieser Beziehung nicht ändern könnte.²⁾

Da aber nach der Reform die Absatzkrisen überhaupt unmöglich sein sollen, so wäre dadurch die Existenz des Grosskapitals noch mehr gesichert als heute.

Umgekehrt liesse sich aber auch einwenden, dass infolge der erhöhten Konkurrenz der Unternehmer und des durch dieselbe bewirkten Preisdrucks die Möglichkeit von Produktionskrisen³⁾ noch grösser wäre als heute und die Arbeiter infolgedessen in eine noch ungünstigere Lage kommen müssten wie früher.

¹⁾ Frei Land, 2. Jahrg. No. 14.

²⁾ Ruhland, a. a. O. in der „Tübinger Zeitschrift“, S. 323 f. In „Rettungsweg“, S. 95 giebt Flürscheim selbst zu: „dass niemand Kapital ausleihen wird, wenn er keinen Zins bekömmt, ist eine Behauptung, die sich wenigstens noch diskutieren lässt“, bei der sonstigen Art der in dem Buche geführten Polemik jedenfalls beachtenswert.

³⁾ Auch bei diesem Einwande muss Flürscheim einräumen, dass Angebot und Nachfrage auch im Reformstaate „viele Schnitzer“ machen werden. „Rettungsweg“ S. 484.

Ein weiterer Punkt, auf den wir in diesem Abschnitte einzugehen haben, betrifft den Anteil des Kapitals am Ertrage der Produktion bei sinkendem oder steigendem Zinse. Die Ausführungen Flürscheims über diesen Gegenstand sind jedenfalls nicht konsequent durchgeführt, denn sonst könnte er das Steigen des Arbeitsertrages im Reformstaate nicht als eine Folge des Sinkens bzw. des Verschwindens des Zinses erklären, während er dieselbe Erscheinung für die Gegenwart als Symptom des wachsenden Anteils des Kapitals am Produktionsertrage bezeichnet.

Der Beweis für diese Behauptung wird auf folgende Weise geführt: „Wenn ich z. B. vor 20 Jahren 1000 Mark zu 5⁰/₀ angelegt hatte, heute aber 2000 Mark zu 3,5⁰/₀ ausgeliehen habe, so ist zwar mein Kapitalrentenzinsfuss um 30⁰/₀ gefallen, der Zinsgewinn meines Rentenkapitals aber von 50 Mark auf 70 Mark, also um 40⁰/₀ gestiegen.“¹⁾

Abgesehen davon, dass kleine Rentner die Zinsen ihres Kapitals in den meisten Fällen zur Konsumtion verwenden müssen, beweist dieses Beispiel unseres Erachtens doch nur, dass der Kapitalbesitzer, um heute den gleichen Zinsbetrag wie früher zu erhalten, dem Produzenten anstatt der früheren 1000 Mark heute 1428 Mark darleihen muss. Den Vorteil aus der Verwendung dieses Plus von 428 Mark zieht aber doch in erster Reihe der Entleiher, bzw. der Unternehmer.

Warum soll nun aber nur der reine Zins das riesige Anwachsen „des sichere Anlage suchenden falschen Kapitals“²⁾ ermöglichen?

¹⁾ „Rettungsweg“, S. 110. Über die Ursachen des Sinkens des Zinsfusses ausser d'Aulnis de Bourouill, a. a. O., auch: Kahn, Geschichte des Zinsfusses in Deutschland seit 1815 und die Ursachen seiner Veränderung, 1884.

²⁾ „Rettungsweg“, S. 119.

Wenn Flürsheim der Ansicht ist, dass z. B. die Staatsschuldscheine „falsches Kapital“ darstellten, so ist diese Behauptung nach seiner eigenen Erklärung dessen, was er unter dieser Bezeichnung versteht, nur zum geringsten Teile zutreffend.

Den weitaus grösseren Betrag der Schulden der deutschen Bundesstaaten z. B. bilden diejenigen für Anlage oder Ankauf der Eisenbahnen. Die Reinerträge aus deren Betrieb sind aber so gross, dass sie nicht nur die Verzinsung sondern auch die Amortisation der Schuld ermöglichen.¹⁾

Alle diese Anlagen aber, selbst die nicht direkt produktiven, tragen erheblich zur Steigerung der Produktivkraft der Arbeit bei und bilden zum grossen Teile eine dauernde Verbesserung unseres Bodens.²⁾

Dass daher gerade das arbeitende Volk³⁾ die Zinsen der Staatsschulden aufzubringen habe, bedürfte jedenfalls noch des näheren Beweises.

¹⁾ In Preussen erforderte z. B. 1889/90 die Verzinsung und Tilgung der Gesamtschuld von 4457 Millionen Mark 196,6 Millionen, während der Reinertrag der Staatsbahnen 278,6 Millionen betrug. Cohn, System der Finanzwissenschaft, S. 749 ff. Ebenda ähnliche Angaben für Sachsen.

In Baden betrug 1889 die gesamte Staatsschuld 330 Millionen Mark, darunter 295 Millionen für Eisenbahnanlehen. Das Anlagekapital der bad. Staatsbahn betrug zur gleichen Zeit 427 Millionen Mark und ergab eine Verzinsung von 4,20 %. Statist. Jahrb. für das Grossh. Baden XXII, S. 138 u. 318.

Um auch noch eine der Städte anzuführen, sei erwähnt, dass von der Schuld Berlins im Jahre 1883 im Betrag von 136 Millionen Mark allein 124 Millionen auf Gasanstalt, Kanalisation, Wasserwerke, Schlachthaus und Markthallen entfallen, der Überschuss aus dem Betriebe der Gasanstalt und Wasserwerke allein aber 6,92 Millionen Mark betrug. Cohn, a. a. O., S. 754.

²⁾ d'Aulnis de Bouroüll, a. a. O., S. 408.

³⁾ „Rettungsweg“, S. 91.

Wenn aber bei der Gründung von Aktiengesellschaften¹⁾ infolge des Strebens nach der Realisierung eines möglichst hohen Gründergewinnes derartige fiktive Werte geschaffen werden, so kann diesem Missstande jedenfalls nicht mit derselben Sicherheit auf dem Wege der Grundverstaatlichung wie auf dem gewiss viel näher liegenden einer entsprechenden Gestaltung des Rechtes dieser Gesellschaften wirksam begegnet werden.

Wir finden denn auch, dass Flürscheim den Unterschied in der Wirkung des reinen Zinses und der übrigen Bestandteile des Kapitalzinses überhaupt, die ja ohnehin nach ihrem gegenseitigen Verhältnisse nicht genau in Zahlen ausgedrückt werden können, nicht durchzuführen vermag. Daher stossen wir auch in demselben Buche noch auf eine dritte Zinstheorie, die Ausbeutungstheorie³⁾ des modernen Sozialismus, welcher den Zins als einen „Abzug am Arbeitslohn“ schlechthin bezeichnet.

Doch welches Arbeitslohns? Auf diese Frage giebt uns Flürscheim allerdings eine Antwort, die das gerade Gegenteil der sozialistischen Auffassung bildet.⁴⁾

Wie wir in dem darstellenden Teile gezeigt haben, ist der letztere bemüht, eine Interessenharmonie zwischen Lohnarbeitern und Unternehmern nachzuweisen. Eine Stelle aus „Auf friedlichem Wege“⁵⁾ möge uns diese eigenartige Anschauung von den verschiedenen Einkommensarten vorführen:

¹⁾ „Rettungsweg“, S. 90.

²⁾ Ebenda, S. 119, 357 u. 459.

³⁾ Vergl. v. Böhm-Bawerk, a. a. O. I., S. 361—447; speziell über Proudhon S. 369 ebenda u. die S. 69 Anm. 2 citierte Stelle.

⁴⁾ Vergl. besonders „Rettungsweg“ S. 494 (gegen Marx).

⁵⁾ S. 58.

„Entlehnt irgend Jemand fremdes Kapital in Geldform, oder auch indem er eine Fabrik pachtet, so ist der Lohn der „Unternehmergewinn“; den gleichen Namen hat er, wenn ich selbst ein Geschäft besitze, in dem ich fremdes Kapital benütze, für welches ich Zins in Form des Gewinnanteils zu leisten habe. Wir sehen hier also, dass ganz dieselbe Bezeichnung „Unternehmergewinn“ für „Lohn“ und für „Zins“ gelten kann. Da wo das Wort für „Lohn“ steht, ist der Fabrikbesitzer selbst der Arbeiter, der fremdes Kapital benützt. In dem vorher angeführten Falle lässt er andere die Arbeit liefern, während er selbst nur das Kapital beschafft. In diesem ist der „Unternehmergewinn“ also der Zins des Kapitals, während der Lohn der Arbeit beim Direktor „Gehalt“ genannt wird und, insofern er überdies einen Anteil am Gewinn genießt, auch noch Gewinnanteil oder Tantième, während der „Lohn“ des bezahlten „Arbeiters“ auch in der Praxis „Lohn“ genannt wird.“

In dieser Stelle ist das Problem des *U n t e r n e h m e r g e w i n n s* jedenfalls nicht gelöst. Darüber aber, dass *A r b e i t s l o h n* und Unternehmergewinn verschiedene ökonomische Kategorien bilden, herrscht im allgemeinen keine Meinungsverschiedenheit, wohl aber darüber, wie der Unternehmergewinn entsteht, und aus welchen verschiedenen Bestandteilen sich das Unternehmereinkommen zusammensetzt.¹⁾

Auf diese Fragen weiter einzugehen, ist nicht die Aufgabe dieser Ausführungen, wohl aber muss gegenüber der Flürscheimschen Darstellung darauf hingewiesen werden, dass der Unternehmer ausser der Stellung eines „Arbeiters“ auch noch die des Grundbesitzers

¹⁾ v. Böhm-Bawerk, a. a. O., I. Abt., S. 9 u. 10;

Mataja, der Unternehmergewinn, besonders S. 155 ff.

Mithoff i. Schönbergs Handbuch, II. Aufl. I. Bd., S. 673.

und Kapitalisten in sich vereinigt, u. z. in sehr vielen, wenn nicht den meisten Fällen eines solchen Kapitalisten, welcher ganz oder wenigstens teilweise mit eigenem Kapitale wirtschaftet. Die Verschiedenartigkeit des Unternehmereinkommens vom Arbeitslohne ist damit von selbst gegeben.

Uns liegt vor allem ob zu untersuchen, ob ein Unternehmerge Gewinn sich heute überhaupt nachweisen lässt, und welche Höhe derselbe erreicht.

Flürscheim fasst in einer Polemik gegen den Sozialismus sein Urteil über diese beiden Punkte dahin zusammen, dass im Existenzkampf der Unternehmer weit mehr Niederlagen als Siege zu verzeichnen seien, und „dass im Durchschnitte der heutige Unternehmer ebenso wenig den berechtigten Lohn seiner Arbeit erhält wie ein Arbeiter auf irgend einem anderen Gebiete“, d. h. also, dass die Gefahrprämie so hoch ist, dass sie einen Teil des Unternehmerlohns und Zinses absorbiert. Letzteres sei besonders der Fall bei Kapitalanlagen in Aktiengesellschaften.

Betrachten wir zunächst die Mehrzahl der „Niederlagen“. Kann die von Flürscheim hier vorgenommene Durchschnittsrechnung²⁾ als berechtigt und beweiskräftig

¹⁾ „Rettungsweg“, S. 456.

²⁾ „Auf friedlichem Wege“, S. 61: „Wir haben die Überzeugung erlangt, dass im Durchschnitte heutzutage keine industrielle, keine kaufmännische Firma dasselbe Unternehmen 35 Jahre, also eine Generation lang, betreibt, ohne einmal in dieser Periode ihr gesamtes, nicht in Grund und Boden angelegtes Vermögen, sowie die ihr anvertrauten Kapitalien zu verlieren. Wohl zu verstehen: „im Durchschnitt“, d. h. wenn auch eine Firma 100 Jahre glücklich überdauert, eine andere 50, eine dritte 20, 10, 5 oder nur 3 Jahre, ist es dasselbe, als wenn alle nur $31\frac{1}{3}$ Jahre existiert hätten.“

Vergl. übrigens Flürscheims Kritik der „Durchschnittskonsumtabellen“ in seiner Polemik gegen Soetbeer i. „Rettungsweg“, S. 21.

angesehen werden? Keineswegs. Denn das angeführte Beispiel bedarf einer nicht unwesentlichen Ergänzung, indem ausser der Zahl der Gesellschaften und der Länge ihrer Dauer auch noch das in den Unternehmungen angelegte Kapital in die Rechnung eingestellt werden müsste. Es ist doch auf den ersten Blick einleuchtend, dass sich das Bild ganz anders gestalten müsste, wenn wir den einzelnen Unternehmungen nach ihrer Reihenfolge ein Kapital von 100000 Mark, 50000 Mk., u. s. w. zuschrieben. Dass ferner der Zusammenbruch einer grossen Unternehmung volkswirtschaftlich sowohl wie privatwirtschaftlich viel einschneidender und umfassender wirkt als der einer kleinen, ist jedenfalls unbestreitbar. Desshalb muss aber auch diese Methode der Berechnung als nicht stichhaltig verworfen werden.

Ist aber der Unternehmerge Gewinn wirklich eine so seltene und geringfügige Erscheinung, wie ihn Flürscheim darzustellen sucht?

Nach der schon erwähnten Aufstellung von van der Borcht über die finanzielle Lage deutscher Industrie-Aktiengesellschaften betrug die Zahl der letzteren im Jahre 1886/87 1782; der Reingewinn, den das in diesen Gesellschaften angelegte Kapital ergab, stellte sich auf 6,68%. Somit ergäbe sich nach dem gegenwärtigen Stande des Zinsfusses von 3,5% ein Unternehmerge Gewinn²⁾ von 3,18%, oder wenn wir nur die in demselben Jahre verteilte durchschnittliche Dividende von 4,7% berücksichtigen, immer noch ein Plus von 1,2% über den landesüblichen Zinsfuss für sicherste Anlagen.

Erwägen wir noch, dass unter der Zahl dieser Gesellschaften gar manche waren, „für deren Gründung

¹⁾ a. a. O., S. 170 f.

²⁾ nach der Bestimmung von v. Böhm-Bawerk, a. a. O., I. S. 9 u. 10, die auch nach Flürscheim zu Grund zu legen ist.

kein volkswirtschaftliches Bedürfnis vorlag“, und dass bei vielen derselben die Rentabilität von vornherein durch zu hohe Übernahme bei der Gründung beeinträchtigt wurde, so muss uns dieses Resultat, das mit den Flürscheimschen Ausführungen keineswegs übereinstimmt, noch günstiger erscheinen.

Die Behauptung, dass unter den Unternehmungen die Mehrzahl mit Unterbilanz arbeiteten, ist nach derselben Quelle ebenfalls nicht zutreffend.¹⁾ Die folgende Tabelle²⁾ möge schliesslich noch die Abstufung der Dividendenverteilung für eine grössere Reihe von Jahren veranschaulichen. Nach derselben beträgt die Zahl der Gesellschaften, welche für die Stammaktien verteilten

eine Dividende	1886	1885	1884	1883	1882	1881	1880
von 0%	245	238	201	174	155	165	161
über 0—5%	289	271	222	202	216	202	205
„ 5—10%	301	279	322	307	290	262	250
„ 10—15%	67	76	80	71	76	69	47
„ 15—20%	33	30	35	36	36	37	25
„ 20—30%	26	23	24	23	13	16	13
„ 30—40%	13	13	9	6	9	7	6
über 40%	12	13	10	10	10	11	10

Diese Zahlen zeigen uns nicht nur, dass Flürscheim, wie schon ausgeführt wurde, die Lage der Unternehmungen als gar zu prekär schildert, sie sind auch ein Beweis dafür, dass ein Ausgleich des Gewinns nicht in dem Masse stattfindet, wie dies derselbe Verfasser³⁾ annehmen zu dürfen glaubt.

¹⁾ v. d. Borcht, i. Art. „Aktiengesellschaften“ des Handwörterb. der Staatsw. I. Bd, S. 134. — „Rettungsweg“, S. 498.

²⁾ v. d. Borcht, ebenda.

³⁾ „Rettungsweg“, S. 483. Mataja, a. a. O., S. 120, berück-

Durch all dies soll indes die Berechtigung des Unternehmergewinns keineswegs bestritten werden. v. Helldorff ¹⁾ begeht gerade in dieser Beziehung den Fehler, dass er trotz der erhöhten Kapitalaufwendungen in der Bewirtschaftung seines Gutes ein Steigen des ihm verbleibenden „Überschusses“ für unbillig erachtet, indem er anführt, dass er nach der in dortiger Gegend „gemeingewöhnlichen“ Art wirtschaftete.

Wenn Flürsheim weiter an einem Beispiele²⁾ auszuführen sucht, wie ein grundbesitzender Kapitalist durch Darlehen an industrielle und landwirtschaftliche Unternehmer deren Anlagen und Besitzungen allmählich um einen Spottpreis in die Hand bekommen müsse, so kann dieses Bild wohl zur Illustrierung von Ausnahmefällen dienen, nicht aber zum Beweise dafür, dass dieser Vorgang sich regelmässig so abspielen muss.

Wird nun aber im Zukunftsstaate der Unternehmergeinn etwa verschwinden?

Bei der Beantwortung dieser Frage muss vor allem betont werden, dass dieser Gewinn im Gegensatze zu dem bei Arbitrage und Spekulation hauptsächlich aus der Preisgestaltung bei Gütern verschiedener Art entsteht. Wenn nun auch alle Güter in der Zukunft einen konstanten örtlich gleichen Weltmarktpreis erlangt hätten, würde der Unternehmergeinn noch immer sehr wohl bestehen, obgleich eine solche Preiskonstanz gewiss mindernd auf ihn einwirken müsste. ³⁾

sichtigt nicht, dass seine Quelle nur die Gesellschaften anführt, deren Aktien damals an der Berliner Börse gehandelt wurden. In den obigen Angaben sind dagegen alle deutschen Gesellschaften enthalten.

¹⁾ Verstaatlichung des Grund und Bodens etc., S. 14. Vergl. ausserdem J. Conrad, in dessen „Jahrbüchern“, N.F. Bd. 15, S. 164 f.

²⁾ Auf friedl. Wege, S. 100 ff; „Rettungsweg“, S. 29 ff.

³⁾ Mataja, a. a. O., S. 158 u. 198 — „Rettungsweg“, S. 483.

Im Gegensatze zu dieser Annahme lässt nun aber Flürsheim in teilweisem Widerspruche mit sich selbst diesen Gewinn nicht nur nicht verschwinden, sondern noch beträchtlich steigen; er meint: „Ein Unternehmer wird sich leichter eine Million ersparen als heute 100000 Mark“. ¹⁾)

Dabei soll sich freilich auch der Arbeitslohn, wenn auch nicht in demselben Verhältnisse erhöhen. Dass dies aber zum mindesten sehr zweifelhaft ist, dürfte wohl aus dem hervorgehen, was über die Stellung des Arbeiters im Reformstaate angeführt wurde.

Das Ergebnis unserer Untersuchungen am Schlusse dieses Abschnitts muss daher dahin zusammengefasst werden, dass die theoretischen Grundlagen, auf welchen sich die praktischen Bestrebungen der Besitzreformer aufbauen, keineswegs derart geklärt und unanfechtbar dastehen, wie dies bei der Durchführung einer so tief in die rechtlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse eines Volkes einschneidenden Umwandlung unumgänglich als erste Voraussetzung gefordert werden müsste.

In dem folgenden Abschnitte ist nun noch zu untersuchen, ob die zur praktischen Durchführung der Grundverstaatlichung vorgeschlagenen Mittel auch wirklich zu dem erstrebten Ziele führen könnten.

Auf dem in der Einleitung erwähnten internationalen Kongress der Besitzreformer bildete die Frage über das Wie? der Ausführung wohl den Hauptgegenstand der Tagesordnung, eine Übereinstimmung in der Wahl der

¹⁾ „Rettungsweg“, S. 98; ebenda S. 177, 456 ff, 471 ff, 494 und 498.

Mittel oder dem Umfange der vorzunehmenden Reform konnte jedoch nicht erzielt werden.¹⁾

In Deutschland selbst haben die Vorschläge des Bundes für Bodenbesitzreform und seiner Vorläufer eine mannigfache Wandlung durchgemacht.

Stamm trat in seinen von uns angeführten Schriften für das Hypothekenmonopol des Staates ein, weil er hoffte, dadurch den Grund und Boden allmählich in das Eigentum der Zwangsgemeinwirtschaften überführen zu können.

Dieser Weg, den auch Flürscheim im Anfange seiner Agitation einschlug, ist heute verlassen worden. Man bekämpft jetzt im Gegenteile den Teil des Entwurfs zum bürgerlichen Gesetzbuche, der die Eigentumsübertragung an Grund und Boden erleichtern will, weil dadurch nach der gegenwärtigen Anschauung der Besitzreformer ebenso wie durch die früher vorgeschlagene Ausgabe von Grundschuldscheinen die „Mobilisierung des Grundbesitzes“ gefördert würde.²⁾

Wie wir aus „Frei Land“ schliessen zu dürfen glauben, sind selbst innerhalb der einzelnen Gruppen der Anhänger der Umwandlung die Ansichten über die Art und den Umfang der Durchführung auch heute noch sehr geteilt.³⁾ Wir beschränken unsere Aus-

¹⁾ Vergl. „Rettungsweg“, S. 347; dagegen d'Eichthal, a. a. O., S. 156—158, wo hervorgehoben wird, dass der Kongress „s'est trouvé très divisé quand il a fallu passer au vote de propositions précises.“

²⁾ Freese, „die Tilgung der Grundschuld“ in „Frei Land“, 3. Jahrg. No. 24.

³⁾ Ein neuerer Artikel in „Frei Land“, 3. Jahrg. No. 26, hat diese Vermutung vollkommen bestätigt. In diesem wird auch die Broschüre „das Staatsmonopol des Grundpfandrechts“ als „Sünde unserer sozialpolitischen Jugend“ bezeichnet. Vergl. ausserdem „Frei Land“ 2. Jahrg., No. 17.

führungen daher auf die in „der einzige Rettungsweg“ gemachten Vorschläge.

Wie wir wissen, bezwecken dieselben, den künftigen, ohne die Arbeit und Kapitalaufwendungen des Grundbesitzers bzw. Pächters entstehenden Grundrentenzuwachs zugunsten der Gesamtheit einzuziehen. Dies werde am sichersten dadurch erreicht, dass der vom Staate angekaufte Grund und Boden verpachtet wird.

Gehen wir gleich zu der von Flürscheim geforderten Abschätzung des Grund und Bodens über, nach deren Beendigung der Staat den letzteren zu jeder Zeit entweder auf einmal oder nach und nach zu dem bei der Katastrierung festgesetzten Preise soll ankaufen können.

Bedeutete diese Art der Ablösung wirklich eine volle Entschädigung der Grundeigentümer?

Nach dem heutigen Stande der Enteignungsgesetzgebung soll nicht nur der gegenwärtige Kaufwert der zu expropriierenden Sache, sondern auch die mit Sicherheit vorauszusehende Werterhöhung, d. i. der entgangene Gewinn ersetzt werden.¹⁾ Da die vorgeschlagene Bemessungsgrundlage eine solche Berücksichtigung vollständig ausschliesst, so würde auch diese Art der Durchführung nicht ohne eine teilweise Rechtsverletzung vorgenommen werden können.

Eine friedliche Ausführung der Reform wäre daher schon deshalb erheblich in Frage gestellt.

Eine Benachteiligung der Grundeigentümer würde aber auch stattfinden, wenn die einen längere Zeit vor den andern ihren Besitz abzutreten gezwungen würden.

¹⁾ Wörterb. des deutschen Verwaltungsrechts, I. Bd., 1890, S. 357. Vergl. auch Lexis, in Art. „Grundrente“ des Handw. f. Staatsw. IV. Bd., S. 189, wo auf diesen Mangel in der Entschädigung bezüglich des Gossenschen Planes hingewiesen wird.

Abgesehen davon, dass die Grundeigentümer in der Zeit von der Abschätzung bis zum Ankaufe durch den Staat auf die Erhaltung der Qualität des Bodens wenig oder gar nicht bedacht sein würden und der Staat so eine erhebliche Schädigung erführe, wären die erst später Expropriierten durch die längere Überlassung des Bezugs der Grundrente, wie dies besonders in den Städten unvermeidlich wäre, gegenüber den übrigen im Vorteil.

Man wird dagegen seitens der Besitzreformer erwidern, dass ja auch deren Grundrentenbezug auf dem Wege der Besteuerung eingezogen werden könne.

Damit wäre indessen ein Mittel vorgeschlagen, in dessen Durchführung ohnehin die Hauptschwierigkeit des ganzen Planes gelegen ist. Denn eine genaue Scheidung des Wertes dessen, was auf die Grundrente entfällt, ist nach Flürscheims eigenem Zugeständnisse unmöglich. Denn es ist eben nicht festzustellen, welcher Teil des Wertes auf die vom Boden trennbaren Objekte, welcher auf die Arbeit, und welcher ausschliesslich auf die reine Differentialrente zurückzuführen ist. Schon die Katastrierung müsste daher die grössten Schwierigkeiten ergeben. Eine Benachteiligung oder eine Begünstigung einzelner Grundeigentümer wäre daher auch hier unvermeidlich.

Nun glaubt zwar Flürscheim, dass, wenn der Ankauf einmal ganz durchgeführt wäre, die Pacht ein untrügliches Barometer¹⁾ für das Steigen oder Sinken der Grundrente bildete. Allein auch dies ist nach den bis

¹⁾ „Rettungsweg“. S. 412 wird gesagt: „Der Pachtwert ist etwas schwierig zu bestimmendes; der Verkaufswert ist aber nicht leichter zu ermitteln, und wenn man ihn hat, so ist man erst recht im Dunkeln bezüglich des Pachtwertes, weil es kein feststehendes Verhältnis zwischen beiden giebt.“

heute gemachten Erfahrungen sehr fraglich. Die folgende Tabelle ¹⁾ zeigt uns, wie sich in Baden die Pacht- und Grundpreise neben den Erntewerten gestalteten. Danach war:

im Jahre	Der durchschnittliche				Der Durch- schnitts- Erntewert v. ha landw. Fläche M.
	Erlös für den ha		Pachtpreis für den ha		
	Acker M.	Wiese M.	Acker M.	Wiese M.	
1889	2167	2546	85	104	256
1888	2096	2441	85	106	279
1887	2069	2409	86	106	266
1886	1871	2393	89	107	298
1885	1893	2368	89	108	316
1884	1941	2321	92	111	291
1883	1888	2353	91	109	305
1882	1917	2318	90	109	255
1881	1898	2361	91	111	271
1880	1867	2204	92	110	278

Wir bemerken hier weder einen Parallelismus zwischen Grundstücks- und Pachtpreisen, sondern umgekehrt ein Steigen der ersteren und Sinken der letzteren, noch eine Anpassung besonders der Pacht an die Erntewerte im gleichen oder vorhergehenden Jahre.

Dass ein Pächter infolge der Überschätzung seiner Arbeitskraft, der Ertragsfähigkeit des Bodens oder anderer in Berechnung zu ziehender Momente sein Angebot zu hoch stellt und daher der Allgemeinheit ausser der Grundrente auch noch einen Teil seines Arbeitslohns entrichten muss, ist im Reformstaate leicht mög-

¹⁾ Nach dem Statist. Jahrb. für das Grossh. Baden XXII, S. 64 u. 201.

lich.¹⁾ Umgekehrt ist aber auch der private Bezug von Grundrente, wenn von einer solchen in der Landwirtschaft überhaupt gesprochen werden kann, nicht ausgeschlossen.

Auch in Preussen sind wie in Baden die Pachtpreise für die Staatsdomänen in den letzten Jahren erheblich zurückgegangen.²⁾ Nicht unerwähnt soll hier auch bleiben, dass das Einkommen der Grundeigentümer in England durch Verminderung der Pachteinahmen in der Zeit von 1877 bis 1880 um den bedeutenden Betrag von jährlich 200 Millionen Mark gesunken ist.³⁾

Diese Thatsachen zeigen uns aber weiter, dass bei diesem ungünstigen Stande der Landwirtschaft der Abkauf des Bodens nach dem Ertragswerte eine Ungerechtigkeit gegen die Landwirte insofern bildete, als dieselben von dem Vorteile einer vielleicht später infolge höheren Ertrags eintretenden Wertsteigerung ausgeschlossen würden. Umgekehrt bildete der Ankauf zu den gegenwärtig zu hohen Grundstückspreisen eine Benachteiligung des Staates bzw. des übrigen Teils der Bevölkerung.

Zu wie bedenklichen Mitteln übrigens die Durch-

¹⁾ Vergl. den Einwand in „Rettungsweg“, S. 483. Flürscheim giebt dort dem Pächter, dessen Gebot zu hoch ist, den schwachen Trost, dass er das zuviel Bezahlte ja wieder direkt oder indirekt als Staatsbürger zurückerhalten werde.

²⁾ J. Conrad, Die Wirkung der Getreidezölle in Deutschland, a. a. O., S. 510 f.

³⁾ Paasche, Die Entwicklung der britischen Landwirtschaft unter dem Drucke ausländischer Konkurrenz, i. Jahrb. für Nat. und Stat., III. F. Bd. 3, S. 9.

Im Gegensatze zu dieser Angabe verloren nach Flürscheim die dortigen Pächter über eine Milliarde Mark. „Rettungsweg“, S. 485.

führung unter Umständen greifen könnte und müsste, zeigt uns der Vorschlag,¹⁾ die durch eine vorläufige Ausdehnung bzw. Erhöhung der Grundbesitzbesteuerung bewirkte Herabdrückung der Grundpreise zum Zwecke einer möglichst niedrigen Katastrierung auszunützen. Damit wäre in der That ein bedenklicher Schritt zur Enteignung ohne Entschädigung nach dem Beispiele von George gemacht.

Soviel ist indessen gewiss, dass, wenn die Verstaatlichung in Deutschland jemals praktisch in Erwägung zu ziehen wäre und die Durchführung auf friedlichem Wege erfolgen sollte, dies nicht mit Zuhilfenahme des genannten Kunstgriffs geschehen dürfte, wofern nicht unser gesamtes staatliches und wirtschaftliches Leben die ernsteste Gefährdung erfahren sollte.

Wird aber der Einzug des künftigen Grundrentenzuwachses auch wirklich genügen, die dem Staate aus dem gleichzeitigen Ankaufe des Grund und Bodens, für eine successive ist diese Frage irrelevant, erwachsende Schuld zu verzinsen und zu tilgen?

Die schon angeführten Zahlen über den gegenwärtigen Stand der Pachtpreise spricht jedenfalls nicht für diese Annahme. Dem Staate würde zu diesem Zwecke eigentlich nur der städtische Grundrentenzuwachs mit einiger Sicherheit in Aussicht stehen, dieser aber müsste voraussichtlich noch zur Verzinsung der Schuld für den Ankauf des ländlichen Grund und Bodens herangezogen werden. Eine Entbehrlichkeit anderer Einnahmequellen ausser derjenigen der Bodenpacht wird sich daher, zumal ein Verschwinden des Zinses keineswegs in Aussicht steht, aller Voraussicht nach nicht ergeben.

Anhaltspunkte für diese Annahme bietet uns schon

¹⁾ „Rettungsweg“, S. 383.

die Betrachtung der Einkünfte der heutigen Staaten aus ihrem Grundbesitze. Im Grossherzogtum Baden¹⁾ betrug z. B. bei dem gesamten Domanialgrundstocksvermögen

	1880 M.	1888 M.	1889 M.
Die Reineinnahme	2 873 973	3 387 355 (1889)	3 118 611 (1890)
Der gesamte Wert- anschlag am 1. Januar	89 408 937	94 966 768	94 891 887

Ein auch nur einigermaßen beachtenswertes Steigen der Einnahmen, welches eine rasche Tilgung der Schuld — Flürsheim schätzt, wie wir wissen, kaum 25 Jahre — in Aussicht stellte, kann aus diesen Ziffern nicht angenommen werden. Im Gegenteil ist die Einnahme im letzten Jahre über das Verhältnis zur Verminderung des Wertanschlags zurückgegangen und erhob sich in der günstigsten Zeit nur um 11034 Mark über den zehnjährigen Durchschnitt.

Noch ungünstiger stellt sich das Ergebnis, wenn wir den für die Zeit von 1867 bis 1889 verzeichneten Reinertrag aus den Staatswaldungen betrachten. Im Jahre 1865 betrug derselbe für einen Festmeter 5,95 M., er stieg 1875 auf 9,55 Mark, fiel aber bis 1887 auf 4,47 Mark, um erst im Jahre 1889 wieder eine Höhe von 5,30 Mark zu erreichen, einen Betrag, der immer noch um 65 Pfennige unter demjenigen des Jahres 1865 steht.

Der Optimismus, der sich bezüglich der finanzpolitischen Frage der Tilgung der Ablösungsschuld geltend macht, ist daher keineswegs berechtigt. Die Schilderungen, die wir von den staatlichen Einrichtungen nach der Durch-

¹⁾ Statist. Jahrb. f. d. Grossh. B. XXII. S. 310 f.

führung der Reform erhalten haben, dürften daher ebenfalls in das Gebiet utopistischer Malerei zu verweisen sein.

Betrachten wir noch die Wirkungen der Reform auf die einzelnen Privatwirtschaften.

Angenommen, es gelänge, immer ganz genau den Grundrentenzuwachs einzuziehen, so würde der Staat oder die Gemeinde doch die aus der Lage sich ergebenden Differenzierungen der Grundrente bei der Verpachtung nicht unberücksichtigt lassen dürfen. Dadurch wären aber die Wirkungen der Grundrente auf die Privatwirtschaften nach ihrer negativen Seite nicht aufgehoben.

Dieselbe Betrachtung drängt sich uns aber auf, wenn wir uns fragen, ob die Kommunalisierung oder die Verstaatlichung des Grund und Bodens bei der Durchführung der Besitzreform gewählt werden solle.

Greift man zu der ersten Art der Ausführung, so wird sich ein Misstand nach zwei Seiten hin ergeben.

Einmal ist klar, dass in diesem Falle die Grundrente der Lage der einzelnen Gemeinden gegenüber weniger günstig oder ungünstig gelegenen Orten innerhalb der einzelnen Ortsverbände und in diesen wiederum in den einzelnen Privatwirtschaften zur Geltung kommen müsste. Wenn man auch einwenden mag, dass dieser Vorteil oder Nachteil durch erhöhtes bzw. vermindertes Zuströmen von Pachtlustigen ausgeglichen würde, so fände ein solcher Ausgleich bis zu einem gewissen Grade wohl bei den Privatwirtschaften statt, die Gemeinden als solche und selbst die einzelnen Einwohner infolge der günstigen oder ungünstigen Lage ihres Wohnortes wären anderen Wohnorten gegenüber doch wieder bevorzugt oder benachteiligt, wenn die Differenz nicht durch eine entsprechende Steuer, die etwa von den Gemeinden an den Staat zu entrichten wäre, ausgeglichen würde. Von der Möglichkeit einer solchen Neutralisierung aber gilt das-

selbe wie von derjenigen der Wegpachtung des Grundrentenzuwachses überhaupt.

Das Zukunftsbild:¹⁾ „Man wohnt nicht mehr in Dörfern, sondern die Wohnungen sind über das ganze Land verteilt, jede inmitten ihrer Äcker“ dürfte sich daher vielleicht auch so gestalten, dass sich die Lust, in Dörfern, auf dem Lande zu wohnen, allerdings derart vermindert, dass der Zuzug in den Städten ein noch grösserer wäre als heute.

Die Kommunalisierung des Grund und Bodens ist aber noch mit einem weiteren Missstande verknüpft. Die Grösse der Gemarkung der einzelnen Gemeinden entspricht bekanntlich durchaus nicht dem Verhältnisse ihrer Einwohnerzahl. Wenn daher keine entsprechende Umteilung erfolgen würde, so wären auch dadurch einzelne Orte gegenüber den andern im Vorteil und die gleichen Schwierigkeiten wie bei der eben besprochenen Rente der Lage zu überwinden.

Diesen Nachteil können wir zum Teile heute schon bemerken bei einer Betrachtung des in dem direkten Eigentume der einzelnen Gemeinden stehenden Landes.

Flürscheim²⁾ und Schärz³⁾ führen zwei Orte des badischen Murgthales als Beispiele dafür an, wie ein grösserer Gemeindebesitz nicht nur die Erhebung von Kommunalsteuern überflüssig mache, sondern sogar noch die Verteilung von Überschüssen an die Bürger ermögliche.

Was Bermersbach und Lautenbach betrifft, die hier gemeint sind, so ist diese Behauptung allerdings zu-

¹⁾ Deutschland in 100 Jahren, S. 57.

²⁾ Rettungsweg“, S. 303.

³⁾ Die Bodenbesitzreform, Bern 1890, S. 17. Vergl. auch die Notiz i. Frei Land, 3. Jahrg. No. 26;

treffend. Die erstgenannte Gemeinde¹⁾ eignet bei einer Zahl von 606 Einwohnern eine ertragsfähige Waldfläche von 779,16 ha und einen kleinen Bestand von Ackerland und Wiesen. Sie verteilt bei einem Gemeindewaldbestand von 1,29 ha auf den Kopf der Bevölkerung an den einzelnen Bürger jährlich 20 Ster Scheit- und Prügelholz, 100 Wellen, 6 Ster Reisprügel und 20 bis 35 Mark Revenüenüberschüsse.

Lautenbach²⁾ besitzt neben ungefähr 7 Hektar Acker, Wiesen und Weide, 428,94 ha Wald, d. h. bei einer Einwohnerzahl von 431 ungefähr einen Hektar Gemeindegelände auf den Kopf der Bevölkerung. Auch hier wird keine Umlage erhoben und ein Beitrag aus den Überschüssen unter die Bürger verteilt.

In demselben Thale befinden sich noch zwei weitere Orte, die sich eines ähnlichen Besitzes erfreuen: Reichenthal und Gausbach.³⁾

Die Verhältnisse dieser vier Gemeinden sind im all-

¹⁾ Die folgenden Angaben nach gefl. Mitteilungen der dortigen Bürgermeisterämter und den „Beiträgen zur Statistik des Grossh. Badens“, N. F. IV. Heft, 1890.

²⁾ „Jeder Bürger hat jährlich 10 Ster Holz, eine Kilpe von 0,36 Festmetern und 200 Wellen anzusprechen. Was derselbe nicht in Natur empfängt, wird ihm aus der Gemeindekasse ersetzt.“

³⁾ a. G a u s b a c h: Fläche des Gemeindewalds: 874,22 ha, Einwohnerzahl: 675, Wald auf den Kopf der Bevölkerung: 1,29 ha. Keine Umlage. Im Jahre 1891 wurden verteilt im ganzen: 107 Ausschussklötze, 2268 Ster Prügelholz, 369 Reisprügel und 6998 Mark Revenüenüberschüsse.

b. R e i c h e n t h a l: Waldfläche: 1066,76 ha, Einwohnerzahl: 769, Wald auf den Kopf der Bevölkerung: 1,39 ha; Acker, Wiesen und Weide: 2,40 ha. Keine Umlage. Verteilt wurden je 16 Ster Tannenholz, 0,81 Festmeter Kilpen, 40 Mark Überschüsse; im ganzen: 2432 Ster Holz, 152 Festmeter Kilpen und 7440 Mark Überschüsse.

gemeinen gewiss als günstige zu bezeichnen. Ist dieser Zustand der Verteilung aber auch volkswirtschaftlich billig und vorteilhaft zu nennen? Wohl nicht. Vor allem ist hier für die Beurteilung der Höhe des verteilten Bürgernutzens bzw. der Umlagefreiheit zu berücksichtigen, dass der erstere nur deshalb so gross sein kann, weil die öffentlichen Aufgaben, welche diesen Gemeinden gestellt sind, sich auf ein Minimum beschränken und auch trotz der verhältnismässig hohen Gemeindeeinnahmen auf das angängige Mindestmass reduziert werden.

Nur von einer der vier hier genannten Gemeinden, Bermersbach, kann gesagt werden, dass sie der Pflicht zur Förderung gemeinnütziger Einrichtungen gerecht wird. Bei den übrigen Orten verschwindet der Überschuss in den Taschen der Bürger und wird höchst selten zu Verbesserungen in Landwirtschaft oder Gewerbe verwandt.

Die gleiche Gefahr einer so unwirtschaftlichen Verteilung läge aber auch bei der Kommunalisierung des Grund und Bodens infolge einer nur auf ihr Privatinteresse bedachten Majorität in der Einwohnerschaft bzw. der Gemeindeverwaltung vor — vorausgesetzt, dass überhaupt etwas zu verteilen wäre.

Ist eine solche Verteilung aber auch gegenüber denjenigen Gemeinden billig zu nennen, welche ihrem wirtschaftlichen Charakter und ihrer sonstigen Stellung im Staate entsprechend ungleich viel mehr öffentliche Aufgaben (Schulen, Bäder, Krankenhäuser u. a. m.) zu erfüllen haben, deren Ausführung den Einwohnern der kleineren Orte direkt oder indirekt zu gute kommt, wenn wir berücksichtigen, dass die meisten dieser Anstalten nicht nach rein privatwirtschaftlichem Gesichtspunkte verwaltet werden können?

Diese Frage so zu lösen, dass hier jeder Vorteil des einen Orts gegenüber dem andern zugunsten der Allgemeinheit wieder ausgeglichen wird, wird auch in Zukunft nicht möglich sein.

Ist überhaupt ein umfangreicher Gemeindebesitz das Mittel, den Pauperismus gänzlich aus der Welt zu verbannen?

Wenn wir die Angaben der besprochenen vier Murgthalgemeinden nach dieser Seite durchgehen, so erhalten wir auch hier keine bejahende Antwort. Reichen-
thal, welches sich unter den genannten Orten des sowohl relativ als absolut grössten Besitzes erfreut, hatte im Jahre 1881 einen Armenaufwand von ungefähr 700 Mk. Lautenbach zählte in der gleichen Zeit 5 mit im ganzen 294 Mark unterstützte Arme,¹⁾ während Bermersbach ebenfalls im Jahre 1891 acht Personen mit 1700 Mark zu unterhalten hatte; nur Gausbach hatte keine derartige Ausgabe zu bestreiten.²⁾

Wie aber gerade in den grösseren Städten selbst ein sehr beträchtlicher Gemeindebesitz keine Umlagebefreiung zu bewirken braucht und ganz gut neben einer beträchtlichen Gemeindeschuld hergehen kann, zeigen uns die Verhältnisse von Baden-Baden, dem Wohnsitze Flürscheims. Diese Stadt besitzt einen Gemeindewald von 4209,71 ha,³⁾ nimmt aber trotzdem unter den deutschen Städten nach der relativen Höhe der Gemeinde-

¹⁾ Für die Flürscheimsche Schilderung der reichlichen Versorgung im Zukunftsstaate wird die Höhe dieses Betrags wohl nicht als Beleg dienen können. Vergl. „Rettungsweg“, S. 310.

²⁾ Vergl. „Rettungsweg“, S. 80 über die Almende in der Schweiz und ihre Wirkung auf den Pauperismus.

³⁾ Beiträge zur Statistik.

verschuldung die dritte Stelle mit 357 Mark auf den Kopf der Bevölkerung ein.¹⁾

Wir wenden uns weiter zu der Frage, welche Wirkung die Verpachtung wohl auf unsere Landwirtschaft ausüben würde.

Ist unsere bäuerliche Bevölkerung für die Pachtwirtschaft überhaupt vorbereitet? Flürscheim²⁾ giebt an, dass heute bereits ein Viertel des landwirtschaftlich benützten Bodens in Pachtbetrieb sei. Diese Schätzung greift indes viel zu hoch. Die Erhebungen der landwirtschaftlichen Betriebsstatistik vom Jahre 1882 ergaben, dass das Pachtland in Deutschland 14,68% der gesamten landwirtschaftlich benützten Fläche betrug. Ferner sind unter allen Betrieben nur 15,7% reine Pachtbetriebe. Mit dieser Ziffer steht Deutschland unter den folgenden Staaten an letzter Stelle;³⁾ von 100 landwirtschaftlichen Betrieben sind nämlich verpachtet:

¹⁾ Frei Land, 3. Jahrg. No. 23.

Aus den citierten „Beiträgen zur Statistik“ ist übrigens ersichtlich, dass in Baden 17 Gemeinden mehr als 1000 ha Gemeindewald besitzen. Die günstigste Ziffer, nach dem Verhältnisse auf den Kopf der Bevölkerung, zeigt wohl die gegen den Feldberg sich erstreckende Zastlerthal-Gemeinde, bei der auf den Einwohner 2,2 ha Wald entfallen. Selbst dieser günstige Stand des Gemeineigentums aber vermochte nicht, die Eigentümer auf ihrem Hofe zu erhalten, wie der Umstand beweist, dass der Staat von den 214 „Berechtigungen“, in welche die Gemeinde zerfällt, allmählich 155 oder 72% mit 10 Höfen und einem Anteile von 3875 Mark an den Überschüssen für 1891 erworben hat (Nach gefl. Mitteilungen aus der Grossh. Domänenverwaltung in Freiburg i. Br.).

²⁾ Deutschland in 100 Jahren, S. 56 — Harmening, die Lösung der sozialen Frage durch Bodenbesitzreform, S. 20, giebt sogar 40% an.

³⁾ Rabe, die volkswirtschaftl. Bedeutung der Pacht, 1891,

in Belgien	67,76
„ Holland	39,80
„ den Vereinigten Staaten . .	25,50
„ Frankreich	20,24
„ Deutschland	15,70.

Diese Zahlen geben uns wohl ein Recht zu behaupten, dass die Beseitigung der bäuerlichen Eigentümer, von der konservativen, staatserhaltenden Aufgabe¹⁾ dieses Standes ganz abgesehen, schon in rein wirtschaftlicher Beziehung mindestens verfrüht wäre. Gerade in der Eigentumsbewirtschaftung liegt die Kraft des deutschen Bauernstandes, der selbst in den ungünstigsten Zeiten den schlimmen Einflüssen gedrückter Lage der Landwirtschaft auf den Umfang der Bodenbebauung den ausdauerndsten Widerstand entgegensetzt.

Rabe, welcher die Vorteile der Zeitpacht gewiss nicht unterschätzt, kommt in seinen Untersuchungen bezüglich des Vorschlags der Verstaatlichung des Grund und Bodens zu dem Ergebnisse, dass dieselbe nicht imstande ist, „unseren Bauernstand vor wirtschaftlichen Kalamitäten zu sichern, im Gegenteil, statt den Bauernstand zu stärken, würde sie dadurch, dass sie ihm seine feste Basis, das Eigentumsrecht an Grund und Boden entzieht, ihn aufreiben, und somit nur dem sozialistischen Zukunftsstaat die Wege ebnen“.²⁾

S. 14 f. (der Rezensent dieser Schrift in No. 16 von Frei Land, 3. Jahrg., schreibt eigentümlicherweise, dass ihr Verfasser zu dem Schlusse komme, „dass die von dem Pachtsystem gebotenen Vorteile die Nachteile bedeutend überwiegen“).

¹⁾ Darüber: v. d. Goltz, Handb. der gesamten Landwirtschaft, 1890, S. 555.

²⁾ a. a. O., S. 34 schreibt der Verfasser: „Es würde fernerhin durch die allgemeine Verpachtung unsere Landwirtschaft noch vielmehr, als sie es bis jetzt schon ist, in die rein spekulierende Industriewirtschaft hineingetrieben“.

Wir haben bis jetzt die Wirkungen der Verpachtung ausser Zusammenhang mit den von den Besitzreformern vorhergesagten Folgen der Grundverstaatlichung betrachtet.

Da nun aber die Wahrscheinlichkeit des Eintreffens der indirekten Wirkungen, auf welche Flürsheim ein so grosses Gewicht legt, verschwindend klein oder gar nicht vorhanden ist, so werden auch die günstigen Zeiten, die der Landwirtschaft nach der Reform blühen sollen, aller Voraussicht nach nicht eintreten. Die entsumpften Ländereien, die entwässerten Seen und die fruchtbaren Bergrücken müssen daher ebenfalls für lange Zeit, wenn nicht für immer, in das Gebiet der Utopie verwiesen werden. Im Gegenteile ist gerade bei der Verpachtung die Verödung der heute nur unter grosser Mühe und Entbehrung der Eigentümer angebauten Abhänge wahrscheinlich.

Würde aber gerade der Pachtbetrieb nicht zur Bildung von Latifundienwirtschaften¹⁾ führen? denn so gemütlich, wie Flürsheim²⁾ uns den Vorgang der Zuteilung des Landes darstellt, dürfte sich die gegenseitige Konkurrenz der Pachtlustigen und das Verhältnis dieser zu dem Staate denn doch wohl nicht gestalten.

Bei der Widerlegung dieses Einwandes lässt Flürsheim³⁾ wie bei anderen Gelegenheiten zuerst die Produktionsrichtung sich ändern und beweist dann damit, dass der gemachte Vorhalt gegenstandslos sei. Auch hier fängt er, wie Hertzka⁴⁾ von der Flürscheimschen Reform überhaupt wohl nicht mit Unrecht bemerkt, den Bau seines Gebäudes zuerst mit dem Dache an.

¹⁾ Vergl. Rabe, a. a. O., S. 35. „Rettungsweg“, S. 482.

²⁾ Deutschland in 100 Jahren, S. 63 ff.

³⁾ „Rettungsweg“, S. 484 und Frei Land, 2. Jahrg., No. 12.

⁴⁾ Frei Land, 2. Jahrg. No. 18.

Werfen wir schliesslich noch einen Blick auf die von den Anhängern der Verstaatlichung häufig ins Treffen geführten Beispiele der Almende in den Urkantonen der Schweiz und des russischen mir, so wird eine genauere Betrachtung dieser gegenwärtig noch bestehenden Formen des Gemeineigentums keineswegs zur Rückkehr zu denselben einladen.

v. Miaskowski¹⁾ weist bezüglich der Almende nach, dass dieselbe zwar für jene rauhen Berggegenden der Schweiz am Platze sei, eine Reform der Einrichtung aber trotzdem infolge der häufigen, aus der gemeinsamen Nutzung entspringenden Misshelligkeiten unter den dortigen Bewohnern erforderlich sei.

Ein gleiches Bedürfnis nach einer Umgestaltung hat sich auch bei dem mir ergeben: „Es sprechen bedenkliche Anzeichen dafür, dass die Staatsregierung sich wird bald in die Lage versetzt sehen, dieser bedeutungsvollsten Frage in der sozialökonomischen Entwicklung des Reichs nähertreten zu müssen. Fehlt es doch nicht an Beispielen, dass es im Streit um und wider eine allgemeine Umteilung zu Blutvergiessen gekommen ist“.²⁾

Noch mehr wird uns der von Grossherzog Karl Friedrich von Baden in den Gemeinden Dietlingen, Bahlingen und Theningen gemachte Versuch der Ein-

¹⁾ „Sozialpolitisches aus den Schweizer Alpen“ in Agrarpolit. Zeit- und Streitfragen. „Rettungsweg“, S. 80.

²⁾ v. Miaskowski, das Problem der Grundbesitzverteilung, 1890, S. 33. — v. Keussler, Genossenschaftl. Grundbesitzrecht in Russland, in der „Festgabe für Georg Hanssen“, 1889, S. 195.

Dagegen der i. „Rettungsweg“, S. 81 citierte Ausspruch Cavour's; ebenda, S. 300.

führung der „neuen Ordnung“ der Physiokraten interessieren.¹⁾

Die einzige Grundsteuer, welche dort zum erstenmale praktisch erprobt werden sollte, wurde in der erstgenannten Gemeinde mit Reskript vom 17. August 1770 eingeführt. Seit 1781 finden die Klagen der Bewohner über die drückende Last des Systems kein Ende mehr. In Bahlingen bei Emmendingen hatte der Versuch kaum begonnen, die erste Schatzungsrate war noch gar nicht erhoben worden, als schon bittere Klagen über die Grundsteuer geführt wurden. Auch in Theningen teilten die Bestrebungen, die im Jahre 1805 wieder aufgegeben wurden, dasselbe Schicksal. Überall aber war das Ende eine schwere Belästigung der Grundstücke.

Muss auch zugegeben werden, dass dieses Experiment vielleicht mangelhaft durchgeführt war, so geht aus dessen Erfolg jedenfalls hervor, wie ungünstig, ja schädlich eine Reform wirken muss, welche mit den Anschauungen und Gewohnheiten des Volkes im Widerspruch steht.

Wir müssen daher weiter bezüglich der praktischen Durchführbarkeit der Verstaatlichung des Grund und Bodens sagen, dass dieselbe, von den zahlreichen, mit ihr unbestreitbar verknüpften Schwierigkeiten und wirtschaftlichen Nachteilen ganz abgesehen, zwei für eine friedliche Reform ausschlaggebende Momente nicht berücksichtigt: Den für die Umbildung der thatsächlichen Verhältnisse erforderlichen Umschwung der Geister und diese

¹⁾ Emminghaus, Karl Friedrichs von Baden physiokratische Verbindungen, Bestrebungen und Versuche, i. den Jahrb. für Nat. u. Stat., Bd. 19.

Vergl. hierzu: „die wichtigste Angelegenheit für das Publicum: oder die natürliche Ordnung in der Politik überhaupt“, Carlsruhe, 1772, von Schlettwein, dem Leiter dieser Versuche.

Verhältnisse selbst, „welche jeder Änderung den ganzen Widerstand des geschichtlich Gewordenen entgegensetzen.“¹⁾

Wenn in Deutschland in den nächsten Jahren überhaupt eine Änderung in dem Rechte des Grundeigentums vorgenommen werden müsste, die eine andere Verteilung oder eine Überführung von privatem in öffentliches Eigentum herbeiführen soll, so kann u. E. auf absehbare Zeit nur die Frage der Regelung der Fideikomnisse, des städtischen Grundeigentums, des Betriebs der Kohlenbergwerke und der Verwertung der in den Strömen, Flüssen und Bächen enthaltenen Kraftmengen in Betracht kommen.

Die Festlegung des Grundbesitzes durch Fideikomnisse wurde, wie wir wissen, schon im Anfange und in der Mitte dieses Jahrhunderts bekämpft, in Frankreich dauernd, und in einigen deutschen Staaten vorübergehend abgeschafft.

Gelegentlich der Ausarbeitung des Entwurfs zum bürgerlichen Gesetzbuche wurde der Gegenstand neuerdings wieder lebhaft erörtert, besonders auch deshalb, weil der Artikel 35 des Einführungsgesetzes die Regelung der Bestimmungen über Fideikomnisse, Lehen und Stammgüter der Landesgesetzgebung überlassen will.²⁾

¹⁾ v. Philippovich, Wirtschaftlicher Fortschritt und Kultur-entwicklung, 1892, S. 52.

Pollock, das Recht des Grundbesitzes in England, 1889, S. 160 f. u. 251.

²⁾ Gierke, Artikel „Fideikomnisse“ i. Handwörterb. f. Staatsw. III. Bd., 1891.

Ders., i. Schmollers „Jahrbuch etc.“ XII., S. 401 ff. über die

Wir haben uns hier nicht mit dieser Frage zu beschäftigen, sondern damit, ob eine Aufrechterhaltung des Instituts für bestimmte Gegenden, gewisse Besitzstände und Stände überhaupt wünschenswert, angängig oder notwendig erscheint.

Die Grundeigentumsverteilung in Deutschland darf wohl im allgemeinen als eine günstige bezeichnet werden. Eine Ausnahme bildet nur der Norden und Nordosten, wo ein von dem rechtlich gebundenen Grundbesitze ausgehender Agglomerationsprozess zu bemerken ist.¹⁾

Über den Umfang der letzterwähnten Besitzkategorie geben uns Conrads neuere Untersuchungen²⁾ für die sieben östlichen Provinzen Preussens ausführlichen Aufschluss. Nach denselben betrug im Jahre 1886 in dem genannten Gebiete das Areal der Fideikomnisse 1408860 Hektar oder 6,21 Proz. der Gesamtfläche jener Provinzen.

Ist dies auch ein verhältnismässig kleiner Teil, so übertrifft er an Umfang immerhin noch die gleiche Art des Grundeigentums in Österreich.

Aus ihrer Bekämpfung in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts könnte man vielleicht schliessen, dass die

Stellung des bürgerlichen Gesetzbuches zum ländlichen Grundbesitz;

A. Menger, das bürgerl. Recht und die besitzlosen Volksklassen, i. Archiv für soziale Gesetzgebung u. Statistik. III. Bd. S. 57.

¹⁾ v. Miaskowski, das Problem etc., S. 37.

²⁾ Die volkswirtschaftliche Bedeutung der Fideikomnisse, i. Art. „Fideikomnisse“ des Handw. f. Staatsw.;

Conrad, „die Fideikomnisse in den östlichen Provinzen Preussens“ in der Festgabe für Georg Hanssen;

Ders., „Agrarstatist. Untersuchungen“, i. den Jahrb. für Nat. u. Stat., N. F. 16.

Ausdehnung oder die Zahl der Zunahme der Fideikom-
misse in der neueren Zeit nachgelassen habe. Das ist
indessen nicht der Fall. Im Gegenteil ist sogar die
grössere Zahl (72⁰/₀) und grössere Fläche (52,55⁰/₀) des
so festgelegten Grundbesitzes erst in diesem Jahrhundert
entstanden, wie folgende Tabelle ergibt:

Periode	Zahl der		Gesamt- fläche in ha	Zunahme in Prozent der Fläche
	Fideikommissionen	Besitzungen		
Vor diesem Jahrh.	153	798	568421	
1800—1850	72	377	263966	46,30
1851—1860	40	137	94028	11,29
1861—1870	63	169	151049	16,30
1871—1880	84	211	150496	13,92
1881—1888	135	283	180900	14,67
Insgesamt	547	1975	1408860	

Auf welche Besitzgrössen verteilen sich aber die
Fideikommissionen? Auf Besitzungen von weniger als 200 ha
entfallen 3,18⁰/₀, auf solche von 200—500 ha 14,20⁰/₀,
auf Komplexe von 500—1000 ha 20,89⁰/₀ und 61,39⁰/₀
auf Güter von über 1000 ha. Unter dieser letzten Gruppe
werden aber allein wieder 13,4⁰/₀ von Latifundien über
5000 Hektar eingenommen. Daraus und aus der That-
sache, dass 92⁰/₀ der festgelegten Fläche in Komplexen
von über 1000 ha konzentriert sind, ergibt sich, dass
mit der Grösse des Besitzes die Grösse der fideikom-
missarischen Bindung wächst, dieses Rechtsinstitut somit
in erster Linie den Grossgrundbesitz stützt und damit
der Latifundienbildung Vorschub leistet.

Noch ein weiteres Moment ist bei der Beurteilung

der Frage zu berücksichtigen: welchen Standeskategorien die Besitzer der Fideikomnisse angehören.

Nach derselben Quelle sind unter den letzteren 9 Souveraine und Prinzen, 184 Grafen, 306 dem übrigen Adel Angehörige und 20 Bürgerliche. Unter dieser Zahl eignen die Grafen allein 2175 Güter, von denen 1238 oder 58 Prozent Fideikomnisse bilden.

Eine Änderung oder Abschaffung dieses Rechtsinstituts wird daher nach drei Seiten zu erwägen haben: nach der politischen, nach der sozialen und nach der wirtschaftlichen.

In politischer Hinsicht wird besonders darauf Rücksicht zu nehmen sein, ob ein zwingendes Bedürfnis vorliegt, den Adel, besonders die alten Grafengeschlechter, als Stütze der Monarchie künstlich auf ihrem Besitze zu erhalten. Die Bejahung oder Verneinung dieser Frage wird dann wieder vor allem davon abhängen, ob in sozialer Hinsicht eine Begünstigung einer übermässigen Anlage des Vermögens in Grund und Boden seitens einzelner Personen oder Familien rätlich erscheint. In wirtschaftlicher Beziehung endlich wird zu untersuchen sein, ob der Grossgrundbesitz nicht ohnehin schon zu sehr ausgedehnt ist und daher dessen Vermehrung im Interesse des kleinen und mittleren Besitzes einzuschränken ist, und ob die Erhaltung von Familien mit zerütteten Vermögensverhältnissen auf grösseren Gütern keine schädlichen Wirkungen für den Anbau des Landes und damit für die Volkswirtschaft überhaupt nach sich zieht.

Lässt sich daher die Frage auch nicht auf rein theoretischer Grundlage lösen, sondern nur unter Beachtung der konkreten Verhältnisse, so könnte doch heute schon für Deutschland allgemein eine Beschränkung des territorialen Umfangs der Fideikomnisse, eine Erleichterung der Ver-

pfändung für Meliorationskredit und der Aufhebung der Festlegung durch Majoritätsbeschluss der volljährigen männlichen Familienmitglieder erwogen werden.¹⁾

Dass aber die Regelung der Frage jedenfalls für die sieben östlichen Provinzen Preussens geboten ist, geht wohl aus der Erscheinung hervor, dass der Osten, wie Sering²⁾ sich ausdrückt, gleichsam an Blutleere, an Menschenmangel leidet, während im Westen ein übermässiger Andrang von Arbeitskräften sich geltend macht.

Die verhältnismässig grosse Zahl von Auswanderern aus Westpreussen, Posen und Pommern³⁾ ist nicht zum letzten eine Folge der dortigen unbefriedigenden Grundbesitzverteilung und der Arbeitsverfassung der grossen Güter.

Die Durchführung des preussischen Gesetzes über die Beförderung der Errichtung von Rentengütern wird aber nur dann von Erfolg sein können, wenn auch die Gutsbesitzer sich zu Abtrennungen von ihren Gütern verstehen und verstehen können.⁴⁾ Bezeichnenderweise sind denn auch Parzellierungsanträge in solcher Zahl bei der Generalkommission eingelaufen, dass die in ganz Preussen für Ansiedelungszwecke verfügbare Fläche jetzt schon etwa 100 000 ha beträgt: jedenfalls auch ein Beleg dafür, dass sehr viele Grossgüter für die Anforderungen der intensiven Kultur zu umfangreich sind.

Zu der zweiten Frage, der des städtischen

¹⁾ Conrad, Handw. für Staatsw., a. a. O.

²⁾ Arbeiterfrage und Kolonisation in den östl. Provinzen Preussens, 1892, S. 10.

³⁾ Von den 59720 im Jahre 1890 aus dem Königreiche Preussen Ausgewanderten entfielen allein auf diese Provinzen 30609 oder 51,28 %. Nach dem statist. Jahrb. für das Deutsche Reich, Jahrg. 1891.

⁴⁾ Sering, a. a. O., S. 13.

Grundbesitzes, wurde bereits ein Abriss ihrer Entstehung und der thatsächlichen Verhältnisse gegeben.

Die Bestrebungen der Bodenreformer finden hier auch von Männern der Wissenschaft, welche ihren Standpunkt im übrigen nicht teilen, Unterstützung. Adolf Wagner, der von den Anhängern der Grundverstaatlichung gerne als Beweis dafür angeführt wird, dass selbst die deutsche Nationalökonomie sich nicht mehr ihren Forderungen verschliessen könne,¹⁾ fasst indessen das Ergebnis seiner Untersuchungen über diesen Gegenstand in folgenden Worten zusammen: „Die praktische Verwirklichung der Massregel (der Beseitigung des Privateigentums an städtischem Grund und Boden), vollends in allgemeinerer Ausdehnung, ist sicherlich für irgend absehbare Zeit noch nicht zu erwarten: aber was eben für die wissenschaftliche Auffassung das wichtigste ist, nicht, weil diese Verwirklichung unerwünscht, auch nicht, weil sie unmöglich, und nicht einmal in erster Linie, weil sie ausserordentlich schwierig wäre, sondern weil die Forderung fast noch keine Unterstützung in der öffentlichen Meinung findet. M. a. W. nicht am Können, sondern am Wollen fehlt es.“

Wenn demgegenüber Flürsheim meint, „dass sich diese Reform leicht durchführen liesse“,³⁾ so hat inzwischen das Schicksal der von dem Landrate Stubenrauch am 15. Dezember 1891 für einige Amtsbezirke in der Umgegend von Berlin erlassene Polizei-Verordnung⁴⁾,

¹⁾ „Rettungsweg“, S. 275; Frei Land, 2. Jahrg. No. 5.

²⁾ Grundlegung §§ 352 - 362, hier S. 770. Ferner dessen „Abschaffung des privaten Grundeigentums“, seine Ausführungen bei der Eisenacher Versammlung, Finanzwissenschaft I., S. 625 u. II., S. 472 f.

³⁾ „Rettungsweg“, S. 275.

⁴⁾ Abgedruckt in Frei Land, 3. Jahrg., No. 2.

welche nur einige Punkte verwirklichen wollte, die in den Frankfurter Verhandlungen des Vereins für Sozialpolitik ¹⁾ im Jahre 1886 als nächstliegende Ziele der Wohnungsgesetzgebung bezeichnet wurden, zur Genüge bewiesen, auf welch hartnäckigen Widerstand selbst derartige gemässigte Reformversuche stossen, wenn sie Interessen der Beteiligten zu schädigen geeignet sind.

Damit soll indessen die sozialpolitische Berechtigung derartiger Massregeln, welche insbesondere auch eine Besserung der Wohnungsverhältnisse der unteren Klassen auf dem Wege bau- und sanitätspolizeilicher Vorschriften herbeiführen sollen, durchaus nicht bestritten werden. Ebenso könnte damit eine höhere Heranziehung der Baustellen zur Besteuerung verbunden werden, eine praktisch allerdings ebenfalls nicht leicht zu lösende Frage. Weiter kann nicht bestritten werden, dass eine Vermehrung des Kommunaleigentums an städtischem Grund und Boden den mit diesem heute verknüpften Missständen bis zu einem gewissen Grade abzuhelpen geeignet wäre. Ob aber bei einer Ausgestaltung des Expropriationsrechts zugunsten der Gemeinden die Entschädigungspflicht so mässig normiert werden könnte, „dass sie möglichst den Konjunkturgewinn überhaupt ausschliesst“, ²⁾ dürfte nach dem schon gezeichneten Standpunkte des Privatrechts zu dieser Frage nicht so ohne weiteres zu bejahen sein, zumal sich ja auch die Gemeinden selbst an dem Ankaufe von Grundstücken beteiligen könnten, durch deren späteren Verkauf sie selbst an der günstigen Konjunktur teilnähmen.

Gehen wir weiter zu der Frage nach der Verstaat-

¹⁾ Schriften des Vereins, XXXIII.

²⁾ Wagner, Finanzwissenschaft, II., 1880, S. 475.

lichung der Kohlenbergwerke über, die besonders anlässlich des Strikes im Jahre 1889 wieder erörtert wurde, so kann auch hier die Antwort nicht unbedingt, d. h. für den ganzen Kohlenbergbau bejahend sein. Denn auch bei Staatsbetrieb sind Arbeitseinstellungen und ihre Folgen nicht ausgeschlossen.

Dann fehlen hier aber auch das Bedürfnis einheitlicher Zusammenfassung der ganzen Produktion, die Bedingungen, welche den nationaleinheitlichen Betrieb wohlfeiler und leistungsfähiger, also auch nach rein wirtschaftlichem Gesichtspunkt vorteilhafter machen. Die Technik wird durch völlige Verstaatlichung nicht einfacher und leistungsfähiger. Alles, was beim Grossverkehr ausnahmsweise für Verstaatlichung spricht, trifft so beim Kohlenbergbau nicht zu.¹⁾

Gegen die Gefahr des Raubbaus aber könnte unter Umständen auf dem Wege der Steuergesetzgebung eingeschritten werden.²⁾

Damit sind wir zu der letzten von uns aufgeworfenen Eigentumsfrage, derjenigen des Rechts der Verwertung der Wasserkräfte hinübergeführt worden.

Hall³⁾ berechnet 200 bis 276 Jahre, während deren wir noch Aussicht haben mit Kohle versorgt zu werden. Weniger nun diese Angabe als die durch die Entwicklung

¹⁾ Schäffle i. der Tübinger Zeitschrift, 1889, S. 687.

Ferner: Wagner, Finanzw. I., §§ 249—252 und Grundlegung, §§ 363—365.

²⁾ Triebel, die Wahrung der Nachhaltigkeit des Steinkohlenbergbaus im Wege der Steuergesetzgebung, in den Jahrb. für Nat. u. Stat., N. F. Bd. 18, S. 287—306.

³⁾ Fraissinet, die volkswirtschaftl. Bedeutung der Privatflüsse und Bäche für die Industrie und Landwirtschaft, 1891, S. 30.

der Elektrotechnik geschaffene Möglichkeit, Wasserkräfte zu übertragen und an anderen Orten zu konzentrieren, und die Gefahr des Ankaufs dieser Kräfte zu spekulativen Zwecken hat in neuerer Zeit die Aufmerksamkeit auf den in den Wasserläufen enthaltenen Reichtum gelenkt und den Wunsch einer Verwertung derselben im öffentlichen Interesse nahegelegt.

Dieck¹⁾ berechnet den Verlust infolge ungeeigneter oder ungenügender Ausnützung der Wasserkräfte für die Industrie in Deutschland auf jährlich rund 240 Millionen Mark. Sind nun diese Zahlen auch zu hoch gegriffen, so steht jedenfalls fest, dass gerade hinsichtlich des Wasserhaushaltes in dieser Beziehung noch sehr viel geschehen könnte.²⁾

Wie soll nun aber das Recht der Ausnützung geregelt werden?

Diese Frage erfordert jedenfalls eine der steigenden Bedeutung der Flussläufe und Bäche für Industrie und

¹⁾ Fraissinet, a. o. O., S. 23 f.

²⁾ Ein Beispiel solcher extensiven Wirtschaft bildet z. B. die Ausnützung der Wasserkräfte der (unteren) Murg. Dieser Fluss treibt in seinem Laufe auf badischem Gebiete 17 Sägemühlen, während 7 weitere an dessen Seitenbächen angehängt sind. Bedenkt man, dass an demselben Flusse eine Fabrik in zwei Anlagen allein 2300 Pferdekkräfte nutzbar macht, und dass die von den 24 Schneidemühlen ausgenützte Kraft zusammen kaum diejenige dieser einen Unternehmung erreicht, so wird dadurch die Behauptung Diecks nicht unwesentlich unterstützt.

³⁾ Zu dieser Frage: v. Myrbach, der gemeinwirtschaftliche Betrieb elektrischer Anstalten, 1886.

Über die Stellung der Besitzreformer zu dieser Frage: Frei Land, 2. Jahrg. No. 2, 16, 17, 38 u. 52; 3. Jahrg. No. 10, 13, 14, 16, 19, 22 u. 23.

Gewerbe entsprechende Ergänzung der bestehenden Wassergesetze. Dem Staate oder der Gemeinde indessen dieses Recht ausschliesslich zu vindizieren, dürfte schon wegen der Schwierigkeit der Ablösung der bisher errichteten Anlagen und nicht zum wenigsten auch wegen der bedeutenden Kosten der Errichtung solcher ausgeschlossen sein. Wohl aber kann sich der Staat, wie dies z. B. seitens der badischen Regierung teilweise¹⁾ geschehen ist, bei der Anlage durch Private einen bestimmten Teil der ausgenützten Kraft zur Abgabe an Gemeinden vorbehalten und sich ein Rückkaufsrecht wie bei der Errichtung von Privatbahnen sichern.

Wie wir schon an dieser kurzen Besprechung der von uns aufgeworfenen Eigentumsfragen gesehen haben werden, stellen sich einer Änderung oder gar Abschaffung des Privateigentums an den einzelnen Arten des Grund und Bodens die mannigfachsten Bedenken und Schwierigkeiten gegenüber.

Auf die unübersteiglichen Hindernisse einer Reform im Sinne der Verstaatlichungsbewegung hinzuweisen, ist daher wohl überflüssig.

Wir glauben diese Ausführungen nicht besser schliessen zu können, als indem wir den Bodenreformern, welche die ganze Frage auf rein doktrinärem Wege lösen wollen, die Worte eines Mannes entgegenhalten, dessen Theorien sich dieselben zu einem guten Teile angeeignet haben:

¹⁾ Gelegentlich einer Kanalanlage zur Ausnützung der Wasserkräfte des Rheins bei Rheinfeldern.

„Wären Sie so scharfsichtig, so äussert sich Rodbertus am Schlusse seines dritten Briefes an v. Kirchmann, das Recht kommender Geschlechter durch das Dunkel mehrerer Jahrhunderte voraus zu erblicken, was würde es helfen, gegen die Rechtsidee Ihrer Zeit zu verstossen? Sie könnten als Philosoph deren Weiterentwicklung fördern, aber als praktisch strebender Nationalökonom hätten Sie ihre Vorschläge in den Sand geschrieben und die erste beste Welle der Volksbewegung würde dieselbe wieder verlöschen.“

Trefzer, Ludwig

Die Bewegung für Verstaatlichung des Grundeigentums in Deutschland

1892

Cam. 166 d

urn:nbn:de:bvb:12-bsb11577224-9